Mai/Juni 1991
Nr. 35 DM 5,-

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Weiter So!

Collection Labadie Foundation
www.lafo.org
Digitized 2016

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/91
(laufende Nr.37) enthält:

★

Ich will Euch vom Westen erzählen
von Alexander Zinovjev

★

Was bedeutet anarchistisches Politikverständnis?
von Michael Wilk

★

GATT – Gattastrophe
von Andi Ries

★

Nationalismus und Befreiung Die Kurdenfrage
von Ronald Ofteringer

★

AIDS – der größte medizinische Irrtum?
von Rainer Kaune

★

Das Unglaubliche – Rassismus der Nazis
von Jens Bjørneboe

★

Texte und Kadaver – Elend der Gegenöffentlichkeit
von Jörg Auberg

Außerdem: 500 Jahre Kolonisation, Interview mit Alain Finkielkraut zum Rassismus, Der Faschismus von Vichy ans Licht, Nationalismus-Diskussion, Der schleichende Verlust der Utopie, Nachruf auf Rudolf Michaelis, Free the Murrays, Kein Soldat für Öl, Rez. Stalins Agent, Rez. Operacion Principe, Aktion: Mittwochs frei! u.a. 72S.

Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-

Red. Schwarzer Faden,
PF 1159,
7043 Grafenau-1
Tel. 07033–44273

Die Zeiten ändern sich

Umbruch in der ersten Welt,

★

Ende der zweiten Welt

★

...und die Folgen für den Trikont.

Zwei 'blätter' voll Analysen zum Thema
Zusammen (incl. Porto) DM 12,–
bei iz3w; Postfach 5328; 7800 Freiburg
oder im Buchhandel

CONTRASTE

Unter Haien Explodierende Mieten – Berlin-Kreuzberg im Umbruch ... MieterInnen (-Bewegung?) in Ost-Berlin ... Aus für das Café NIXDA, Mainz? ... **Psychiatrie & Gesellschaft** Lieber Jodeln statt Psychiatrie... **Frauen** Internationales Frauenkultur- und Frauenflüchtlingshaus in Freiburg... **(Un)freie Radios** Eyn Hamburger Hörspyl... **BAG-Netzwerke** Totgesagte leben länger oder wie war das bei Dornröschen? **Verbraucherinitiative in Japan** Das Geheimnis von Han **Funktionen der DDR-Genossenschaften** Eigenständigkeit im »Real-Sozialismus« **Ethische Investmentfonds** Überzeugend ist bisher nur der Name u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus!
JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift:

6 DM in Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Gaisbergstr. 97, Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1 4/91

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599 (neu!)

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Eine Ausgabe kostet 5,- Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,- Mark incl. Porto und Versand. Förder-Abo: ab 50,- Mark
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 35, Mai/Juni 1991.
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 75
atommüllzeitung Nr. 63

Titelbild:
Pan-Foto/Günter Zint, Montage: atom
Redaktionsschluß für die nächste atom:
Mitte Juni 1991

INHALT

Schwerpunkt I: Diskussion

Während die Anti-AKW-Bewegung von immer stärkerer Auszehrung betroffen zu sein scheint, stellt sich die Atom-Industrie in neuem Licht dar. Nach Jahren der Stagnation herrscht in den Chefetagen wieder ein zunehmend optimistischer Ton.

Phönix aus der Asche? 4
Atomaufschwung Ost 9
Anti-AKW-Bewegung am Ende? 12

Schwerpunk II: Wenn der Castor kommt...

Rollen bald die ersten hochradioaktiven Atomtransporte nach Gorleben?

Wenn der Castor kommt... 15
Castor: Klappe die Dritte - über Entsorgungsnöte, Nebenbestimmungen und drohenden Widerstand 16

Endlager Gorleben - es darf weitergebaut werden 20
Faßlager Gorleben 22
Wir stellen uns quer! 24

Schacht Konrad: Auslegung der Pläne im Mai 25
Endlager Morsleben - noch nicht dicht 29
AKW Stendal: Info Bus soll für Akzeptanz sorgen 30
Atommafia Goes East 33
Wismut: 9.000 mal Lungenkrebs; 15.000 mal Silikose 34
15 Jahre BIU Hamm 36

Tschernobyl:

Erinnerungen an Tschernobyl 39
Was habt Ihr mit dem Regen gemacht 42

THTR-Elemente nach Ahaus? 44
Stade läuft weiter 46
Brokdorf - Geschichte eines Widerstandes mit langem Atem 50

Kriminalisierung:

Startbahnprozeß: Das Urteil 53
Wegen Katastrophen`schutz´ § 129a Prozeß in Stammheim 58
Neuer Prozeß gegen Alexander Schubert 60

Schwerpunkt III: Anti-Krieg

Der Golfkrieg geht - auch nach seinem Ende - weiter. Dabei zeigt er sich von ganz verschiedenen, nicht weniger grausamen Seiten: im Massensterben der KurdInnen und in der Frage der gewaltsamen Durchsetzung nuklearer Proliferation.

Der Krieg geht weiter 62
Neue Weltordnung versus ABC-Waffen 65
Kriege gehen nie zu Ende Spendenaufruf von medico 67

Spendenaktion:
Medienprojekt für die Guerilla in El Salvador 68

Phönix aus der Atomenergie aus der Krise?

1986, noch kurz vor Tschernobyl, führten wir den "Nachweis": *"Ökologisch und energiepolitisch (!) ist die Atomkraft am Ende. Ihr Gefahrenpotential wird unbeherrschbar bleiben, ihre Wirtschaftlichkeit zweifelhaft."* Für die USA wurde das Ende der Atomindustrie damals bereits als Fakt behauptet, und es wurde prognostiziert: *"Und einmal wird es auch auf der ganzen Welt sein!"* () In der Jugend hat man/frau noch Träume?

1987, ein Jahr nach Tschernobyl behauptete und prophezeite auch Klaus Traube: *"In Deutschland und auch weltweit werden - mit wenigen Ausnahmen - keine Kernkraftwerke mehr in Auftrag gegeben. In der Bundesrepublik sind lediglich noch drei Atomkraftwerke im Bau, die 1981/82 bestellt worden sind. Es gibt aber überhaupt keine Aussichten für die Atomindustrie, daß in näherer Zeit weitere Atomkraftwerke bestellt werden. Und das gilt für die allermeisten Länder. Ein halbwegs intaktes Atomprogramm gibt es nur noch in Frankreich, Japan und im Ostblock."* (taz 4.6.87) Die Ausstiegsdiskussion nach Tschernobyl baute in einer breiten Öffentlichkeit den Eindruck auf, das Ende des Atomzeitalters sei nur noch eine Frage der Zeit.

Es gab natürlich auch immer andere Stimmen, die eher nüchtern warnten. Reimar Paul schrieb in dem Nachwort zum ansonsten ebenfalls eher Optimismus verbreitenden Buch "Atomkraft am Ende?": *"Diese Industrie mußte zwar Abstriche an ihren Plänen machen. Dank staatlicher Hilfe und ökonomischer Potenzen ist sie mit ihren Handlungsmöglichkeiten aber noch lange nicht am Ende - allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz."* ()

Allgemeingut war aber, daß die Atomindustrie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch in einer Krise steckte. Das

Asche ? Bewegung am Ende?

konnte auch garnicht bestritten werden und das mußten selbst die auf Zweckoptimismus getrimmten Atom-Protagonisten konstatieren. Heute mehren sich dagegen weltweit die Zeichen, daß es wirklich nur eine Krise war, eine die mittlerweile überwunden ist. Die Kräfte der Menschen, die sich gegen diese Industrie, den Staat und die Nutzung der Atomenergie stellten, scheinen dagegen verbraucht.

Atomausbau international

In einer Veröffentlichung der Siemens/KWU aktuell zum Golfkrieg hieß es: *"Im Hinblick auf die Golfkrise gewinnt eine weitere Reduzierung der Einfuhrabhängigkeit vom Öl und, damit verbunden, ein zunehmender Kernenergieeinsatz wieder an Bedeutung."* (vgl. Faz 13.3.91) Brachte der Golfkrieg der internationalen Atomindustrie den neuen Aufwind, den wir für die deutsche Atomindustrie mit der Wiedervereinigung analysierten? (vgl. atom Nr. 30, Anti-AKW-Bewegung und IV. Reich) - Nein! Der Aufwind für die Atomenergienutzung setzte international schon lange vor dem Golfkrieg ein. Die Auftragsbücher der Atomhersteller haben sich bereits seit Jahren wieder gefüllt. Die mageren Jahre sind vorbei. Der absolute Tiefstand bei der Neuinbetriebnahme war 1989, mit ganzen 3 Blöcken weltweit, erreicht. Bereits letztes Jahr (1990), war mit der Inbetriebnahme von 11 neuen Kernkraftwerken ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen. Anfang 1991 waren damit weltweit, einschließlich RGW-Staaten, 415 Kernkraftwerksblöcke (421 Reaktoren) mit insgesamt 338.375 MWe brutto in 25 Ländern in Betrieb. (atw 3/91) Das macht einen Atomenergie-Anteil von 17 Prozent an der internationalen Stromproduktion.

Dieser Trend wird sich angesichts der in Bau befindlichen Anlagen und der darüber hinaus vorliegenden Bestellungen in den nächsten Jahren fortsetzen. Weltweit sind derzeit zusätzlich zu den 415 Anlagen, die in Betrieb sind, weitere 97 Kernkraftwerke in Bau. Für nochmal 17 Kernkraftwerke liegen bereits Bestellungen vor.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, daß es sich bei den neu hinzukommenden Anlagen in der Regel um Großkraftwerke handelt, die eine weit höhere Leistungskapazität (durchweg 1000 bis 1300 MWe), als die älteren Modelle aufweisen. Das bedeutet natürlich auch eine höhere potentielle Zerstörungskraft im Fall eines GAUs. Der Übergang zum Bau von Großkraftwerken zeigt sich deutlich seit Anfang der 80er Jahre. (siehe Tabelle)

Inbetriebnahme von Kernkraftwerksblöcken in der Welt (ohne RGW-Staaten) von 1970 - 1190 (in 5-Jahres-Perioden)

Jahr	Kernkraftblöcke	elektr. Arbeit in GWh
1970-75	75	247.630
1975-80	73	298.101
1980-85	92	650.830
1985-90	46	466.500

Mit den weltweit neu in Bau befindlichen und den bestellten Kernkraftwerksblöcken soll die derzeitige atomare Kraftwerkskapazität von insgesamt 338.375 MWe um 81.186 MWe auf eine Bruttoleistung von 419.561 MWe gesteigert werden. Das wäre ein Ausbau der Atomenergie, gemessen an den Kapazitäten, um 24 Prozent! (vgl. atw 3/91) International ist also kein Ausstieg im gange, sondern es wird wieder verstärkt auf Atomkraft gesetzt. Die Neubauten verteilen sich auf insgesamt 17 Länder. Der folgende Überblick bleibt bruchstückhaft.

USA

Die USA sind auch in der Atomenergienutzung weiterhin Weltmacht Nr. 1. 112 Kernkraftwerken sind dort, Stand 1990, in Betrieb. 1986 waren es noch 99 Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 78.000 MWe. Der Ausbau schreitet auch dort weiter voran.

Ende 1989 beauftragte Präsident Bush das *Department of Energy (DOE)* mit der Entwicklung einer neuen nationalen Energiestrategie. Wie das *US Council for*

Energy Awareness (USCEA) ausführte, erfülle die Atomenergie alle Voraussetzungen. Daher sei *"eine verstärkte Nutzung der Kernenergie die beste Voraussetzung, die neue Energiestrategie zum Tragen zu bringen."* (atw 3/91) Mit den derzeitigen Kraftwerkskapazitäten bauen die USA in der Elektrizitätsversorgung mit mehr als 20 Prozent auf Atomenergie. 1990 sind mit den Anlagen Comanche Peak-1, Seabrook-1 und Limerick-2, drei neue atomare Kraftwerksblöcke in Betrieb gesetzt worden. Alles drei sind AKWs der Klasse über 1000 MWe. Damit lag die Stromproduktion aus Atomkraftwerken in den USA für 1990 um 12 Prozent über dem Vergleichzeitraum des Vorjahres.

Die Kernkraftwerksbetreiber haben 1990 unter Federführung des *Nuclear Power Oversight Committee (NPOC)* einen strategischen Plan für den Bau neuer Kernkraftwerke entwickelt. Derzeit sind fünf weitere AKWs in Bau und drei weitere bestellt. Erwogen wird jetzt auch die Fertigstellung der beiden 1263-MWe-Kernkraftwerksblöcke Bellefonte-1 und -2. Deren Bau war 1974 und 1975 begonnen und 1988 infolge reduzierter Strombedarfsprognosen abgebrochen worden. Bellefonte-1 ist zu rund 80 Prozent und Bellefonte-2 zu rund 45 Prozent fertiggestellt. Wie der Präsident des *USCEA* Finger ausführte, wollen die amerikanischen EVUs in den nächsten Jahren weitere Kernkraftwerke in Auftrag geben, die Ende der 90er Jahre in Betrieb gehen sollen. (atw 2/91)

Frankreich

In Frankreich waren 1990 55 Atomkraftwerke im kommerziellen Betrieb, die 75 Prozent der Stromerzeugung trugen. Bereits 1990 wurde für drei weitere Kraftwerke, Cattenom-3 (DWR, 1362 MWe), Golfech-1 (DWR, 1363 MWe) und Penly-1 (DWR, 1382 MWe), die Netzsynchronisation gemeldet. Penly-1 ging noch 1990 in den kommerziellen Betrieb. Golfech-1 folgte am 1. Januar 1991, Cattenom-3 am 1. Februar. (atw 3/91)

Fünf weitere Atomkraftwerke sind in Frankreich im Bau und für nochmals drei liegen bereits Bestellungen vor. (Faz 13.3.91) Von den in Bau befindlichen Anlagen wird für den Block Cattenom-4 mit der ersten Netzsynchronisation im Oktober 1991 gerechnet. Für den Standort Golfech, der im Endausbau ebenfalls vier Blöcke erhalten soll, ist die Inbetriebnahme des zweiten Blocks Mitte 1993 geplant. (atw 3/91)

Japan

Japan hält (die ehemaligen RGW-Staaten und d.h. speziell die SU einmal ausgenommen) unter den kapitalistischen Industriestaaten Platz drei im Atomwahn; hinter den USA und Frankreich und vor der BRD. 1990 waren 41 Kernkraftwerksblöcke mit einer installierten Bruttoleistung von 32.224 MWe in Betrieb. Damit wird 29 Prozent des Stroms in Japan mit Atomkraftwerken erzeugt.

1990 wurden 2 Anlagen mit je 1100 MWe, die Atomkraftwerke Kashiwazaki-Kariwa-2 und -5, in den kommerziellen Betrieb übernommen. Hinzu kam ein Forschungsreaktor JRR-3. (atw 3/91) Weitere elf Kernkraftwerksblöcke mit insgesamt 10592 MWe sind derzeit noch in Bau, darunter ein Schneller Brutreaktor. Alle diese Anlagen sollen bis 1995 fertiggestellt und in Betrieb genommen sein.

In der weiteren Planung bis zum Jahr 2000 befinden sich noch ein Siedewasserreaktor der 825-MWe-Klasse (Standort: Maki-1) und 2 fortgeschrittene Siedewasserreaktoren mit je 1356 MWe, die Anlagen Kashiwazaki-Kariwa-6 und -7. Für Kashiwazaki-Kariwa-6 und -7 ist der kommerzielle Betriebsbeginn für jeweils Juli 1996 und 1997 geplant. Für Maki-1 wird das Jahr 2000 genannt. (atw 3/91)

Inbetriebnahmeplan der japanischen Atomkraftwerke im Bau

Standort	Reaktortyp	Inbetriebnahme
Tomari-2	DWR 579 MWe	1991
Ohi-3	DWR 1180 MWe	Dez. 1991
Ohi-4	DWR 1180 MWe	Feb. 1993
Shika	SWR 540 MWe	März 1993
Kashiwazaki-Kariwa-3	SWR 1100 MWe	Juli 1993
Hamaoka-4	SWR 1137 MWe	Sep. 1993
Genkai-3	DWR 1180 MWe	März 1994
Kashiwazaki-Kariwa-4	SWR 1100 MWe	Juli 1994
Onagawa-2	SWR 825 MWe	Juli 1995
Genkai-4	DWR 1180 MWe	Juli 1997
SIVR Monju	Brüter	Okt. 1992 (erste Kritikalität - Betrieb)

Auch nach dem Beinahe-Super-GAU im Reaktor Mihama-2 in Fukui vom 9. Februar dieses Jahres wird in Japan weiter voll auf Atomenergie gesetzt. Im *Forschungszentrum O-arai* ist bereits die Entwicklung der, als *"neue Generation"* verkauften, Hochtemperaturreaktoren in gange. Für den vom *Japan Atomic Energy Research Institute (JAERI)* geplanten Reaktor (HTTR) mit einer thermischen Leistung von 30 MW wurde die Baugenehmigung am 22. 11. 1990 vom Premierminister T. Kaifu erteilt. Die Bauarbeiten begannen noch zum Jahresende 1990.

Sowjetunion

In der Sowjetunion sind derzeit 55 Atomkraftwerke in Betrieb, die 12 Prozent zur Stromversorgung beitragen. Seit der Katastrophe von Tschernobyl gibt es insbesondere in der Ukraine und im angrenzenden Weißrußland einen starken Widerstand, allerdings regional zersplittert und sehr moderat. So hatte sich bereits im August 1989 zwar auch der Präsident der ukrainischen Akademie der Wissenschaften Paton, für einen Baustopp aller Kernkraftwerke ausgesprochen, aber nur in der Ukraine. Ein Volksdeputierter aus Kiew empfahl, den Bau der ukrainischen Kraftwerke zu stoppen, *"bis eine neue Generation von Reaktoren mit höheren Sicherheitsstufen entwickelt worden sei."* (Faz 9.8.89)

Im Dezember letzten Jahres wurde der vorläufige Baustopp für drei Akws gemeldet. Unterbrochen wurden die Arbeiten in Nishni Nowgorod im Norden der Sowjetunion, auf der Akw-Baustelle in Rostow am Don und in Saporoshe in der Ukraine. Bereits im September letzten Jahres wurde die Kernbrennstoffabrik in der ostkasachischen Großstadt Ust-Kamenogorsk nach einer schweren Explosion geschlossen. Am 13. September 1990 waren dort bei der Explosion riesige Mengen radioaktives Giftgas ausgetreten. Die Grenzwerte für das hochgiftige Element Beryllium wurden in der Region bis zum sechzigfachen überschritten. Das Gebiet Ust-Kamenogorsk ist, wie das Gebiet um Tschernobyl, zur ökologischen Notstandszone erklärt worden. (Faz 21.9.90)

Ein Abschied von der Atomenergienutzung folgt daraus und aus den ergriffenen Maßnahmen jedoch nicht. Bei den Baustopps für die drei Akws, die alle drei großteils fertiggestellt waren, handelt es sich nur um Moratorien, die allein der Beruhigung des Widerstands geschuldet sind. Alle Zeichen stehen weiter auf Ausbau. Derzeit sind noch 26 Atomkraftwerke in Bau und für sechs weitere liegen Bestellungen vor. (Faz 13.3.91)

Osteuropa

Bis auf Polen, das sein Atomprogramm erstmal auf Eis legte, setzen auch alle übrigen ehemaligen RGW-Länder trotz Widerstand und ökonomischer Krise weiter auf den Ausbau der Atomenergie.

In **Polen** beschloß die Regierung Anfang September letzten Jahres die Vorbereitungen zum Bau eines AKW-Blocks in Klempicz bei Posnan zu stoppen und die Baustelle Zarnoviec bei Gdansk einzumotten. Bis zuletzt hatten die EG-Kommission und westliche Reaktorbauer (Siemens/KWU, Electricit'e de France und Belgatom) versucht Polen bei der Stange zu halten. Erfolglos. - Ausschlaggebend für das polnische "Nein" ist die desolaten Finanzlage. Einen *"begrenzten"* zweiten Anlauf in der Atomenergie soll es aber geben; nach dem Jahr 2000. (taz 7.9.90)

Anders in **Bulgarien**. Dort sind zur

Zeit fünf Reaktoren sowjetischer Bauart mit je 440 MWe in Betrieb. Trotz massiver Warnungen von Experten, sowie der Arbeiter des Atomkraftwerkes selbst (!), die die Regierung angesicht der Mängel an den Reaktoren auf die *"Gefahr eines zweiten Tschernobyl in Bulgarien"* hinwiesen, hat der Ministerpräsident Andrei Lukanow angekündigt, auch den sechsten Reaktorblock des Atomkraftwerks Kosloduj in Betrieb zu nehmen. (taz 6.10.90) Auch hier drängen westliche Reaktorbauer zusammen mit der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) auf einen Weiterbetrieb und erhoffen sich gleichzeitig Aufträge für die sicherheitstechnische Nachrüstung der Reaktoren.

Rumänien ist das einzige Land Osteuropas mit Schwerwasser-Reaktoren auswestlicher (kanadischer) Fertigung. Das rumänische Atomprogramm sah den Bau von fünf Blöcken mit einer Bruttoleistung von je 700 MWe an dem Standort Cernavoda vor. Die Bauarbeiten zum ersten Block begannen 1980. Die kommerzielle Inbetriebnahme sollte 1993 erfolgen. 1982 wurden die Bauarbeiten an Block-2 aufgenommen, 1984 an Block-3, 1985 an Block-4 und 1986 an Block-5. Alle Blöcke sollten 1999 in Betrieb gehen.

Das Programm wird jetzt in Zusammenarbeit mit der *Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO)* und Kanada fortgeführt. Die reinen Bauarbeiten für den ersten Block sind zu 84 Prozent abgeschlossen. Die Betriebsaufnahme des ersten Blocks soll nach der neuen Projektion mit nur einem Jahr Verzögerung noch 1994 erfolgen. Ein weiterer Ausbau des Atomprogramms über die fünf Reaktoren hinaus ist in Planung. Für einen neuen Standort werden derzeit Studien erarbeitet. Vorgesehen ist eine Großkraftwerksanlage mit einer installierten Leistung von nochmal insgesamt 2500 Mwe. (atw 2/91)

Die **CSFR** hält trotz einer jüngsten Serie von Bränden in den Atomkraftwerken Jaslovské Bohunice und Durkovany, hartnäckig an ihrem Ausbau-Programm fest. Die Brände sind nur die Spitze einer langen Chronik. Die Störfallgeschichte des tschechoslowakischen Atomprogramms ist der reine Horror. Schon 1976 sind im brandgefährlichen Forschungsreaktor von Bohunice beim Wechseln der Brennelemente 2 Arbeiter ums Leben gekommen. Die Krebsrate im Kreis Budweis, dem Standort der Uranerz-Aufbereitungsanlage Mäpe, soll nach Zahlen von Greenpeace 1000mal höher sein, als in der übrigen CSFR.

Wie Rumänien, versucht jetzt auch die CSFR ihr Atomprogramm in Kooperation mit westlichen Firmen voranzutreiben. Für den Standort Bohunice (4 Blöcke mit je 440 MWe-Reaktoren vom Typ WWER) erstellt Siemens/KWU zur Zeit eine Expertise über die sicherheitstechnische Auslegung. Nach der Durchführung von Nachrüstungen sollen die Kraftwerksblöcke Bohunice-1 und -2 noch bis 1995 betrieben werden. (atw 2/91) Für das in Bau befindliche Akw in Mochovce hat Siemens/KWU bereits den Auftrag zur Nachrüstung mit westlicher Leittechnik erhalten. Mochovce soll 1993 in Betrieb gehen. Über eine Beteiligung am tschechoslowakischen Maschinenbaukonzern Skoda, hofft Siemens auch die Nachrüstungsaufträge für die übrigen sieben bereits laufenden Reaktoren russischer Bauart in der CSFR zu bekommen. Außer den 4 Blöcken in Bohunice stehen drei weitere Reaktoren dieser Bauart im Atomzentrum Durkovany.

Das atomare Großprojekt der CSFR ist aber der Atomkraftwerkskomplex Temelín. Vier Atommeiler mit einer Leistung von 4 x 1000 Mwe sollen hier ab 1994 Strom produzieren. Fünf Dörfer wurden mit Baubeginn Mitte der 80er Jahre für das Vorzeigeprojekt dem Erdboden gleich gemacht: Temelínec, Krtevov, Knín, Brezí und Podháj. Nach dem Sturz der sozialistischen Regierung im Spätherbst 1989 wurde zunächst eine *"Denkpause"* eingelegt. Jetzt ist klar: Die Blöcke 1 und 2 werden mit westlicher Technik weitergebaut. Der Bau der Blöcke 3 und 4 wurde zunächst gestoppt. Nur eines ist sicher. Sie werden gebaut; wahrscheinlich insgesamt mit westlicher Technologie. An den Ausschreibungen beteiligen sich neben Siemens/KWU auch Framatome und Westinghouse.

Wiedervereinigte deutsche Atomwende: Ausstieg oder Ausbau?

In der Diskussion um die Wiedervereinigung hatten wir für das neue IV. deutsche Reich eine kommende atomare Renaissance analysiert. War das doch zu schwarz gesehen? Schließlich ist nach der WAA in Wackersdorf jetzt im März auch der Schnelle Brüter von Kalkar gestoppt worden. Und auch die kleine WAA (WAK) in Karlsruhe soll demnächst abgerissen werden. (taz 25.3.91) Die taz verkündete die *"Kalkarisierung der Endlagerprojekte"* und zitierte dazu Hannes Kempmann: *"Der Atomstreit um den schnellen Brüter in Bonn, noch vor dem Bundesverfassungsgericht [illegible] endgültig ausgetragen [illegible]"* [illegible] oder- [illegible] gegangen [illegible] desregierung [illegible] Bevölkerung durchsetzen [illegible] natürlich eine Landesregierung rot-grün, warb er bereits um Wiederwahl. (taz 28.3.91)

Fa[illegible] Regierung hat nicht [illegible] nur gut [illegible] einer Bürgerinitiative als Abgeordneter einer Regierungsopposition nichts vorzuwerfen hat, wäre ihm ja garnicht vorzuwerfen. Die Anti-AKW-Bewegung hat wirklich nicht mehr zu bieten. Und mehr als von der Anti-AKW-Bewegung erwarten wir von einer Regierungskoalition schon lange nicht. Vorzuwerfen ist ihm aber, daß er die Illusionen schürt in einer rot-grünen Regierungskoalition könne der Ausstieg rein parlamentarisch, juristisch gelingen, anstatt die Karten schonungslos und offen auf den Tisch zu legen. In Sachen Endlager wird die Landesregierung regelmäßig von Töpfer angewiesen, und in Stade wiederholt sich das gleiche Spiel wie in Schleswig-Holstein. Im Hinblick auf die laufenden Sicherheitsüberprüfungen wird vertröstet und die Hoffnung auf eine juristische Stillegung nach Prüfung in 2 Jahren geschürt. Gegen das AKW - und das heißt gegen die Landesregierung - klagende BürgerInnen werden zum Rückzug ihrer Klage überredet, weil diese (was realistisch ist) keinen Erfolg haben wird, aber sie werden mit der ebenso illusionären Hoffnung, daß die Landesregierung mit Papa Schröder das in 2 Jahren schon für sie richten wird, beruhigt und vorerst stillgestellt. In Schleswig-Holstein, wo nach dem ursprünglichen Ausstiegsversprechen (auch da hieß es 2 Jahre) bereits letztes Jahr alle Atomkraftwerke still stehen sollten, und wo dann, als jeder Druck ausblieb, sehr schnell 1996 anvisiert wurde, wird jetzt auf das Jahr 2010 vertröstet. (taz 23.3.91) Wer's glaubt, wird SPD-lig.

Real droht nach dem Sterben der Waahnsinnsprojekte Wackersdorf und Kalkar auch im vereinigten Deutschland die Expansion der Atomindustrie, vorrangig im Bereich der ehemaligen DDR. Wofür es eigentlich *"überhaupt keine Aussichten"* mehr geben sollte, - der Neubau von AKWs -, soll mit Greifswald und Stendal gleich zweifach ins Haus stehen. - Oder nun vielleicht doch nicht, wo Möllemann doch plötzlich sagt, *"neue Kernkraftwerke nicht zwingend"*?

In der sozialdemokratischen Presse (taz und FR) wurden die Äußerungen Möllemanns, die dieser in einem extra für den Spiegel geschriebenen Beitrag öffentlichkeitswirksam unterbreitete, sofort als eine Änderung des Atomkurses der Bundesregierung gedeutet. In der taz wurde gar die Mär verbreitet *"in Bonn und bei der Energiewirtschaft hat die "Kehrtwendung" Möllemanns überrascht."* (taz 16.4.91) Nichts an dem ist wahr.

In dem Beitrag Möllemanns geht es nicht um eine Änderung des Atomkurses, sondern um die Herstellung eines neuen energiepolitischen Konsens mit der SPD. Dazu hat er von den Energiekonzernen aufgefordert worden. Diese hatten angesichts ihrer Expansionspläne verlangt, *"daß die Bundesregierung einen energiepolitischen Konsens über alle Parteigrenzen und mehrere Legislaturperioden hinweg garantiere, bevor diese Großprojekte in Angriff genommen würden."* (Faz 15.4.91) Das Ganze wäre also eher ein Paradebeispiel für staatsmonopolistisches Marionettentheater. Möllemann agiert rein im Interesse, wenn nicht im Auftrag der Atomindustrie.

Solche *"Desaster"*, wie beim Schnellen Brüter in Kalkar und bei der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, so Möllemann, dürften sich nicht wiederholen. Dort wurden *"die Chancen für einen Konsens von Befürwortern und Gegnern nicht ausgeschöpft."* Im Hinblick auf den Umbau der Energieversorgung in den neuen Ländern fordert er die SPD insofern auf: *"Wir müssen einen gemeinsamen Nenner finden über die jeweils unterschiedlichen Ausgangspositionen hinweg."* Er macht auch deutlich, wie er sich die Annäherung vorstellt. Von einer Änderung des Atomkurses kann da keine Rede sein: *"Die Debatte über den Kohlendioxid-Ausstoß herkömmlicher Kraftwerke und die damit verbundene Gefahr einer Klimakata-*

strophe hat erst begonnen. Und in dieser Debatte spielt die Kernenergie weltweit eine neue Rolle." Natürlich sei die Stromversorgung in den neuen Bundesländern auch auf andere Weise als durch Atomenergie zu erreichen. Aber: *"Umweltpolitisch müssen wir den Einsatz der Kohle verringern. Die internationale Entwicklung - Beispiel Schweden - weist auf eine Neubewertung der Kernenergie aus ökologischen Überlegungen hin. Kernenergie vermeidet die Emission von Schwefeldioxid; vor allem aber emittieren Nuklearkraftwerke nicht das klimaschädliche Kohlendioxid."* Die Kernfrage sei, *"ob wir nationale Risiken durch Vermeidung der Atomkraft senken dürfen, indem wir das internationale Klimarisiko durch vermehrten Co_2-Aussoß erhöhen."* Darüber wolle er mit der SPD den *"Dialog"*. Er wolle noch *"in dieser Woche mit Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau, Björn Engholm, Willy Brandt und Oskar Lafontaine sprechen."* (Spiegel 16/91) Die Gespräche sind inzwischen gelaufen. Über den Gesprächsinhalt wurde Stillschweigen vereinbart. Wenn Hannes Kempmann in der niedersächsischen Regierungskoalition mit der SPD was für den Ausstieg tun will, dann soll er herausbekommen, worüber bei diesen Gesprächen mit den SPD-Oberen Stillschweigen vereinbart wurde. Soviel ist sicher: Wenn von Atompolitikern Schweigen vereinbart wird, dann ganz gewiß nicht, um den AtomkraftgegnerInnen demnächst den Ausstieg verkünden zu können.

Mit dem Stop für Wackersdorf und Kalkar und der Europäisierung der Spitzen der Plutoniumwirtschaft, wurden die Voraussetzungen für einen neuen energiepolitischen Konsens mit der SPD auf der Ebene eines weniger ambitionierten Ausbau des Atomprogramms zurückgewonnen. Aber auch zu diesem Atom-"normal"-programm gehören selbstverständlich noch nationale Plutoniumbereiche, wie die Alkem und der Bunker in Hanau. Zeitdruck diesen neuen Konsens in der Praxis mit Ausbau sichtbar zu machen, besteht derzeit nicht. Das kann in Ruhe vorbereitet werden und dazu wird eine Debatte gehören. Und da, das ist zu befürchten, werden wir wie wir jetzt dastehen alt aussehen. Wie das Ganze ablaufen wird, dafür bietet Schweden, Möllemann deutete es an, das Beispiel.

Beispiel Schweden: Ausstieg aus dem Ausstieg

Schweden ist das Paradebeispiel sozialdemokratischer Ausstiegspolitik. Bis 1979 wurde dort mit sozialdemokratischem Fortschrittsoptimismus ein forscher Ausbau der Atomenergie vorangetrieben. 12 Kernkraftwerke mit einer installierten Bruttoleistung von 10.255 MWe tragen heute 45 Prozent der schwedischen Stromversorgung. Den Umschwung brachte erst der Reaktorunfall im amerikanischen Atomkraftwerk Three Mile Island, dem ersten öffentlich bekanntgewordenen GAU vor Tschernobyl. In einer Volksabstimmung wurde 1980 erzwungen, bis zum Jahr 2010 aus der Atomenergie auszusteigen. Die ersten beiden Reaktorblöcke sollten 1995 und 1996 stillgelegt werden.

Mittlerweile ist dieser Beschluß nicht mehr das Papier wert auf dem er steht. Der Prozeß des Ausstiegs aus dem Ausstieg wurde seit Anfang letzten Jahres ständig forciert.

Im Januar 1990 ging die Zuständigkeit für Energiefragen vom Umweltministerium auf das Industrieministerium über und wurde damit der Ausstiegsbefürworterin Birgitte Dahl entzogen und dem Atombefürworter Rune Molin übertragen. Neue Kommissionen kalkulierten alles noch einmal durch und erarbeiteten neue Vorlagen, auf deren Grundlage im Herbst entschieden werden sollte, ob das erste Atomkraftwerk wirklich 1995 abzuschalten sei.

In der Öffentlichkeit wurde parallel dazu eine Debatte entfacht, die systematisch eine Stimmungsumschwung herausarbeitete. Die Bedrohung mit dem Ozon[illegible] wurde [illegible] müsse man [illegible] 2010 [illegible] Welt [illegible] vom außen [illegible] platze...

Gegen [illegible] Atom-Bewegung und Umweltgruppen [illegible] eine Schmutz-Berichter[illegible] wurden gestreut. [illegible]s" war die Rede [illegible] und Umwelt[illegible] heißt es [illegible] Untersuchungen des schwedischen Meinungsforschungsinstitut Sifo meinen heute 57 Prozent der SchwedInnen, daß die Atomkraft nicht bis zum Jahr 2010 stillgelegt werden soll, oder daß man sie garnicht aufgeben soll. (Faz 7.5.90) Andere Untersuchungen kommen zu noch klareren Mehrheiten gegen einen Ausstieg. Wenn Arbeitsplätze gefährdet würden, wollen zwei Drittel der SchwedInnen an der Atomenergie festhalten. (Faz 7.11.90)

Im April 1990 trat der Ministerpräsident Carlsson mit einem Beschluß vor die Öffentlichkeit, der genau darauf kalkuliert war, sich zur Abkehr vom Ausstiegsbeschluß zwingen zu lassen. Man halte an der Abschaffung der Kernenergie fest, hieß es, aber schlage dem Parlament die Aufhebung des Beschlusses über die Begrenzung der Kohlendioxydbelastung vor. Der Aufschrei war erwartet groß und leidenschaftlich konnte sich der Ministerpräsident in der anschließenden Parlamentsdebatte dagegen verwahren, daß er die Kernenergie nicht abschaffen wollen.

Auf ihrem Parteitag im September 1990 beschloß die Sozialdemokratische Partei das Datum 1995/96 zu streichen und dem Ministerpräsidenten *"freie Hand"* für Gespräche mit der bürgerlichen Opposition über eine *"dauerhafte Regelung"* der Energieversorgung zu geben. Der Reichstagsbeschluß, der den Ausstieg aus dem Ausstiegsbeschluß auch formal absegnet, wird noch für dieses Jahr erwartet.

Noch geht es nur um den Ausstieg aus dem Ausstieg. Man/frau hat Zeit. Aber bereits jetzt heißt es: *"Natürlich hütete sich die Regierung, sich zu einem Ausbau der Kraftwerke zu bekennen."* (Faz 23.4.90) Es ist in der Tat zu befürchten, daß auch das bereits entschieden ist, und daß es nur noch darum geht, wann die Regierung meint sich dazu auch bekennen zu können.

Gibt es ein Leben gegen die Katastrophe?

Das Fazit ist düster, wie die Perspektiven für eine radikal linke Politik insgesamt. Die Atomindustrie hat ihre Krise überwunden; ökonomisch aber auch politisch. Die Auftragsbücher sind gefüllt. Der Ausbau schreitet voran. Immer mehr Menschen sind bereit die Erzeugung von Energie aus dem Atom mit allen Konsequenzen als quasi unabänderlich zu akzeptieren. - Hiroshima, Nagasaki, Harrisburg, Tschernobyl, Tscheljabinsk, Harrisburg, Tschernobyl... Bomben, Gau's und Super-Gau's sind also nicht Mahnmale zum Ausstieg. [illegible] bei immer mehr Menschen eher das sichere Gefühl: es gibt ein Leben mit der Katastrophe.

Eines [illegible]est sollten wir also klar haben. Das hat meiner Meinung nach auch noch einmal der Golfkrieg gezeigt. Das linke Politikmuster der 80er Jahre, die Beschwörung einer Umkehr aus der Bedrohung durch die Apokalypse, ist auf ganzer Linie bankrott. Dieses Muster wird von den Herrschenden für ihre Ziele erfolgreicher verwertet. Die Anti-AKW-Bewegung ist ursprünglich auch aus einer anderen Dynamik, nämlich aus der in den 70er Jahren gewachsenen Bereitschaft zum gesellschaftlichen Konflikt, stark geworden. Die ist für die Linke insgesamt im Herbst 1977 gebrochen worden. Für die Anti-AKW-Bewegung wurde sie im Juli 1977 in Malville mit blutiger Gewalt und im September 77 auf dem Weg nach Kalkar auf den Autobahnen mit geladenen Maschinenpistolen gestoppt. Erst aus dieser Erfahrung heraus, dann unter dem Einfluß der GRÜNEN und der in den 80er prägend gewordenen Friedensbewegung hat sich auch in der Anti-AKW-Bewegung immer mehr die vorwiegend naturwissenschaftlich-technische Risiko-Argumentation Bahn gebrochen. Diese Dominanz des technischen Verständnisses führte aber zu einer vollkommenen Hilflosigkeit im politschen Verständnis. Die Lähmung der Bewegung rührt zum guten Teil aus ihrer Entpolitisierung. Das ist der Zustand der seit geraumer Zeit mit der Aneinanderreihung von immer neuen Aktionen an Aktionen, an Aktiönchen fortgeschrieben wird. Zum Brennpunkt gesellschaftlichen Konflikts wird die Atomenergie dadurch nicht gemacht, von der Utopie einer Anti-AKW-Bewegung als Ansatzpunkt für eine radikale Veränderung der Beziehungen der Menschen untereinander und aller gesellschaftlicher Verhältnisse die sie eingehen insgesamt ganz zu schweigen. Insofern stehen wir an einem Endpunkt; einem Ende, daß sich natürlich endlos verlängern läßt...

r. karsten

) Michael Pester, Es war einmal Amerika. Die US-Atomindustrie in der Krise, in: Atomkraft am Ende? Göttingen 1986, S.16

) Reimar Paul, in: Atomkraft am Ende? Göttingen 1986, S. 155

Gemeinschaftswerk: Atomaufschwung Ost oder der Traum von einer alten Sache

Kommen sie nun oder kommen sie nicht, die Atomkraftwerke/Ost? Möllemann sagt Ja, Möllemann sagt Nein; Riesenhuber will; Töpfer rechnet ganz sicher damit und die SPD hat sich einmal mehr zu einem entschiedenen Jein bzgl. der Atomenergienutzung durchgerungen. Die Bundesgrünen merken nichts: Wieso? Ist was? Die "Bewegung"(?) wartet mal ab und die Menschen in der Ex-DDR freuen sich auf viele neue Arbeitsplätze. Siemens/KWU stockt seinen Personalbestand vorsichtshalber wieder auf; die großen westdeutschen Energieversorgungsunternehmen wollen, ja fühlen sich aus Sorge um unser aller Klima geradezu verpflichtet. Damit es auch wirklich losgehen kann, soll der Konsens her, vielleicht reicht auch ein "Energiefrieden". Endlich soll nach dem Willen der EVU's Wirklichkeit werden, was mit anderen Mitteln in diesem Jahrhundert gescheitert war: Der Traum von einer alten Sache - Vom Atlantik bis zum Ural. Ein riesiges Stromverbundnetz gespeist aus Atomkraftwerken und die deutschen EVU's führen in diesem Verbund Regie.
Wer es noch nicht gemerkt haben sollte: Wir befinden uns aktuell inmitten der Diskussion und der entscheidenen Phase über die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik - mit oder ohne Atomenergie.

Ein neues Atomprogramm soll her

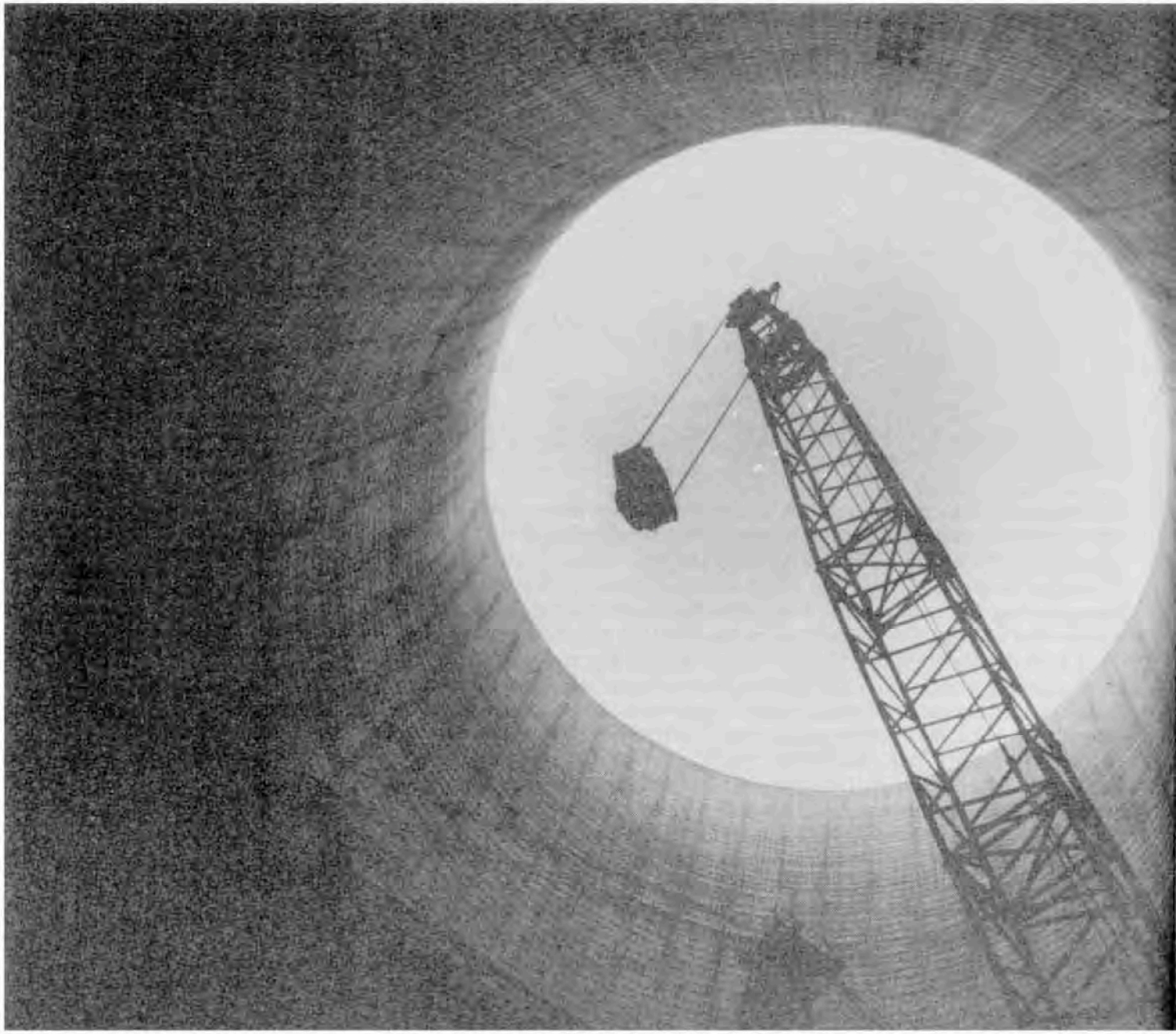
Auch wenn es im Moment "nur" um den Bau zwei neuer Atomkraftwerke in Greifswald und Stendal geht, so geht es in Wirklichkeit doch um den Einstieg in ein neues Atomprogramm. Der Bau dieser beiden 1300 MW Reaktoren würde den Bau weiterer Anlagen bzw. den Ersatz für veraltete und stillgelegte AKW's nach sich ziehen. Die EVU's set zen auch für die Zukunft auf Atomenergie und wollen in Deutschland den Energiemix von bis zu 40 % und mehr Anteil Atomstrom an der Gesamtstrommenge beibehalten. Dieser Anteil hat in der Vergangenheit ermöglicht, Atomstrom im Grundlastbetrieb zu fahren, andere Formen der Stromgewinnung zu verhindern bzw. zu verdrängen. Atomenergie in großen Anlagen erzeugt und über große Verbundnetze zu verteilen garantiert den EVU's ihren monopolistischen Einfluß im Strommarkt, gute Profite und eine Abhängigkeit der Gesellschaft von Atomstrom. So wie die Atomenergie in den letzten 20 Jahren eine vernünftige, effiezionte und sparsame Energiepolitik verhindert hat, soll es auch bleiben. Die Produktion von Atomstrom im Überfluß verdrängt andere Stromgewinnungsquellen, garantiert ein zentralistisches Versorgungssystem und ermöglicht, ja erzwingt geradezu das Eindringen in neue Absatzmärkte vor allem im osteuropäischen Raum. Die Abhängigkeit anderer Länder von Stromimporten garantiert indirekt auch einen Einfluß auf deren Politik. Nur unter diesen Bedingungen einer möglichen aggressiven Stromabsatzpolitik rechnet sich die Atomstromproduktion für die Betreiber unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Und natürlich nur solange sich ein Großteil der mit der Atomenergienutzung verbundenen Kosten (Beseitigung des Atommülls, Verschrottung der Altanlagen, Schäden an Mensch und Natur durch Uranabbau, Wiederaufarbeitung, Radioaktivität und erstrecht im Katastrophenfall) auf die Gesellschaft abwälzen lassen.
Aus versorgungspolitischen und wirtschaftlichen Gründen ist der Bau neuer AKW's in Ostdeutschland völlig überflüssig. Das sagt Herr Möllemann, das sagen die EVU's selbst. Der Strombedarf und Verbrauch in der EX-DDR ist seit 1989 um über 35 % zurückgegangen und weiterhin rückläufig. Insofern geht es aktuell mit den jetzt projektierten Anlagen um die Nagelprobe der zukünftigen Energiepolitik.

Vernunft oder auf lange Sicht atomarer Wahn stehen zur Diskussion

Die gegenwärtige Diskussion ist vergleichbar mit der Diskussion Anfang der siebziger Jahre. Damals wurde von einer SPD geführten Bundesregierung das Atomprogramm beschlossen, welches uns bis heute in Atem hält. Die Frage stellt sich allerdings: Sind wir in der Lage uns aktuell so massiv in die Diskussion einzumischen, damit uns die Wiederholung der Geschichte erspart bleibt oder warten wir bis die erste Baustelle eingerichtet ist? Marschieren wir dann wieder unter der Parole "der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden" gegen festungsmäßige Anlagen an und holen uns blutige Köpfe oder bleibt die Wiese Wiese und damit basta?

Stand der Planungen

Die alten Reaktoren in der EX-DDR sind noch immer nicht endgültig vom Tisch. Zwar ruhen die Baustellen in Stendal und Greifswald. Die Blöcke 1-4 in Greifswald sind nach wie vor vom Netz, doch eine Betriebsgenehmigung wurde in keinem Fall bisher entzogen. Im Mai oder Juni wird man vermutlich klarer sehen, wenn Treuhand und Genehmigungsbehörden Wirtschaftlichkeit und Genehmigungsfähigkeit überprüft haben. Vorsicht ist geboten, denn zumindest einen Block der Altreaktoren hätte die Atomindustrie gern restauriert. Sozusagen als Vorzeigeobjekt für das erhoffte Nachrüstgeschäft der Reaktoren sowjetischer Bauart in den osteuropäischen Ländern. Siemens/KWU täte nichts lieber, um Qualität "made in germnany" unter Beweis zu stellen. Vielleicht gibt sich der ausgaben- und debakelfreudige Forschungsminister Riesenhuber in Bonn als Schirmherr her und nimmt z.B. Block 5 in Greifswald unter seine Fittiche. Auf der Wintertagung des deutschen Atomforums im Januar in Bonn hat dessen Präsident Berke den Weg vorgedacht: *"Denkbar wäre z.B., daß die Bundesregierung ein spezielles Forschungsprogramm 'Sicherheit für sowjetische Druckwasserreaktoren' auflegt, um Wege zu ermitteln, wie diese unserem Stand von Wissenschaft und Technik angenähert werden können."*
Der mecklenburgisch-vorpommersche Ministerpräsident Gomolka hätte gern solch eine Lösung für die Altanlagen in Greifswald. Die EVU's scheinen sich mittlerweile end-



gültig von den alten Anlagen verabschiedet zu haben und setzen nun mit voller Kraft auf den Bau neuer alter Anlagen aus dem Westen. Die sogenannten Konvoianlagen (Lingen, Neckarwestheim II, Ohu II), Entwicklungen aus den siebziger Jahren, sollen in Stendal und Greifswald mit je einem 1300 MW Block feierlich Urstand haben. Die jeweiligen Ministerpräsidenten in Mecklenburg und Sachsen-Anhalt sind angetan von dieser Idee und die Bevölkerung vor Ort ebenso, denn da kommen doch endlich Arbeitsplätze. So werden 3000 Arbeiter der Greifswalder Atomanlagen bis Ende 1992 auf Kurzarbeit gesetzt und so bei der Stange gehalten. Ein bewußtes Kalkül, da man weiß, daß die Menschen in Ostdeutschland angesichts der verheerenden Arbeitsplatzsituation jeden Strohhalm begierig aufgreifen. Hauptsache Arbeitsplätze, egal wofür, daß allerdings im Falle des Baues neuer Atomanlagen das know how und die Arbeiter aus dem Westen eingeflogen werden, müssen jetzt die BI's vor Ort in mühseliger Kleinarbeit den Menschen begreiflich machen. Ein hartes Stück Arbeit angesichts der auf Hochglanzbroschüren und mit Hilfe von schicken Infobussen von den Betreibern und Töpfer unter die Menschen gestreuten Lügen. Dabei soll es nur eine Bemerkung bzw. Annekdote am Rande sein, daß für diese Lügenpropaganda der neuen Herren aus dem Westen die gleichen Menschen eingesetzt werden,die zu alten Zeiten die Propaganda für die heute ausrangierten Anlagen betrieben. Und sie versuchen die neuen Anlagen aus dem Westen mit dem Hinweis auf den Schrott der alten Zeit schmackhaft zu machen."Wes Brot ich ess, des Lied ich sing."

Und während der Schrott der alten Zeit, Abriß, Beseitigung der atomaren Abfälle gesellschaftlich getragen werden muß - die Treuhand wird es wohl aus dem an anderer Stelle verschleuderten Volksvermögen begleichen - beabsichtigen RWE, Preussenelektra und Bayernwerke an den gleichen Standorten westlichen Schrott aufzubauen. So läßt sich dann eine Teil des alten Schrotts (Kühltürme, best. Infrastrukturen) sozusagen dynamisch mit dem neuen Schrott verbinden. So wächst zusammen, was zusammen gehört.

Noch haben die Betreiber nicht die Genehmigungsanträge für die neuen Reaktoren gestellt, doch das soll noch 1991 geschehen. Dafür ist allerdings die seit 1989 verschärft geführte Energiekonsensdebatte in die entscheidene Phase gebracht worden.

Zwischen energiepolitischem Konsens und "Energiefrieden"

Spätestens seit dem Aus für die WAA Wackersdorf 1989 wird verstärkt um einen Energiekonsens gerungen. Dieser soll

Foto: Günter Zint

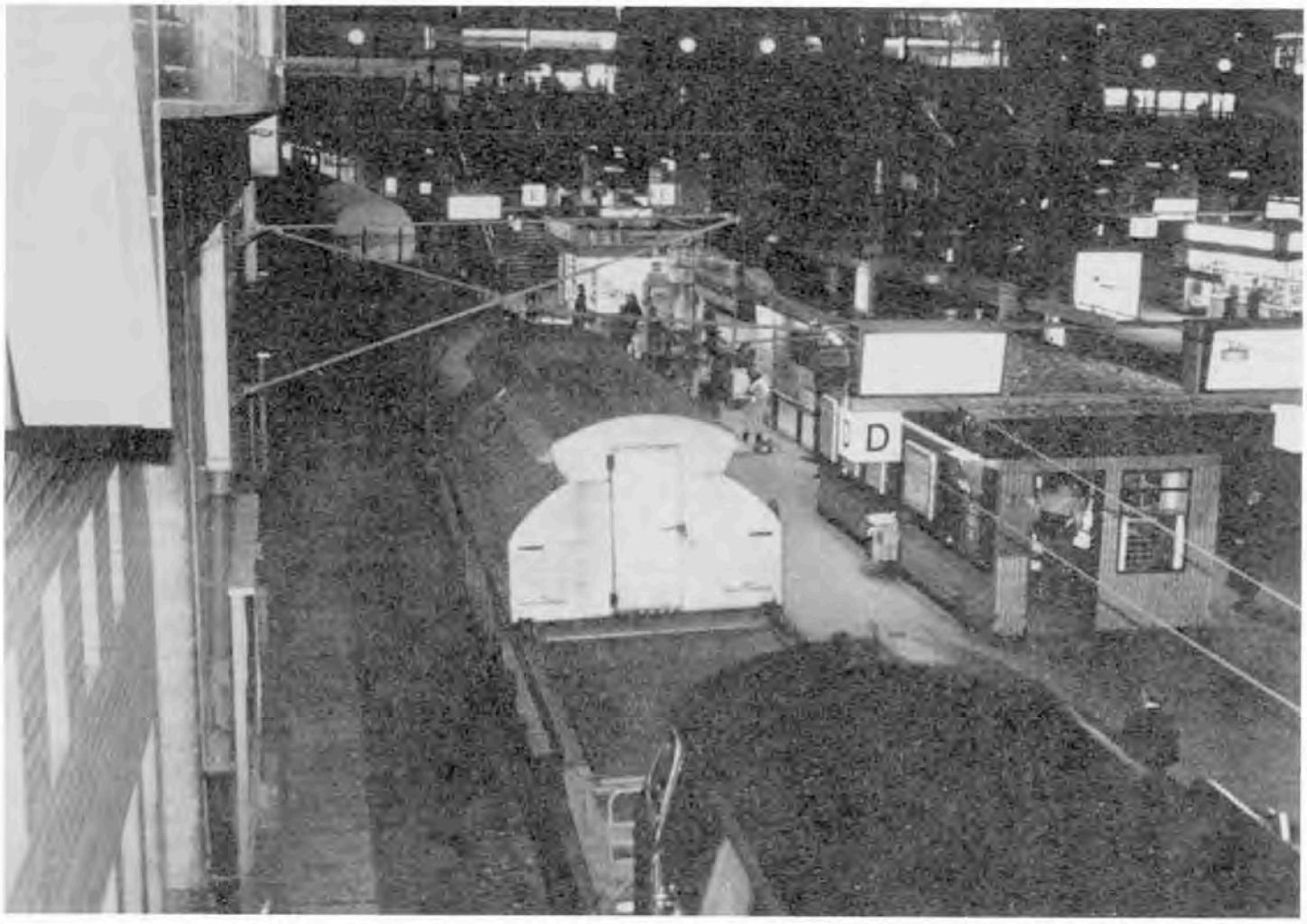
nichts anders beinhalten als die Zustimmung der SPD zur weiteren Nutzung der Atomenergie und zu den projektierten Endlagern. Auch wenn es formal bisher keinen Konsens gibt, so ist doch zumindest unter der Hand und in der realen Alltagspraxis der Konsens vorhanden. Weder die SPD geführten Bundesländer haben sich bisher konsequent der Ausstiegspolitik verpflichtet, ansonsten hätten sie zumindest mit allen politischen und rechtlichen Mitteln versuchen müssen z.B. dem weiteren Verschieben von abgebrannten Brennelementen nach La Hague und Sellafield einen Riegel vorzuschieben, durch massive Aufklärung und Information die Bevölkerung gegen die weitere Atomenergienutzung mobilisieren müssen. Noch haben die SPD-Länder mit der Bundesregierung und den EVU's die Verhandlungen über die sogenannten Entsorgungsprojekte abgebrochen. Solange die SPD in diesen Fragen zu Kompromissen bereit ist, ist sie auch mitverantwortlich für die weitere Nutzung, für die weiterwachsenden Atommüllberge. Die Formel nach Recht und Gesetz reicht nicht für einen Ausstieg, wenn man nicht bereit ist den Ausstieg aus der Atomenergienutzung zur politischen Frage zu machen und dementsprechend alle zur Verfügung stehenden Mittel ausnutzt. Aber ein Zehnjahres-Ausstiegsbeschluß der SPD zeigt das eigentliche Dilemma. Man will, man will nicht, mal sehen. Deutlich wird dieses im aktuellen Verhalten der SPD, wo die EVU's ganz massiv den energiepolitischen Konsens fordern. Noch sagt Harald B. Schäfer, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, keine neuen AKW's im Osten, dann ist für uns die Frage des Ausstiegs in zehn, fünfzehn oder mehr Jahren keine relevante Frage mehr. Das ist allerdings schon die halbe Miete für die EVU's. Eventuell reicht dann den EVU's auch schon ein "Energiefrieden", der nichts anderes als ein Stillhalten der SPD bedeuten kann. Die bisherigen Atomanlagen können mit Zustimmung der SPD weiterlaufen, ebensolange bis sie eh stillgelegt werden und dem jetzt geplanten Neubau stimmt die SPD nicht zu. Auch nicht nötig, da für die Genehmigungen CDU geführte Landesregierungen und im Bedarfsfall Töpfer zuständig sind. Und sollte die SPD wirklich in vier Jahren die Bundesregierung stellen, dann gibt es bis dahin ein novelliertes Atomgesetz, welches nach Recht und Gesetz eine Genehmigungsverweigerung für die dann bereits im Bau befindlichen Anlagen nicht mehr zuläßt. Es kann und soll hier nicht näher auf die in Arbeit befindliche Novellierung des Atomgesetzes eingegangen werden. Allerdings zeichnet sich ab, daß u.a. in der novellierten Fassung festgeschrieben werden soll: Ist erst einmal ein vorläufiges positives Gesamturteil für eine beantragte Atomanlage abgegeben, dann erwächst daraus für die Betreiber ein Anspruch auf alle weiteren Genehmigungen. Und man darf sicher sein, daß bis 1994 (Bundestagswahl) ein positives Gesamturteil vorliegt.
Dieses ist momentan ein denkbares Szenario im Gerangel um den Energiekonsens. Die SPD könnte ihr Gesicht wahren, weiterhin von Ausstieg reden ohne nennenswerte Konsequenzen ziehen zu müssen und Herr Schäfer könnte sogar *"zu Land, Wasser und Luft"* gegen die neuen Anlagen zu Felde ziehen, wie er es gegenüber VertreterInnen der Endlagerstandort-BI's im Februar in Bonn beteuerte.

Doch ein Teil der EVU's, u.a. das RWE, würde einen echten Konsens vorziehen, um Vorgänge wie z.B. in Kalkar in der Zukunft zu vermeiden.
Dieses scheint Herr Möllemann sehr wohl vernommen zu haben und deshalb hat er sich jetzt höchst persönlich in die Verhandlungen auf höchster Ebene mit der SPD eingeschaltet. Insofern ist Möllemann nicht binnen vier Wochen umgefallen, wie es einige Zeitungen verbreiteten, nachdem Möllemann im 'Spiegel' die Notwendigkeit von neuen AKW's im Osten bezweifelte. Nein Möllemann greift nur die Argumentation der Betreiber selbst auf und argumentiert mit dem fadenscheinigen Argument 'Klimarettung' für die Atomenergie. Möllemann wäre nicht Möllemann, wenn er sich nicht als Interessensverwalter großer Konzerne zeigen würde. Ohne dem wäre Möllemann auch nicht Wirtschaftsminister.
Die SPD wird allerdings sehr bald zeigen müssen, wohin sie tendiert. Zum Konsens oder nur zum Energiefrieden? Durch die neue Situation in Rheinland-Pfalz mit einer zukünftigen SPD Regierung wird sich sehr schnell das wahre Gesicht der SPD zeigen müssen. Erteilt die neue Landesregierung die Betriebserlaubnis für Mülheim-Kärlich oder bleibt ihr diese Prüfung erspart, weil die alte abgehalfterte CDU-Regierung noch schnell vor Amtsübergabe dieses Geschäft übernimmt. Ähnlich wie in Hessen, wo die alte CDU-Regierung noch schnell den Hanauer Nuklearbetrieben die endgültige Betriebserlaubnis erteilte und somit der neuen Rot/Grünen Landesregierung die erste Peinlichkeit ersparte.
Wäre die SPD lernfähig, dann würde sie ihren Nürnberger Ausstiegsbeschluß auf dem SPD Bundesparteitag Ende Mai tatsächlich revidieren und endlich und konsequent in einen Sofortausstiegsbeschluß umwandeln.

Es darf keinen Energiefrieden, keinen Konsens geben

**Dann müssen wir uns jetzt einmischen und nicht erst den neuen Bauzaun abwarten. Warum sollen die Herrschaften eigentlich weiterhin ruhig verhandeln und palavern können. Ist es möglich ihnen bei entsprechenden Gelegenheiten aufs Dach zu steigen? Wenn sich die Atombonzen vom 14. - 16.5.91 in Bonn zur alljährlichen Jahrestagung des deutschen Atomforums treffen, wenn die SPD Ende Mai ihren Bundesparteitag abhält, wenn vom 24. - 26.6. in München Töpfer ein Atomrechtsforum zur Novellierung des Atomgesetzes abhält. Muß sich nicht deutlich zeigen, daß weit über 70 % der Bevölkerung gegen die Nutzung der Atomenergie ist und jeder Gedanke an ein neues AKW nur Ärger einbringt?
Und ziehen wir doch landauf landab gegen die Lügen von der sauberen, sicheren, arbeitsplatzschaffenden Atomkraft zu Felde und machen überall deutlich, daß gerade die Nutzung der Atomenergie effektive Programme zur Co2-Reduktion verhindert und uns damit dem Klimakollaps umso schneller näher bringt. Die Argumente sind auf unserer Seite, wir müssen sie allerdings auch an wenden.
Uns reicht ein Tschernobyl, Tschernobyl ist überall. Schlagen wir es ihnen um die Ohren. Es reicht einfach nicht Kinder aus Tschernobyl für einige Wochen aufzunehmen und die Kosten von der Steuer abzusetzen, denn wir müssen das nächste Tschernobyl verhindern. Ganz konkret vor unserer Haustür oder wohin wollen wir denn unsere Kinder zur Erholung schicken?**

Heinz Laing



Dirk Seifert: **Atomtransport aus AKW Brunsbüttel bei Durchfahrt im Hamburger Hauptbahnhof Gleis 14**

Anti-AKW-Bewegung am Ende?

Die Anti-AKW-Bewegung hat in den vergangenen Jahren ihre Aktraktivität und Bedeutung innerhalb der sozialen Bewegungen und für die Linke immer mehr verloren. In den letzten Jahren befassten sich die Initiativen zwar relativ erfolgreich mit den Atomtransporten, die kreuz und quer durch die BRD rollen, aber dies konnte nicht verhindern, daß die Anti-AKW-Bewegung auf einen relativ kleinen Kreis zusammen schrumpfte. In einer Broschüre des "Hamburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen", die umfassend zum Thema Atomtransporte informiert, setzt sich der AK auch mit der Entwicklung und den Ursachen für das Schrumpfen der Anti-AKW-Bewegung auseinander. Wir drucken das Kapitel im folgenden ab.

Politik gegen Atomtransporte als einem Teil des Atomprogrammes knüpfte in den letzten Jahren im wesentlichen an drei Punkten an:
- Entwicklung einer öffentlichen d.h. auch medienwirksamen Diskussion über Atomtransporte in einzelnen Regionen zum Beispiel durch Veranstaltungen.
- Be- und Verhinderung von Atomtransporten durch Blockaden.
- Öffentlichkeitswirksame, eher demonstrative Aktionen wie zum Beispiel Kundgebungen, Besetzungen oder Besuche bei Politikern und Unternehmen.

Diese Formen des außerparlamentarischen Eingreifens gehören zum "klassischen" Repertoire von Anti-AKW-Inis, und eigentlich beruhten die Erfolge in einzelnen Städten, in denen sich Protest gegen Atomtransporte formierte, im wesentlichen auf dem öffentlichen Druck, der entwickelt wurde (Lübeck, Emden, Gorleben...). Mitentscheidend war jedoch auch immer die Frage, inwieweit es jeweils gelang, neben dem öffentlichen Druck oder gerade durch ihn Wirkungen in Institutionen hinein zu erzielen, die mit der Aufsicht oder der Durchführung von Transporten befaßt sind. Je mehr es gelang, Widersprüchlichkeiten oder politische Zugzwänge innerhalb von Behörden, Gerichten und Parteien zuzuspitzen, desto höher waren die Chancen auf pragmatische Schritte gegen Atomtransporte. Damit ist jedoch auch ein Manko angesprochen: die öffentliche Auseinandersetzung um Atomtransporte droht allzu häufig zu einer "Si-

cherheitsdebatte" zu werden, die zudem noch nach dem St.Florians-Prinzip ausgetragen wird: Hauptsache keine Transporte durch unsere Stadt! Die Hoffnungen vieler Inis, über die sehr konkrete Forderung nach dem Stopp aller Atomtransporte eine Wiederbelebung der Auseinandersetzung um das gesamte Atomprogramm zu erreichen, haben sich bisher dagegen nicht erfüllt. Und obwohl das Eingreifen in den reibungslosen Transportbetrieb durch direkte Aktionen überall dort, wo es bisher praktiziert wurde, als recht erfolgreich bezeichnet werden kann, hat die Zahl der AktivistInnen in diesem Bereich in den letzten Jahren kaum zugenommen.

Am Mangel an Informationen über Pannen und Skandale im Bereich der Atomwirtschaft kann es nicht gelegen haben, daß sich immer weniger Menschen in der Tradition außerparlamentarischer Opposition gegen Atomanlagen engagieren. Da sie auch nicht in Scharen in anderen Bereichen der öffentlichen Auseinandersetzung zu finden sind, muß wohl umfassender nach den Gründen für die gegenwärtige "Bewegungslosigkeit" der Politik gefragt werden.

Die Anti-AKW-Bewegung, zunächst als regionsbezogene Gegen-Bewegung mit aktionistischer Orientierung entstanden, hat politische Erfolge vorzuweisen, die weit darüber hinausgehen, daß das ursprünglich geplante Atomprogramm gehörig abgespeckt wurde. Sie stellte die etablierten Politikstrukturen und die Paradigmen der Industriegesellschaft am konkreten Objekt einer lebenszerstörenden Technologie und der hinter ihr stehenden Interessen radikal in Frage. So richtig die daraus abgeleitete Schlußfolgerung war, daß es sich bei der Atomenergie um eine Schlüsseltechnologie für die nationalen und internationalen Wirtschaftsinteressen der BRD handelt, so sehr muß heute der Optimismus angezweifelt werden, mit dem die vielzitierten Lernprozesse der Bevölkerung, die ja spätestens seit Tschernobyl die Atomenergie mehrheitlich ablehnt, begleitet wurden. So lassen z. B. Wahlergebnisse in Bundesländern bzw. Regionen, in denen heftig gegen Atomanlagen gestritten wurde, erhebliche Zweifel daran aufkommen, daß mit dem

Kampf gegen die Atombaustellen ein allgmeinerer politischer Veränderungsprozeß eingesetzt hätte.

Ebenso sollten die vielbeschworenen selbstbestimmten Aktionsformen des außerparlamentarischen Widerstands auf Mythenbildung hin abgeklopft werden. Denn seit den einschneidenden Niederlagen sowohl des alternativ-gewaltfreien Konzepts (Symbol: Gorleben 1004) als auch der massenhaft-militanten Strategie (Brokdorf, 100.000 Leute-Demo) im Jahre 1981 zeigt sich die Anti-AKW-Bewegung in diesem Bereich zunehmend orientierungslos. Eine Folge davon war die Abwanderung vieler AktivistInnen in andere Politikfelder oder übergreifendere Organisationen, wie zum Beispiel die Grünen oder Antiimpis.

Als nach Tschernobyl dann plötzlich wieder massenhafter Protest losbrach, stellte der Staat seine nicht zuletzt auch mit der Friedensbewegung gemachten Lernprozesse unter Beweis: Einbindung, Verhandlungsangebote und Beruhigung auf der einen Seite und die drakonische Härte des in der Vergangenheit zügig aufgebauten Polizeiapparates gegen diejenigen, die dem Atomstaat durch ihre Aktionen auch praktisch die Legitimation entziehen wollten. Spätestens seit am 2. November 1987 an der Frankfurter Startbahn zwei Polizisten erschossen wurden, befinden sich alle Formen des militanten, direkten Wiederstands in der Defensive.

Zusätzlich haben sich mit der Annexion der DDR nun auch noch die Bedingungen für "Bewegungspolitik" (nicht nur im Energie- bzw. Umweltbereich) im grenzenlosen Deutschland grundlegend geändert.

Seit Ende 1987 kann auch nicht mehr von einer BRD-weiten politischen Bewegung gegen Atomanlagen die Rede sein. Die noch bestehende Treffen- und Konferenzstruktur kann über den Schlummer der Anti-AKW-Bewegung ebensowenig hinwegtäuschen wie die immer wieder neu belebten "klassischen" Aktionsmuster, insbesonderen am Standort Gorleben.

Vielmehr verlief die Mehrzahl der überregionalen Treffen in den vergangenen Jahren unergiebig und meilenweit jenseits einer Vorbereitung koordinierter politischer Eingriffe in Atomwirtschaft und Atomstaat. Das Ergebnis waren mehr oder weniger beliebige Aktiönchen überall und damit nirgends. (Ausnahmen: Wackersdorf und Gorleben) Zur Beschönigung dieses Politik-Ersatzes mußte ein "neuer Dezentralismus" herhalten, demzufolge lokal zu handeln und global zu denken sei. Nichts gegen dezentrale Strukturen - im Falle der Anti-AKW-Bewegung war jedoch die Folge eine Verzettelung, so daß "oppositionelle" Politik nur noch durch rot-grüne Absichtserklärunggen repräsentiert zu werden schien.

Diesen Absichtserklärungen sind bis heute jedoch keine nennenswerten Taten gefolgt, Hoffnungen in einen überwiegend parlamentarisch getragenen Atomausstieg sind durch nichts begründet. Bleibt also auch angesichts der Wahlschlappe der West-Grünen bei der Bundestagswahl 1990 nur der Versuch, Politik von unten neu zu strukturieren und zu bestimmmen. Dies sollte mit einer Analyse der Bedingungen beginnen, unter denen heute Politik gegen Atomanlagen möglich ist. Die folgenden Stichworte ließen sich dabei zu einer Debatte ausbauen:

- die Anti-AKW-Bewegung hat im Spektrum sozialer Beewegungen schon lange keine herausragende Stellung mehr. Die politischen Bedingungen im großen Deutschland werden oppositionelle Politik erschweren. Es ist Zeit, über völlig neue Bündnisse und Strukturen nachzudenken.

- der Atomstaat hat die Legitimationskrise nach Tschernobyl abfedern können. Marktwirtschaft und Demokratie, so wie sie die etablierten Parteien verstehen, verfangen immer mehr als positive Begrifffe. Die Informations- und Aufklärungsarbeit muß dem

stärker Rechung tragen, denn

- ohne faßbare Utopien gibt es keine Motivation für politisches Handeln. Die Ausrichtung vieler Basisinitiativen auf Katastrophen wie GAU oder Krieg hat an Zugkraft verloren. Zudem finden sich viele nicht nur ehemalige Anti-AKW-AktivistInnen inzwischen auf der Sonnenseite einer Wohlstandsgesellschaft wieder und üben zeitraubende, hochqualifizierte Tätigkeiten aus. Das führte u.a. dazu daß

- Etablierung, Professionalisierung und Expertentum große Teile der "Bewegungspolitik" erstickt haben. StellvertreterInnen und Dienstleistungsunternehmen wie Greenpeace übernehmen die Politik. Das hat auch etwas mit dem Älterwerden der Anti-AKW-Bewegung zu tun. Es drängt sich die Frage auf, warum so etwas wie Jugendpolitik der Generation der 68er und Nach-68er so fremd ist.

Der Zusammenbruch der politischen Systeme in Osteuropa und der Anschluß der DDR, aber auch die Hoffnungen, daß rot-grüne Regierungen den Atomausstieg und andere akute ökologische und soziale Probleme lösen werden, haben dazu geführt, daß die parlamentarische Demokratie Marke BRD scheinbar ohne Alternative dasteht. Gegenüber einem solchen Denken, muß eine Diskussion geführt werden, die wieder das Bewußtsein von Demokratie als einen Prozeß belebt, bei dem die Menschen über die Angelegenheiten, die sie betreffen, weitgehend selbst entscheiden können.

Die Geheimhaltungspolitik von Behörden und Betreibern bei den Atomtransporten zeigt deutlich, um welches Verständnis von Demokratie es ihnen geht. Dagegen muß ein Demokratieverständnis gestellt werden, in dem die Gefahren und Risiken, die durch wirtschaftliche Interessen erzeugt werden, zum Gegenstand des gesellschaftlichen Konflikts werden. Dafür ist eine umfassende Information der Bevölkerung Voraussetzung, denn nur so kann über die Risiken technologischer, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse tatsächlich diskutiert werden.

Trotz der zur Zeit recht geringen politischen Bedeutung, bzw. Mobilisierungskraft der Anti-AKW-Bewegung im Sinne einer außerparlamentarischen Bewegung, verbietet sich angesichts der enormen Gefährdung durch die Atomspaltung ein Rückzug aus diesem Politikfeld. Gleichwohl muß über neue Ansätze dringend diskutiert werden. Warum sollten nicht schon die nächsten Aktivitäten gegen Atomtransporte unter diesem Blickwinkel angegangen werden?

Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen

aus: "Die große Verlade - Atommüll auf Geisterfahrt"
(Hg) Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, in Zusammenarbeit mit Umdenken e.V.

Die 40 seitige und zahlreich bebilderte Broschüre ist zum Preis von 5 DM plus Porto zu beziehen über: Förderverein Umweltschutz Unterelbe, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50, Tel: 040-390 61 67, ISBN 3-88876-045-3

Dirk Seifert: Atomtransport aus AKW Krümmel in Hamburg-Rothenburgsort

Die grosse Verlade Atommüll auf Geisterfahrt

Harrisburg hin, Tschernobyl her. Die Atomwirtschaft wird nicht müde, ihre elementaren ideologischen Botschaften in die Öffentlichkeit zu transportieren: sichere und beherrschbare Anlagen, seriöse Betreiber, funktionierende Kontrolle, ausschließlich friedliche Nutzung der Atomenergie, Vereinbarkeit von Nukleartechnologie und demokratischer Gesellschaft, ein geschlossener Brennstoff"kreislauf", der uns "entsorgt" und nun auch noch die Rettung vor dem Treibhausklima durch das Atom. Doch nicht nur diese längst als Lügen enttarnten Angeblichkeiten werden auf die Reise geschickt, sondern jährlich auch rund 400.000 Frachten mit atomaren Stoffen, die jährlich über Straßen, Schienen und Wasserwege der BRD gehen. Sie werden meist geheimgehalten, sind aber die unausweichliche Folge des Atomprogramms. Für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken sind sie unumgänglich.
Von der **"großen Verlade"** durch Atomindustrie und politisch Verantwortliche handelt die 40-seitige Broschüre des "Hamburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen". Informiert wird über die bislang **geheimgehaltenen** Atomtransporte und ihre unendlichen Wege, über mögliche **Unfälle**. Schlampereien und andere Unregelmäßigkeiten bei den strahlenden Touren. Die Broschüre zeigt das **organisierte Chaos** bei Genehmigung und Aufsicht der Atomtransporte. Außerdem wird ausführlich auf die **Strahlenbelastung** am **Arbeitsplatz** Atom eingegangen.
Die mit zahlreichen Fotos versehene Broschüre ist zum Preis von DM 5 (+ DM 0,80 Porto) erhältlich beim:
Förderverein Umweltschutz Unterelbe e.V. Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/390 6167.

Wenn der Castor kommt ...

Foto: Bahnhof Uelzen

Uelzen stellt sich quer !

Seit Anfang März 91 läuft die Mobilisierung für den erst Transport von abgebrannten Brennelementen nach Gorleben auf Hochtouren. Der Landkreis Uelzen ist aus seinem Dornröschenschlaf erwacht. Vom Blockadekonzept, Demo, Besetzung, Anfrage im Kreistag, LeserInnenbriefe, Infoveranstaltungen, Presseerklärungen und Ratsentscheidungen wird alles gemacht.
Im Oktober ist Kommunalwahl, wir machen die Atomtransporte zum Wahlkampfschlager. Am 22. März besetzten wir nachmittags den Uelzener Bahnhof. Durch die Innenstadt fuhr ein nachgebauter Castor unter dem Motto "lieber Stau als Castor-GAU". Hunderte von Flugblättern wurden verteilt und die Presse berichtete wohlwollend über die Aktion. Niemand wurde festgenommen. Der erst Kommentar des Bahnpolizisten als er uns sah: *"Da seit ihr nicht mehr lange drauf, die Schupos kommen gleich"*. Wir warteten, zwei Streifenwagen kamen vorbei, sie liehen dem Bahnpolizisten ihre Sofortbildkamara und verschwanden. Nach anfänglichen technischen Schwierigkeiten versuchte er Foto´s von den Besetzern zu machen. Wir meinten zu erkennen, daß die Kappe noch vor dem Objektiv saß und schwiegen...
Ende März kam dann der Hammer aus Bad Bevensen. Antrag im Stadtrat (die CDU hat die absolute Mehrheit), den Castortransporten die Durchfahrt durch die Stadt und 6 km Umkreis zu verwehren. Ergebnis: Antrag angenommen, keine Transporte durch Bad Bevensen und Aufstellen von Verbotsschildern. Daraufhin wurde der gleiche Antrag in der Gemeinde Bodenteich gestellt. Allerdings mußte der Rat erst entscheiden, ob der Antrag so kurzfristig zugelassen wird. Er wurde zugelassen und anschließend mit den Stimmen der CDU und SPD abgeschmettert. Fazit: Bodenteich will den Castor haben, wir werden dem Bundesamt für Strahlenschutz den "Tip" geben.
In der folgenden Nacht reagierten die Antiatompiraten prompt. Ganz Bodenteich, inclusive Rathaus und Ortsschildern verschönerten sich mit "Atommüll Transporte Stoppen" von selbst.
Unsere nächste Aktion wird am 26. April die Tschernobyl-Demo sein.

Die Unterlagen über die Antragsunterlagen für Städte und Gemeinden sind bei der Offenen Bürgergruppe Bad Bevensen, Dr. v. Kriegsstein, Lyraweg 1, 311 8 Bad Bevensen erhältlich.

Ansonsten weiteres bei der
Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Uelzen, Bernd Ebeling, Lerchenweg 9, 3123 Bodenteich.

Castor: Klappe , die Dritte

über Entsorgungsnöte, Nebenbestimmungen und drohenden Widerstand

Zu Ostern erschien wieder die erste Anzeige in der Elbe-Jeetzel-Zeitung. Der Text ist noch bekannt vom letzten Jahr, die Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg sind zum Widerstand entschlossen: Die Telefonketten stehen und wenn es dann heißt **"Alarm der Castor fährt!"** werden hunderte antworten: **"Wir stehen uns quer!"**

Seit Anfang des Jahres spuken Gerüchte durch die Anti-AKW-Gruppen in der Republik. Die Betreibergesellschaft des Zwischenlagers in Gorleben, die BLG, macht in diesem Frühjahr einen neuen Versuch, die Castor-Halle in Betrieb zu nehmen. Siebeneinhalb Jahre steht sie nun leer. Siebeneinhalb Jahre konnte die Einlagerung der Castor-Behälter mit hochradioaktiven, wärmeentwickelnden angebrannten Brennelementen verhindert werden.
Vor zwei Jahren, im März 1989, war der Behälter am AKW Stade schon auf einen LKW geladen worden. Die Bereitschaft zum Widerstand im Wendland und eine Gerichtsentscheidung in Lüneburg lenkten den Transport in letzter Minute nach Karlsruhe um. Auch 1990, nachdem am Gründonnerstag die Gerichte grünes Licht für eine Einlagerung gaben, wurde wieder mobilisiert. Rund um Gorleben füllten sich die Unterschriftenlisten mit dem Bekenntnis zum blockieren und an vielen AKWs in der Bundesrepublik wurde eifrig nach dem ersten Castor Ausschau gehalten. So konnte, obwohl juristisch durchgeboxt, der Transport nicht stattfinden. Die BLG scheute ganz einfach den Aufruhr.

Die Atommüll-Parkuhr läuft ab

Das Zwischenlager in Gorleben, genauso wie die baugleiche Halle in Ahaus, hat für die Entsorgungslüge der Bundesregierung eine wesentliche Bedeutung. Ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll ist nirgends in Sicht, am allerwenigsten im Gorlebener Salzstock. Jahr für Jahr fallen aber größere Mengen dieser heißen Materie an. Die Lagerbecken in den AKWs sind entweder randvoll oder müssen über teure Verträge mit den Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield regelmäßig geleert werden. Die ausländischen WAA´s dienen so hauptsächlich als kurzfristiges Zwischenlager für den deutschen Atommüll. In den Lagerbecken strahlen mehrere tausend Tonnen Brennelemente vor sich hin. Das Problem: Die Verträge mit den WAA-Betreibern von COGEMA und BNFL sehen die Rücknahme des bei der Plutoniumextraktion angefallenen Mülls vor. Aus Frankreich werden die ersten hochaktiven Glaskokillen 1993 erwartet. Vielleicht läßt sich auch dieser Zeitpunkt durch teures Geld noch ein wenig verschieben, doch irgendwann ist die Stunde der Wahrheit gekommen: Berge von Müll und keine sichere Lagertechnik.

So setzt die Bundesregierung auf die schlichten Hallen von Ahaus und Gorleben. Da dieses Lagerungskonzept vorsieht, die Atommüllbehälter mit der Atemluft der AnwohnerInnen zu kühlen, ist einleuchtend, welch katastrophale Folgen ein undichter Behälter haben kann. Wie schnell sowas passiert, zeigen die Risse in Atommüllfässern aus dem Gorlebener Lager für schwachaktiven Müll.
Neben dem Müll aus den WAA´s sollen in Gorleben die Glaskokillen mit US-Atombombenmüll gelagert werden, wenn die Versuche im Salzstock Asse abgeschlossen sind oder abgebrochen werden müssen. Wenn das geplante neue Atomgesetz die direkte Endlagerung als weiteren Weg der Scheinentsorgung zuläßt, fällt das Zwischenlager WAA weg und die abgebrannten Brennelemente müßten direkt nach Gorleben gebracht werden, um in den Lagern der AKWs Platz für den weiteren Betrieb zu schaffen. Ebenfalls ohne den Umweg WAA müssen die Brennelemente mit höherem Abbrand entsorgt werden, die immer häufiger zum Einsatz kommen.

Unterschiedliche Interessen

Für die BLG bleibt immer weniger Zeit, um mit der Einlagerung zu beginnen. Der Druck aus Bonn wächst, spätestens seit klar ist, daß die baugleiche Halle in Wackersdorf zumindest vorerst ausfällt, da das Projekt WAA den Stromgiganten zu teuer wurde.
Nun haben aber, gerade weil die Entsorgungslage in der BRD so unsicher ist, alle AKW-Betreiber für einige Jahre vorgesorgt und Abnahmeverträge für ihren hochradioaktiven Müll mit COGEMA und BNFL geschlossen. Das bedeutet, es gibt im Augenblick kein AKW, das als Entsorgungsnachweis das Gorlebener Zwischenlager anführen müßte.
Kurz gesagt: Eine baldige Einlagerung ist politisch dringend geboten, um die Mär vom Fortschritt in der Entsorgung aufrechtzuerhalten, von der tatsächlichen Bedarfssituation, zumindest was abgebrannte Brennelemente angeht, jedoch im Augenblick nicht vonnöten.
An diesem schwierigen Punkt steht die SPD und ihre Funktionäre der Bundesregierung fest zur Seite. Da kann die niedersächsische Landesregierung noch so viel vom Ausstieg reden und gegen die Entsorgungsprojekte im Lande zu Felde ziehen: Die nordrhein-westfälischen GenossInnen ebnen der Entsorgungslüge den Weg.
Die Landesregierung in Düsseldorf hält es trotz anderslautender Versprechungen plötzlich für notwendig, das Zwischenlager Ahaus in Betrieb zu nehmen, um die Kugelbrennelemente aus dem abgeschalteten THTR in Hamm-Uentrop aufzunehmen. Die SPD in den Kommunen hat das Sagen bei der RWE. Und diese RWE wiederum betreibt das AKW Biblis im südhessischen Ried.

Problemfall Biblis

Die RWE hat, wie alle anderen AKW-Betreiber auch, für Biblis Verträge mit den WAA´s im Ausland abgeschlossen, nachdem Wackersdorf beerdigt worden war. Regelmäßi fahren die Waggons mit der heißen Fracht quer durch Europa nach La Hague. Trotzdem hat Biblis eine Art ständigen Entsorgungsnotstand. Im Gegensatz zu den meisten anderen Anlagen wurde hier nie eine sogenannte Kompaktlagerung von abgebrannten Brennelementen genehmigt. So muß vor dem jährlichen Brennelementewechsel immer wieder Platz in den Lagerbecken geschaffen werden.
So treffen also die Interessen der RWE-Manager und der Bundesregierung zusammen. Die einen müssen nach zusätzlichen Auswegen aus dem erhöhten Bibliser Entsorgungsdruck suchen, die anderen einen ersten Kunden für die Halle in Gorleben.
Anfang dieses Jahres sickerte die Information dann langsam durch. Die BLG kündigte eine Einlagerung für das zweite Quartal 1991 an. Wenig später wurde bekannt, daß der erste Castor Ende April, Anfang Mai aus dem AKW Biblis erwartet wird. Nachdem die Einlagerung bereits letztes Jahr juristisch abgesegnet wurde, schien nur noch der direkte Widerstand den strahlenden Müll aufhalten zu können.

Nebenbestimmung 24

Wenn, ja wenn der Atommafia nicht mal wieder einige Schlampereien unterlaufen wären. Während ich diesen Artikel schreibe, neigt sich der Monat April schon seinem Ende zu. Bis heute deutet nichts darauf hin, daß die RWE und die BLG die geplante Lieferung vertraglich fixiert hätten. Auch ein Antrag auf diese ganz konkrete Einlagerung ist wohl bisher nicht gestellt worden. es hat den Anschein, als ob das Biblis-Gorleben-Geschäft nicht problemlos zustande kommt. Der Grund dafür nennt sich "Nebenbestimmung 24" und ist Teil der atomrechtlichen Genehmigung für das Gorlebener Zwischenlager. Darin heißt es, daß mindestens einen Monat bevor ein Behälter mit abgebrannten Brennelementen eingelagert werden darf, der Nachweis erbracht werden muß, daß dieser Behälter, sollte er bei der Lagerung beschädigt werden, vom Herkunfts-AKW zurückgenommen wird. Diese Rücknahme ist aber nur bei AKWs möglich, die dafür eine atomrechtliche Genehmigung eingeholt haben. Und genau hier liegt bei dem AKW Biblis das Problem.

Die achte Teilgenehmigung für Biblis Block A und die sechste Teilgenehmigung für Biblis Block B erlauben den Umgang mit Brennelementen in der Anlage auf Grundlage eines Sicherheitsberichtes der Anlagenbauer von KWU. In diesem Bericht ist unter dem Punkt *"Aufgaben der Brennelementehandhabung"* lediglich genannt: *"Verbrauchte Brennelemente (...) im Brennelementebecken an abgeschirmte Versandbehälter zu übergeben."* Von Rücknahme defekter Behälter ist in keiner Biblis-Genehmigung die Rede. Ganz im Gegensatz zum AKW Stade z.B., wo aufgrund der "Nebenbestimmung 24" die Rücknahme beantragt und genehmigt ist.

Zuständig für diese Sache sind die Länderministerien, in Hessen also ein gewisser Herr Fischer. Sein CDU-Vorgänger im Amt sah keinen Handlungsbedarf, da er die oben zitierte Genehmigung wohl für ausreichend hielt. Inzwischen ist aber bei allen Beteiligten die Erkenntnis gereift, daß auf so einer wackeligen Basis zwar öfters Geschäfte im Atomenergiebereich abgewickelt werden, ein Castortransport nach Gorleben aber einer solideren rechtlichen Grundlage bedarf, wenn die Sache nicht von AKW-GegnerInnen bloßgestellt werden soll.

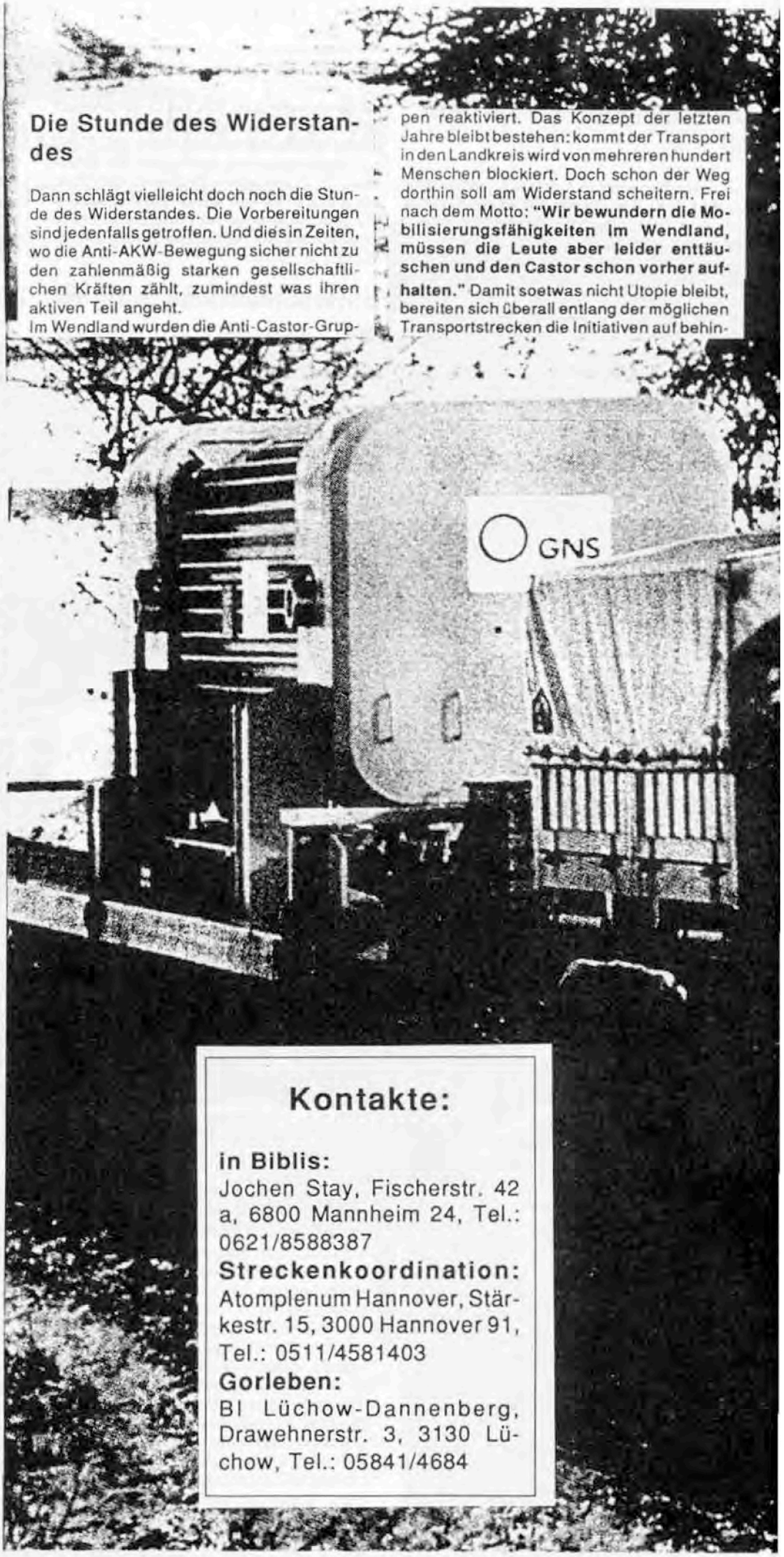
So wäre es wahrscheinlich möglich, aufgrund der "Nebenbestimmung 24" gegen die Einlagerung abgebrannter Brennelemente aus Biblis in Gorleben zu klagen.

Ob der Castor-Transport aus Biblis damit schon gestoppt wurde, bevor er überhaupt losgefahren ist, hängt nicht zuletzt von besagtem Herrn Fischer in Wiesbaden ab. Als Genehmigungsbehörde für das AKW Biblis liegt es nun beim grünen hessischen Umweltministerium, die Sache so oder so zu wenden, sollte die RWE den notwendigen Antrag stellen. Dies gilt natürlich umso mehr, wenn die RWE versucht, sich auf der beschriebenen Position des Ex-Ministers Weimar durchzumogeln.

Die Stunde des Widerstandes

Dann schlägt vielleicht doch noch die Stunde des Widerstandes. Die Vorbereitungen sind jedenfalls getroffen. Und dies in Zeiten, wo die Anti-AKW-Bewegung sicher nicht zu den zahlenmäßig starken gesellschaftlichen Kräften zählt, zumindest was ihren aktiven Teil angeht.

Im Wendland wurden die Anti-Castor-Gruppen reaktiviert. Das Konzept der letzten Jahre bleibt bestehen: kommt der Transport in den Landkreis wird von mehreren hundert Menschen blockiert. Doch schon der Weg dorthin soll am Widerstand scheitern. Frei nach dem Motto: **"Wir bewundern die Mobilisierungsfähigkeiten im Wendland, müssen die Leute aber leider enttäuschen und den Castor schon vorher aufhalten."** Damit soetwas nicht Utopie bleibt, bereiten sich überall entlang der möglichen Transportstrecken die Initiativen auf behin-



Kontakte:

in Biblis:
Jochen Stay, Fischerstr. 42 a, 6800 Mannheim 24, Tel.: 0621/8588387

Streckenkoordination:
Atomplenum Hannover, Stärkestr. 15, 3000 Hannover 91, Tel.: 0511/4581403

Gorleben:
BI Lüchow-Dannenberg, Drawehnerstr. 3, 3130 Lüchow, Tel.: 05841/4684

dernde Aktionen vor.
Die Anti-AKW-Gruppen um das AKW Biblis haben zum Tchernobyl-Jahrestag bei einer Demo zum Kraftwerk ihre Castor-Kampagne eröffnet. Sie werden das Gelände nicht aus den Augen lassen, um rechtzeitig einen bevorstehenden Transport ankündigen zu können. Ist ein Transportwaggon eingetroffen, wird es ernst. Die Telefonketten werden aktiviert, die Beobachtung intensiviert und die Blockade der Abfahrt vorbereitet.
Eines ist klar: Eine erfolgreiche Verhinderung der Inbetriebnahme des Zwischenlagers in Gorleben macht es in Zukunft nicht einfacher, wenn erneut Versuche gestartet werden, den Castor durchzubringen. Manche wünschen sich ja inzwischen fast, er möge doch endlich rollen, damit Mensch beweisen kann, wie gut die Aktionen vorbereitet sind. Die Androhung von massivem Widerstand über mehrere Jahre aufrechtzuerhalten, ohne die Konzepte praktisch erproben zu können, ist wohl eines der größten Kunststücke der derzeitigen Anti-AKW-Bewegungen, vor allem im Wendland.

Jochen Stay

Endlager Gorleben

Grünes Licht für das seit September 1990 unterbrochene Abteufen der Endlagerschächte in Gorleben gab das Verwaltungsgericht Stade, Kammer Lüneburg, Ende Februar anno 1991. Rotes Licht hatte es im Oktober 1990 gegeben.

Mensch erinnere sich: da hatte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Peter Fischer im rot-grünen Kabinett Gerhard Schröders die Erlaubnis erteilt, die Schächte auf 345 m Tiefe weiter auszubauen, das Fundament für den standfesten Innenausbau soll dort gegossen werden. Erstmalig in der Geschichte des Endlagerbaus in Gorleben wurde ein Hauptbetriebsplan der Betreiber zugelassen, bis dahin hatte sich die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagerlagern (DBE) als Subunternehmen des Töpferschen Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit einer unsäglichen Fülle von Sonderbetriebsplänen (über 300 an der Zahl) in Gorlebens Untergrund durchgewurstelt. Nun, ausgerechnet Rot-Grün ebnete den Betreibern rechtlich den Weg (die Durchwurschtelei mit den Sonderbetriebsplänen wird nämlich von der Klägergruppe beklagt!). Unsere Kläger legten flugs Widerspruch ein. Zum Glück hatte der eilfertige Minister die Erlaubnis nicht mit Sofortvollzug ausgestattet, so daß die Klägergruppe wenigstens zwischendurch zum Zuge kam, d.h. daß es bis zur Gerichtsentscheidung den faktischen Baustopp in Gorleben gab. Innerhalb der Kabinettsrunde in Hannover gab es im Herbst letzten Jahres natürlich Krach. Gerhard Schröder versuchte mit seinem Auftritt in Gorleben im Oktober die Wogen bei uns zu glätten und versicherte, am Ausstiegsziel habe sich nichts geändert. Inzwischen liegt die Gorleben-Kompetenz allein im Umweltministerium, was aber zur Zeit keinerlei Auswirkungen auf den Gang der Dinge hat: deshalb noch einmal zurück zur Gerichtsentscheidung im Februar. In einem wichtigen Punkt bekam unsere Klägergruppe Recht. Sobald (ab rund 270 m) der Salzstock erreicht wird auf dem Weg bis in 800 bis 900 m Tiefe, sobald also Salz aufgefahren und abgelagert wird, sehen die Verwaltungsrichter die Rechte von Anrainern berührt. Deshalb ist der DBE untersagt worden, die Salzhalde einzurichten und Salzgestein vor Ort abzulagern. Wir haben gleich darauf Anzeige gegen die DBE bzw. das BfS erstattet, denn bisher wurden bereits rund 1000 Kubikmeter Salz aus Schacht I in die Schutzschicht einer künftigen Salzhalde eingebaut worden. Allerdings glauben wir nicht, daß die DBE mit der "Salzfrage" in Verlegenheit zu bringen ist, denn derart geringe Mengen (im Verhältnis zu dem Berg, der da kommt, sollte das Bergwerk mit seinen 16 Quadratkilometer Ausmaß unter Tage ausgebaut werden). Wahrscheinlich wird das Salz zu einem Kalibergwerk gekarrt und kommt dort auf

es darf weiter-gebaut werden

Halde. Und deshalb können wir auch der Ansicht des grünen Staatssekretärs im NUMI (Kürzel für niedersächsisches Umweltministerium) Peter Bulle oder dem Optimismus von Hannes Kempmann nix abgewinnen, daß der 2. Hauptbetriebsplan, der dann quasi notgedrungen Anfang März zugelassen wurde, da ja die DBE ein Rechtsanspruch auf Zulassung geltend machen konnte und der Ausstieg sollte ja streng nach Recht und Gesetz und so fort erfolgen (also nicht sofort!), wegen eben dieser Einschränkung, das Salz dürfe nicht aufgehaldet werden, faktisch einen Baustopp brächte. Der letzte Trumpf ist die Auflage an das BfS, einen Standsicherheitsnachweis der Schächte für die Ausbauphase zu erbringen. Da wird immer noch mit der Leistung von rund 50 000 Kühlschränken der Untergrund vereist und in diesen Eispropfen der Schachtausbau betrieben. Dennoch hatte sich als Folge des starken Gebirgsdrucks unter Tage erneut eine Verformung des Schachtes I abgezeichnet, Steine sind abgeplatzt. Es ist die Rede von 18 cm Verschiebung ("zugelassen" sind 15 cm), und die Frage ist, ob es erneut krachen könnte wie am 12.Mai 1987, als der Schacht I teilweise wieder verfüllt werden mußte, um einen Einsturz zu vermeiden. Das BfS hat Prof. Jessberger mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt, "Jessi" ist aus jener Zeit uns ein vertrauter Mensch, der sehr zum Wohlgefallen des BfS die Standsicherheit herbeirechnen wird, was dann einen Gutachterstreit zur Folge hat und was dann wieder einige Wochen bringt... So, nun reicht's aber auch mit der Nachzeichnung des realpragmatischen, rechtlich fundierten Ausstiegs in Gorleben, der leider in die Tiefe führt. Ob wir die Möglichkeiten nicht der Landesregierung verkennen? Ob das nicht Fragmente einer Kalkarisierung des Endlagerprojekts ist? Als Bürgerinitiative messen wir die Leute an ihren Taten und stellen deshalb fest: das Endlager Gorleben wird weitergebaut.

Unsere kühne Forderung heißt nach wie vor

*** Schluß mit dem weiteren Abteufen**
*** ein Hauptbetriebsplan mit dem Ziel der Verfüllung der Schächte muß her**
*** darüber einen Rechtsstreit mit dem BfS zu führen wäre respektabel**
*** die 2 Milliarden DM Schadensersatzforderungen, die dann auf das Land zukommen, sammeln wir mit ein!**

Wolfgang Ehmke

Foto: Dietmar Gust

Foto: Dieter Scharschmidt

Foto: Dieter Scharschmidt
6. "Gorleben bebt"-Blockade am 11. Juni 91. Das "unabhängige" Holzfällerkollektiv fertigt vor dem Tor zum PKA-Gelände Skulpturen mit Motorsägen an.

Faßlager Gorleben

Seit Anfang August letzten Jahres liegen Atomfässer, die in Duisburg bei der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) erneut konditioniert werden sollen, im Faßlager Gorleben auf Eis. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg hatte *neben der grundsätzlichen Kritik am Atommülltourismus* (die Fässer sollen zur Zwischenlagerung wieder nach Gorleben zurückgebracht werden) von der Brennelementlagergesellschaft Gorleben (BLG) und deren Muttergesellschaft GNS die Vorlage eines akzeptablen Konditionierungskonzepts verlangt. Zweifel an den Meßverfahren, mit dem Fässer unbekannten Inhalts, die im Zuge des Transnuklearskandals aus dem belgischen Mol aussortiert werden sollten, äußerte auch das Gewerbeaufsichtsamt Duisburg. Diese Fässer sollen schließlich nicht in Duisburg, sondern im Kernforschungszentrum Karlsruhe oder in Jülich nachbehandelt werden. Die GNS hat nämlich keine Umgangsgenehmigung für kernbrennstoffhaltige Abfälle, am 24. September '90 - einen Tag vor dem Abtransport der ersten Charge - zog die Gewerbeaufsicht in Duisburg die Notbremse. Seitdem dauert der Expertenstreit um die anwendbaren Meßverfahren an, die verhindern sollen, daß am Ende "Blindgänger" in Duisburg landen. Die Bürgerinitiative sieht sich in ihrer Kritik an der Unzuverlässigkeit der Betreibergesellschaft BLG voll bestätigt. Zuletzt hatten GNS/BLG im Januar behauptet, einer Lösung nahe zu sein. Grundlage sollte ein Meßprogramm namens "Erna" sein, anhand von außen meßbaren Werten von Cäsium-137 und Kobalt-60 seien Rückschlüsse auf das Kernbrennstoffinventar möglich. Die Tücke dieses Programms besteht, so Christian Küppers vom Öko-Institut Darmstadt gegenüber der Duisburger BI, in der Meßungenauigkeit von 5%. Küppers: "Eine solche Wahrscheinlichkeit wird auch nicht durch das Strahlenschutzrecht abgedeckt". Tücke Nummer zwei: das Meßprogramm setzt voraus, daß die Herkunft der Atommülls in den Fässern bekannt ist. Die BLG hat wie-

derholt behauptet, sie sei im Besitz einer lückenlosen Dokumentation, nach unseren Informationen ist diese jedoch nicht aussagekräftig und wertlos. Uns fiel mittlerweile ein Aufsatz Dietmar Popps in die Hände, Mitarbeiter des niedersächsischen Umweltministeriums, der in seiner Expertise im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (!) zur Problematik der Mol-Fässer gerade den Wert der lückenlosen Dokumentation in Zweifel zieht. Resümee Popps: Bei "Altabfällen", d.h. Abfällen, die vor 1988 konditionierte wurden, stelle die Dokumentation der Kernkraftwerksbetreiber "letztlich keine Basis dar", auf die ein Stichprobensystem aufbauen könne (1).
Wir fragen uns natürlich im Vorfeld eines ersten Castor-Transport, welchen Wert das Gerede von der Zuverlässigkeit der Betreiberfirma - auch seitens des NUMI- haben soll, wenn die BLG nicht einmal in der Lage ist, schwach- und mittelaktiven Abfälle in den Griff zu bekommen. Noch immer gilt für den Fall des Abtransports der Bläh-, Riß- und weiterer Einzelfässer aus Gorleben, daß wir über ein Infosystem die Duisburger rechtzeitig in Kenntnis setzen, damit sie vor Ort aktiv werden können, um den Fässern einen angemessenen Empfang zu bereiten. Wir selbst werden, wenn es denn losgeht, nicht untätig bleiben.

(1)aus Dietmar Popp: PTB-SE-25, Produktkontrolle radioaktiver Abfälle, Ergebnisse der Untersuchungen an radioaktiven Abfällen aus niedersächsischen Kernkraftwerken S. 130

Wolfgang Ehmke

Republik Freies Wendland
Untergrundamt
- Ermittlungsausschuß - **April 1991**

Widerstand im Wendland - Zum Stand der Ermittlungen

1990 im Februar stand der Baubeginn der PKA vor der Tür . Wir haben versucht diesen zu verhindern, indem wir den Wald besetzten und unser Hüttendorf aufbauten. Seither hat es bis in den Sommer hinein etliche Aktionen, Blockaden und Besetzungen gegeben, die friedlich und öffentlichkeitswirksam mit viel Elan und Phantasie von einem breiten Widerstand getragen wurden.
Was da so scheinbar friedlich ließ (Gespräche mit den Bullen, "freundliche" Bullen und Atmosphäre, gemeinsames Frühstücken, fröhliches Wegtragen lassen, nette "Familienfotos", manchmal kleine Geplänkel, die keiner richtig ernst nahm) wurde von der Gegenseite - völlig unfreundlich - gemäß ihrer Aufgabe genutzt, um zu protokollieren, fotografieren, zu sammeln und zu ermitteln.
Die Ergebnisse, der bekanntermaßen eifrigen Herren aus der Lüchower Kaserne bekommen einzelne jetzt nach und nach auf den Tisch. Im Folgenden eine Auflistung der Aktionen und der daraus resultierenden Straftatvorwürfe.
03.02.90 Demo von Gedelitz zum Hüttendorf, anschließend Zug zum Endlager. Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung gegen 2 Leute, mittlerweile eingestellt, übrig: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz "Vermummung".
19.02.90 Frühstücksblockade vor den Toren von Zwischenlager und PKA. Widerstand, Nötigung, Verdacht der Körperverletzung und Landfriedensbruch gegen 6 Leute, 2 eingestellt.
10.03.90 Sägen am PKA Zaun im Rahmen eines Waldspazierganges. Gegen 4 Leute Landfriedensbruch.
06.05.90 Besetzung des PKA Bauplatzes "Treppenaktion". Gegen mind. 9 Leute Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung, ein Landfriedensbruch.

Eine ganz "stattliche" Bilanz, wenn man die Verfahren zusammenzählt, z.T. sind Anträge auf Anklageerhebung ergangen, z.T. wissen wir nur, daß ermittelt wird.

Betroffen sind Wenige - gemeint sind Viele

Das ist nun seitens der Ermittelnden keine unbekannte Taktik, da sie ja selten uns alle "dingfest" machen können.
Im Wendland ist inzwischen klar, daß wir uns gemeinsam zu diesen Verfahren verhalten wollen, obwohl - und das ist neu - alle Verfahren von einander abgetrennt sind, d.h. zur gleichen Aktion wird wahrscheinlich jeder/m einzeln der Prozeß gemacht.
Zum wiederholten Male wird klar, daß auch rot-grüne Regierungen, die den Ausstieg aus der Atomenergie angeblich anstreben, nichts ändern an der Strafverfolgung des Widerstandes gegen die Atommafia.

Wir, vom Ermittlungsausschuß Gorleben möchten nun nochmal folgende Bitten und Hinweise öffentlich machen:

- **Alle**, die Post von Bullerei, Staatsanwaltschaft oder Gericht bekommen (haben), melden sich bitte beim EA (Kontakt: BI-Büro Lüchow, Tel.: 05841/4694).
- **Keine Aussagen** gegenüber den oben genannten Staatsdienern, auch nicht, um mal auszuprobieren, wie´s bei nem Verhör ist.
- Bei allen zukünftigen Aktionen immer wieder überlegen, inwieweit die **Eigene Sicherheit** gewährleistet ist!! (die meisten Ermittlungen hier basieren auf Erkennen durch einzelne Bullen oder auf Lichtbilder).
- Die Betroffenen brauchen unsere/eure **Solidarität!!**
Spendenkonto EA und Prozeßkostenhilfe: Volksbank Clenze,
Kto. Nr.: 129 45 300, BLZ: 258 61 990.

Bei Aktionen ist der EA wie gehabt unter der Nummer 05841/5977 zu erreichen.

Grüsse von den unentwegten Wühlmäusen

Wir stellen uns quer!

Es bleibt dabei!

Im Jahre 1988 haben über 700 Lüchow-Dannenberger/innen öffentlich erklärt, daß sie sich den Transporten mit hochaktivem Müll in den Weg stellen werden Wir erklären erneut: Wenn der CASTOR kommt, stellen wir uns quer!

Entsorgung - eine Lüge!

Für hochaktiven Müll gibt es keine Entsorgung - weder hier noch anderswo. Aber die Atomkraftwerke laufen weiter. Statt Entsorgung. der tägliche Aufschub der nächsten Katastrophe. Wie lange noch?
Radioaktives Material, das ganz Europa unbewohnbar machen kann, soll demnächst unser Nachbar werden. Die tödliche Gefahr soll hinter einem Wall aus Heckenrosen versteckt werden. Die Luft, die zur Kühlung durch die CASTOR-Halle geführt werden soll, ist die Luft, die wir atmen!

Wir verweigern den Gehorsam!

Die geltenden Gesetze wurden beschlossen, als die tödliche Risiken der Atomenergie noch nicht erkannt waren. Spätestens seit Tschernobyl wissen wir: Gesetzte können die Durchsetzung der Atomkraft moralisch nicht rechtfertigen. Gesetzte sind nicht in der Lage, einen nuklearen Katastrophenfall und seine verheerenden Folgen beherrschbar zu machen. Deshalb verweigern wir dem Atomstaat den Gehorsam. Wir werden uns der Diktatur des Restrisikos nicht länger unterwerfen! Wir werden die nächste Katastrophe nicht abwarten. Wir stellen uns quer!

Die Aktion

Nach Bekanntwerden eines bevorstehenden Transports wird Alarm ausgelöst - so frühzeitig, daß jede/r Teilnehmer/in ungehindert zu einem vorher vereinbarten Treffpunkt gelangen kann. Die Menschen, die zusammenkommen, haben ihre Entscheidung in vielen persönlichen Gesprächen überprüft. Sie kennen sich untereinander und wissen genau, was jede/r einzelne und was alle gemeinsam tun werden. Alle Teilnehmer/innen haben Sitzgelegenheiten, Decken und Verpflegung mitgebracht und richten sich auf der Straße ein. Für den CASTOR ist ein Durchkommen ohne polizeistaatliche Methoden nicht möglich. Parallel zur Aktion werden die Öffentlichkeit und die Medien verständigt. Ein Kulturprogramm sorgt dafür, daß die ernste Sache nicht zu ernst wird.

Wir werden uns an dieser Aktion beteiligen!

Wir werden sie offen vorbereiten und gemeinsam durchführen. Von uns wird keine Gewalt ausgehen.

Diesen Aufruf haben mittlerweile über 400 Lüchow-DannenbergerInnen unterzeichnet und er ist in der Lokalzeitung EJZ veröffentlicht worden.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2014
Foto: Reinhard Hübner

Schacht Konrad

Auslegung der Pläne im Mai

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 10. April 91 den Streit zwischen dem Land Niedersachsen und dem Bund in Sachen SCHACHT KONRAD beendet: Es erklärte die Weigerung von Niedersachsens Umweltministerin Griefahn, der Weisung von Bundesumweltminister Töpfer Folge zu leisten und die Pläne jetzt öffentlich auszulegen, als Verstoß gegen das Grundgesetz. Die Planauslegung muß laut mündlicher Absprache "binnen fünf Wochen" begonnen haben. Monika Griefahn hat mitgeteilt, daß sie diese Entscheidung akzeptiert und die laut Atomgesetz vorgeschriebene zweimonatige öffentliche Auslegung der Planunterlagen nun endgültig am .... 91 beginnen soll. Die Klage von Griefahn vor dem Bundesverwaltungsgericht ist damit hinfällig.

Dieser jetzt entschiedene Streit zwischen Bund und Land währte ca. ein halbes Jahr und war zum Schluß für die Öffentlichkeit kaum noch nach vollziehbar, weil zu verwirrend. Griefahn unternahm nach Amtsantritt im Sommer letzten Jahres nichts, um das KONRAD-Verfahren fortzuführen; so wie es auch in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN stand. Im Herbst begann Töpfer in mehreren Briefen, die Auslegung der Planunterlagen anzumahnen, wobei er sich auf die Verwaltung unter der alten Landesregierung berief, die die Planunterlagen kurz vor der Landtagswahl aus "auslegungsreif" bezeichnet hatte. Aufgrund der Schwierigkeiten von Griefahn, die nach 14 Jahren CDU/FDP-Regierung auf Atomenergie eingeschworene Verwaltung zumindest in den entscheidenden Positionen durch fortschrittliche Leute zu ersetzen, wurde die Strategie in dieser Frage erst sehr langsam entwickelt.

Streitpunkt "Umweltverträglichkeitsprüfung"

Kurz vor Jahresende nach einem "bundesaufsichtlichem Gespräch" mit Töpfer legt Griefahn in einem 20-seitigem Schreiben nochmals ihre Gründe dar, warum sie die KONRAD-Pläne für "nicht auslegungsreif" hielt (und hält). In der Begründung stützte sie sich im wesentlichen auf die seit dem 1.8.90 vorgeschriebene und in den Planunterlagen fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Unstrittig ist, daß sie beim KONRAD-Verfahren anzuwenden ist, weil die öffentliche Auslegung am Stichtag 1.8.90 noch nicht stattgefunden hat. Töpfer vertritt allerdings den Standpunkt, daß "die Planunterlagen den Anforderungen der UVP genügen". Bei der mündlichen Verhandlung am 9.4.91 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe führte Rechtsanwalt Rainer Geulen (für das Land Niedersachsen) aus, daß das Bundesamt für Strahlenschutz lediglich Kopien von alten Unterlagen zusammengestellt habe und diese als UVP verkaufe. Dies verstoße in mehrfacher Hinsicht gegen das UVP-Gesetz: Die UVP ist eine selbständige Untersuchung und erfordere von daher einen eigenen vorher festzulegenden Untersuchungsrahmen. Inhaltlich sind dabei u.a. die Wechselwirkungen zwischen vorhandenen (Luftschadstoffen) und neuen (Radioaktivität) Belastungen zu prüfen. Außerdem müßten im Rahmen der UVP auch die Gefahren durch die Atommülltransporte untersucht und Vor- und Nachteile mit alternativen Standorten abgewogen werden (dies führte Geulen leider in Karlsruhe nicht aus).
Töpfer (und sein Rechtsanwalt Ossenbühl) gingen in der Verhandlung auf die inhaltlichen Argumente gar nicht ein, sondern beschränkten sich auf die formale Schiene. Vor der Presse argumentierte Töpfer, er habe das Bundesamt für Strahlenschutz (früher: PTB) schon 1985 beauftragt, auf die UVP hinzuarbeiten, weil das UVP-Gesetz seinerzeit schon absehbar gewesen sei. Dies habe sich in der Fassung der Planunterlagen der PTB von 1986 bereits niedergeschlagen. Töpfers Argumentation ist sehr vordergründig, da die alte Landesregierung noch kurz vor Ende ihrer Amtszeit versucht hat, die Planauslegung zu beginnen. Wäre dies gelungen, wäre die UVP für das KONRAD-Verfahren gar nicht notwendig anzuwenden.

Weitere Entmündigung der Länder

Einmal mehr hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner KONRAD-Entscheidung die Kompetenzen der Bundesländer beschnitten und die des Bundes gestärkt. Schon bei dem Streit zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund über ein Gutachten zu Kalkar hatte das höchste Gericht zugunsten des Bundes entschieden. Obwohl die Ausgangslage beim KONRAD-Streit noch anders war, entschied das Gericht, daß der Bund nach Art. 85 Grundgesetz den Bundesländern (die in Auftragsverwaltung des Bundes handeln) Weisung erteilen darf. Die Länder müssen diese Weisungen ausführen, auch wenn diese rechtswidrig sein sollten. Bei KONRAD heißt das: Töpfer ist Antragsteller und darf gleichzeitig entscheiden, ob die von ihm eingereichten Unterlagen vollständig sind oder nicht. Die angebliche Gewaltenteilung, daß das Land Genehmigungsbehörde ist, ist damit nur Makulatur.

Das Bundesverfassungsgericht hat über die inhaltliche Frage (ob die UVP durchgeführt wurde oder nicht) überhaupt nicht entschieden. Dies wollte Griefahn mit ihrer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin prüfen lassen. Doch Töpfer stellte anschließend o.g. Eilantrag vor dem Bundesverfassungsgericht, das leider schneller war als das Bundesverwaltungsgericht, das seine Verhandlung für den 24.4.91 (in Schwerin) angesetzt hatte. Dieser Termin ist jetzt hinfällig geworden, da die Frage jetzt nicht mehr relevant ist. Erst bei einer späteren Klage (eines/r Bürgers/in) gegen einen möglichen positiven Planfeststellungsbeschluß würde diese inhaltliche Frage gerichtlich geklärt. Falls das Gericht zu der Auffassung gelangt, die UVP ist nicht Teil der Unterlagen gewesen, müßte die Auslegung wiederholt werden.

AG SCHACHT KONRAD startet Einwendungs-Kampagne

Wie schon mehrfach und seit Jahren angekündigt, führt die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD in der Auslegungsfrist eine große, mindestens bundesweite Einwendungs-Kampagne durch. Vorbild ist dabei die Kampagne zur WAA Wackersdorf. Wir wollen diese Phase nutzen, um die Themen KONRAD, Entsorgung und Atomenergie verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen und den breiten Protest gegen KONRAD öffentlich deutlich zu machen. Die AG SCHACHT KONRAD meint nicht, daß mit (noch so guten) Einwendungen allein, KONRAD verhindert werden könnte. Für uns ist wichtig, daß stets der Zusammenhang mit der weiteren Atomenergienutzung hergestellt wird.

In mehreren bundesweiten Rundbriefen und diversen Zeitungsartikeln hat die AG SCHACHT KONRAD zu bestellende Materialien (u.a. Sammeleinwendung, KONRAD-Zeitung, etc.; s. Kasten) angeboten. Innerhalb von 4 Wochen gingen bei der AG über 300 Anfragen ein. Zum Auftakt soll es am ... Mai einen Sternmarsch mit anschließender Kundgebung in Salzgitter-Bleckenstedt (dort stehen die Schächte KONRAD I + II) geben, ähnlich dem vom Mai 1989. Die Landesregierung (mit Schröder und Griefahn) führt von sich aus eine Info-Veranstaltung zu KONRAD in Salzgitter durch, auf der sie ihre Haltung zu KONRAD erläutert. Darüberhinaus wird es von den Mitgliedsgruppen der AG SCHACHT KONRAD zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen in den Orten der Region geben.

Wünschenswert wäre natürlich eine breite Unterstützung von außerhalb, gerade auch von den Standorten von Atomanlagen, die ja

durch ein genehmigtes Endlager ganz direkt betroffen wären. Neben Infomaterialien bieten die AG SCHACHT KONRAD an, für Vorträge zu der Thematik vorbeizukommen. Außerdem steht die AG natürlich zur Beratung für Aktivitäten zur Verfügung. In der zweiten Jahreshälfte und rechtzeitig vor dem in ca. 1/2 Jahr möglichen Erörterungstermin wird die AG SCHACHT KONRAD bundesweit zu einem KONRAD-Treffen einladen, auf dem über das weitere Vorgehen beraten werden soll.

Es kann durchaus sinnvoll sein, in bestimmten Regionen oder Ländern oder über bestimmte Verteiler eigene Sammeleinwendungen zu versenden (jeder kann ruhig mehrere verschiedene Einwendungen unterschreiben). Damit wir einen Überblick über den Umfang und Inhalt der Einwendungen erhalten, bitten wir uns zuzusenden, bzw. mitzuteilen:
- die ausgefüllten Sammeleinwendungen
- die Anzahl von Unterschriften unter eigene Sammeleinwendungen (die ggfs. direkt an die Genehmigungsbehörde gehen) und eine Kopie des dazugehörigen Textes
- Kopien von Einzeleinwendungen

Bewegung vor Ort

Wie auch bundesweit gibt es in der Region um SCHACHT KONRAD nicht mehr "die" Anti-AKW-Bewegung. Dafür ist die Bewegung gegen KONRAD z.B. viel breiter und vielfältiger geworden, was sich in der Mitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD ausdrückt (35 Gruppen). So ist es mittlerweile ganz selbstverständlich, daß Kommunen eigenständige Aktivitäten gegen KONRAD durchführen. Gegen die Weisung von Töpfer z.B. haben die Gemeinden Vechelde (mit einem CDU-Bürgermeister) und Lengede in Resolutionen protestiert. Vechelde, Lengede und die Stadt Braunschweig wollen ihre Bevölkerung von sich aus (mit entsprechenden Handzetteln) über die Möglichkeiten in dem KONRAD-Verfahren aufklären und ihre ablehnende Haltung zu dem Projekt erläutern. Natürlich gibt es auch noch viele aktive Bürgerinitiativen gegen KONRAD (es gründen sich immer noch neue), die sich aber nicht als selbstverständlichen Teil der Anti-AKW-Bewegung sehen, obwohl sie fast durchgängig für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie sind.

Zeitplan der Einwendungs-Kampagne:

11. Mai Offizielle Ankündigung der Auslegung
Offizieller Beginn der Einwendungs-Kampagne

21. Mai Beginn der zweimonatigen Auslegungsfrist

25. Mai Sternmarsch mit Kundgebung in Salzgitter

Juni Seminar mit dem wissenschaftlichen Beirat der AG SCHACHT KONRAD (für EinzeleinwenderInnen)

Juni INFO-Veranstaltung der Landesregierung in Salzgitter

18. Juli Übergabe der Sammeleinwendungen

19. Juli Ende der Auslegungs- und Einwendungsfrist

Foto: Reinhard Hübner

Unsere Angebote zur Auslegungs-Kampagne:

1. Sammeleinwendung: Die wichtigsten Argumente gegen ein Atommüll-Endlager SCHACHT KONRAD mit Platz für viele Unterschriften. A4-doppelseitig: 0,05 DM pro Blatt (oder selbst kopieren)

2. KONRAD-Zeitung: Aktuelle Meldungen, politische, wissenschaftliche und juristische Hintergründe zu SCHACHT KONRAD, Atommülltransporte, Interviews, zweifarbig, mit vielen Fotos und Grafiken. Zum Verteilen am Infostand oder als Hauswurfsendung. 4 Seiten im Zeitungsformat: 0,10 DM pro Exemplar.

3. Leitfaden: Zum Abfassen von Einzeleinwendungen und als Hinter grund für Sammeleinwendungen mit formalen Bedingungen der Einwendungen und möglichen Argumenten; nach Stichpunkten geordnet. Gedacht z.B. für Leute, die andere in diesen Fragen beraten wollen. Ca. 10-12 Seiten A4: 1,00 DM pro Exemplar.

4. Plakat: Zur Ankündigung der dann möglichen Einwendungen (und ggfs. weiterer Aktivitäten) erstellen wir ein Plakat mit dem Motto "Jetzt einwenden" und "Kein Atommüll in SCHACHT KONRAD" mit dem Schachtsymbol und der Anti-AKW-Sonne; zweifarbig A3: 0,30 DM pro Exemplar A4: 0,50 DM pro Exemplar

5. Buch: Das Buch "Atommüllendlager SCHACHT KONRAD" (2. erweiterte Auflage von 1989; erschienen im SP-Verlag) enthält die wichtigsten Informationen zum und die Argumente gegen das geplante Endlager. Ca. 170 Seiten; Sonderpreis: 12,- DM.

6. Vortrag: Auf (rechtzeitige) Anfrage sind wir gerne bereit zu einem KONRAD-Vortrag (im Rahmen einer Veranstaltung) zu Euch zu kommen (mit Einsatz von Video und Dias zum Thema). Richtwert für die Kostenerstattung: 50,- DM + Fahrtkosten.

An die

Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V.
Bleckenstedter Str. 24
3320 Salzgitter-Bleckenstedt

BESTELL-ZETTEL

Schickt uns bitte an folgende Adresse:

_____

folgende Materiallen	Preis/Ex.	Anzahl	Summe
Sammeleinwendung	0,05 DM		
KONRAD-Zeitung	0,10 DM		
Leitfaden	1,00 DM		
Plakat A3	0,30 DM		
Plakat A2	0,50 DM		
Buch	12,00 DM		
Porto/Verpackung pauschal			5,00 DM

Gesamtsumme : _____ DM

Bitte legt einen entsprechenden Scheck über die Gesamtsumme bei oder benutzt beiliegenden Überweisungsträger.

Wir sind an einem Vortrag über SCHACHT KONRAD bei uns interessiert; möglichst am

_____

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel

Nr. 47, Februar 1991

Sonderteil zum Golfkrieg:
Deutschland im Krieg...Ökologische Auswirkungen des Golfkrieges...Arbeit und Krieg...Abzug und Modernisierung der B- und C-Waffen
Schwerpunkt:
Informationsgesellschaft - Kommunikation und Kontrolle
Das Institut für Informations- und Kommunikationsökologie...Normative Grundlagen eines kommunikationsökologischen Konzepts...Kybernokratie...Der Sozialversicherungsausweis.....Die "Smart-Card" im Gesundheitswesen.....Datenschutz in der Schweiz?

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG,
Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

Endlager Morsleben
noch nicht dicht !

Gutachten zu Morsleben stellt katastrophale Mängel fest

Die Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) ist bei ihrem Gutachten über das Endlager Morsleben auf katastrophale Mängel gestoßen. Das ehemaliges Salzbergwerk ist sowohl einsturz- als auch - wegen austretender Gase -schlagwettergefährdet. Bei dem angeblichen Nachweis der Langzeitsicherheit sind wesentliche Belastungspfade einfach unterschlagen worden. Die Behauptung der Betreiber, in Morsleben lagerten nur kurzlebige Radionuklide, ist nicht aufrecht zu erhalten. Beim Brandschutz fehlt es an den einfachsten Vorkehrungen. Neben prinzipiell nachrüstbaren Mängeln hat die GÖK auch und gerade Mängel festgestellt, die unmittelbar dem Berg- werk und der umgebenden Geologie anhaften und unabänderlich sind. So ist z.B. die "Salzschwebe" (die Deckschicht über den Hohlräumen) stets unter 100 m, z.T. sogar unter 40 m. Nach offiziellen westlichen Kriterien für Atommüllendlager soll diese Salzschwebe mindestens 300 - 400 m betragen. Der Hauptanhydrit (als "Laugenbringer" bekannt) wird von dem Grubengebäude mehrfach durchfahren, was im geplanten Endlagerbergwerk in Gorleben z.B. gerade vermieden werden soll.

Die von Töpfer beauftragte GRS (Gesellschaft für Reaktorsicherheit) hat in ihrer Begutachtung von Morsleben einige von der GÖK aufgezeigte Mängel bestätigt. In der Bewertung kommt die GRS zu gegenteiligen Schlüssen: "Keine akute Gefährdung des Endlagers und deshalb weitere Einlagerung möglich". Dies ist eine völlig neue Sicherheitsphilosophie, auf die sich Töpfer zurückzieht, um die Nichteignung von Morsleben nicht zugeben zu müssen.

Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD hatte das Gutachten der GÖK in Zusammenarbeit mit der "Initiative gegen das Atommüllendlager Morsleben" in Auftrag gegeben. An den Kosten des Gutachtens haben sich beteiligt: Greenpeace Deutschland, Naturschutzbund Deutschland, Landesverbände Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und Kreisgruppe Helmstedt, BUND Landesverband Niedersachsen und Kreisgruppe Helmstedt, sowie Ökofonds Helmstedt.

Das vollständige Gutachten (ca. 100 S.) kann zum Preis von 12,- DM (+ Porto) bezogen werden über die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD, Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter 1, Tel.: 05341 / 67492

Endlager-Delegation führte Gespräche in Bonn

Eine "Endlager-Delegation" mit VertreterInnen von Initiativen an den Endlager-Standorten SCHACHT KONRAD, ASSE II, Morsleben und Gorleben führte Ende Februar 1991 in Bonn Gespräche mit dem Bundesumweltministerium (BMU) und den im Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen. Die Fahrt wurde von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD organisiert. Lediglich die CDU hatte wegen Terminschwierigkeiten abgesagt und in dieser Frage an die CDU-Geschäftsstelle in Salzgitter-Lebenstedt verwiesen (was sollen die bloß sagen können?).

Neu war die Information aus dem BMU, daß das Endlager Morsleben - trotz der jüngst vom Bezirksgericht Magdeburg verhängten vorläufigen Stillegung - sogar über das Jahr 2000 hinaus genutzt werden soll. Dafür wird ein Planfeststellungsverfahren angestrebt, für die jetzt schon die Vorbereitungen beginnen. U.a. soll erneut die GRS beauftragt werden, eigene Untersuchungen im Endlager durchzuführen und Planunterlagen für ein entsprechendes Verfahren zusammenzustellen. Insgesamt sollen alle drei Endlager durchgesetzt und genutzt werden: Morsleben für eine untere, KONRAD für eine mittlere und Gorleben für eine höhere Kategorie von atomaren Abfällen.

Erstmals konnte die Endlager-Delegation eine parteiinterne Diskussion in der SPD über die Frage feststellen, wie sich die Partei grundsätzlich zu Endlagerprojekten verhält. Bisher hat sich die SPD stets auf ihre Verantwortung berufen, an der "Entsorgung" mitzuwirken. Bei dem Gespräch wurde - angesichts des strikten Atomkurses der Bundesregierung - überlegt, inwieweit die SPD die Mitarbeit an der Entsorgung verweigert und sich damit unserer Position nähert: Erst wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind, reden wir über den vorhandenen Atommüll.

Morsleben-Konferenz ruft zu bundesweitem Beratungstreffen auf

Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Planungen zum Bau von AKW's in der Ex-DDR (u.a. Greifswald und Stendal) ist die Anti-AKW-Bewegung mehr denn je gefordert. Nur 5 Jahre nach Tschernobyl ist das eine Kampfansage der Atomlobby. Wenn wir es nicht schaffen, diesen dreisten Planungen etwas entgegenzusetzen, können wir wirklich einpacken. In dieser Zeit ist es umso schlimmer, daß wir keine funktionierenden Strukturen und noch nicht einmal eine nächste bundesweite Konferenz vereinbart haben, obwohl die Entwicklung in Bremen bereits absehbar war. Es ist zwar eine "Großdemo" für Juni beschlossen worden, ohne sich verbindliche Gedanken über die Umsetzung zu machen. Hieran müßte sich grundlegend etwas ändern, um die Handlungsfähigkeit der Anti-AKW-Bewegung nicht von Zufälligkeiten und dem Lustprinzip Einzelner abhängig zu machen.

In Absprache mit der "Bürgerinitiative Energiewende Stendal" ruft die Morsleben-Konferenz vom 17.3.91 deshalb zu einer bundesweiten Beratung zum Thema "Wie begegnen wir der Offensive der Atomlobby?" am Sonntag, den 21. April 1991 um 12.00 Uhr in Stendal auf. Andiskutiert wurde auf der Morsleben-Konferenz, eine größere Demo in Stendal oder Greifswald durchzuführen.
(Anm. atom: Ergebnisse der Konferenz standen zu Redaktionsschluß noch nicht fest...)

Claus Schröder, AG Schacht-Konrad

Foto: Günter Zint

AKW - Stendal

Infobus soll für Akzeptanz sorgen

Ein Informationsbus der Kernkraftwerk Stendal GmbH wird ab März in den nördlichen Kreisen des Landes Sachsen Anhalt auf Tour sein. Mit Videos, Computern und Broschüren will die Stendaler Kernkraftwerksgesellschaft *"zu einer sachlichen und realistischen Diskussion über Kernenergie, Radioaktivität und ähnliche Fragen beitragen."*
In der Ausstellung auf Rädern kann jeder Interessent an einem Computer sein Wissen über die Radioaktivität und Atomenergie überprüfen. Spezialisten der KKW GmbH Stendal gehören zur ständigen Besatzung dieses Busses, der im Vorfeld der Volksbefragung, wie sie 1990 in der Schweiz zur Kernenergie durchgeführt worden ist, ausgerüstet worden. In der Greifswalder Region ist derzeit ein ähnlicher Bus mit demselben Anliegen unterwegs. Die Zukunft des im Bau befindlichen Kraftwerkes Stendal - die größte Baustelle der ehemaligen DDR - ist weiter ungewiß. Gegenwärtig ist das mehrere Quadratkilometer große Arreal verwaist. Über 8000 Bauarbeiter waren hier noch vor einem Jahr beschäftigt. Sie stellten unter anderem zwei der Großkühltürme fertig. Die DDR investierte mehr als 5 Milliarden Mark in das Projekt, das wegen seiner Sicherheitsrisiken vorerst eingefroren worden ist. KKW Pressesprecher Werner Schmidt sagte, bis Mitte April solle nu eine Entscheidung getroffen werden, ob Stendal zu einem Atommeiler oder zu einem konventionellen Kraftwerk wird, der Standort, soviel stehe fest, solle erhalten bleiben.

Kriminalisierung wegen "Entzäunung" des AKW Stendal

Etwa am 23. Februar 1991 erhielt der Volksstimme Redakteur Reinhard Opitz von der Stendaler Kripo die Aufforderung, Zeugenaussagen zum Ereignis am Zaun des KKW Niedergörne zu machen. Kurz darauf wurde die Bestellung vorerst zurückgenommen. Nun hat er erneut eine Aufforderung zum 11.3.91, wobei wohl schon telefonsich vorgeklärt werden konnte, daß er nicht als Mitbeschuldigter in einem Ermittlungsverfahren, sondern nur als Zeuge gehört werden soll. (Da er bei dem Winterfrühstück auch das AKW-Gelände betreten hatte, sollte zunächst der Vorwurf des Hausfriedensbruchs auch ihm gelten *"man kann es aber auch als Freiheit des Journalisten werden."*
Am 7..3. erhielt Erika Dress eine telefonische Vorladung zur Kripo Stendal, zu Herrn Friese mit Hinweis auf *"die KKW-Angelegenheit"* Den Hinweis von E., daß sie mit einem Begleiter kommen würde, beantwortete der Kripo Beamte Friese mit dem Hinweis, daß der Begleiter aber während der geplanten Vernehmung nicht anwesend sein dürfte. Fr. 9.00 Uhr, Malte und Erika melden sich beim VPKA und werden von Herrn Friese in Zivil empfangen. Freundliches Gespräch über die Rechte von Beschuldigten.
Die Geschäftsführer mit persönlicher. Haftung Kirsch und Balle haben am 19.12.1990 gegen E. Drees. M. Fröhlich, U. Petzold und neun weitere Personen Strafanzeige gestellt. Diese sei an den Stendaler Staatsanwalt Günter gegangen, der sie nach Magdeburg an Staatsanwalt Müller weitergeleitet habe. Von dort kam die Anzeige zurück an die Stendaler Staatsanwaltschaft, wobei Verstösse gegen folgen drei StGB Paragraphen benannt wurde:
§ 303 Sachbeschädigung
§ 123 Hausfriedensbruch
§ 111 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (mündlicher Hinweis auf das Flugblatt "Entzäunt das AKW")
Die Stendaler Staatsanwältin Regel habe dann den Auftrag zur Ermittlung an Herrn Friese von der Kripo gegeben.
Herr Friese leitet das Gespräch damit ein, daß er betont, daß hier keine Grundsatzdebatten über das Für und Wieder von Kernenergie zu halten sind, sondern nur Fakten zur Wahrheisfindeung festgestellt werden sollten. Wir weisen darauf hin, daß die Fakten klar sind, da es sich um eine öffentliche zeichenhafte Aktion gehandelt habe und daß Erika nicht bereit ist, ohne Anwesenheit einer Vertrauensperson Aussagen zu machen. Telefonische Rückfrage beim

Staatsanwalt Schulz ergibt, daß nur ein unbeteiligter bei einer Vernehmung anwesend sein darf, nicht der beteiligte Malte. Also keine Vernehmung womit Herr Friese auch ganz zufrieden zu sein scheint.
IN einem ca. einstündigen Gespräch gibt dann Herr Friese zu erkennen, daß er zwar Verständnis für die AtomkraftgegnerInnen habe, aber trotzdem seiner Pflicht *"die Wahrheit zu ermitteln, wie es das Gesetz vorschréibt"* nachkommen werde. Er sei selbst Sicherheitsbeamter im KKW gewesen. Verweist auf legale Mittel, den Widerspruch gegen die Kernenergie auszudrükken. Dann erfolgt die Aufnahme der Personalien erst von Erika, dann von Malte. Beide unterschreiben, daß sie nicht von der Kripo, nicht vom Staatsanwalt, nur vom Richter vernommen werden wollen. Über berufliche Entwicklung und Vermögensverhältnisse (Rückseite des Personlabogens) geben beide keine Auskunft. Am Ende des Gesprächs geben wir nur einen Hinweis, daß Uwe Petzold bewußt sich nicht an der Aktion beteiligt hat und z.Zt. krank ist.
Wir müssen annehmen, daß der jetzige Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung (10 Wochen nach der Anzeige) und auch die Entschlossenheit des Gerichtes, die aus den drei herangezogenen Paragraphen abzulesen ist, Hinweis darauf ist, daß z.Zt. in der Bevölkerung um Zustimmung zur Kernenergie geworben wird (siehe Info-Busse) und daß die Lobby entschlossen ist, den auch so schwachen Bevölkerungswiderstand zu brechen und ihr Unheilswerk hier von neuem zu beginnen mit einem 1300 MW Konvoi-Kernkraftwerk der Firma Siemens. Mit der Preußen-Elektra sind die Stadtväter z.B. in intensivem Gespräch.
Zur Strafanzeige meinen Erika und Malte, daß alle Beteiligten sich jetzt noch einmal neu entscheiden sollten, ob sie auf der Anklagebank oder als Unterstützer im Gerichtssaal sitzen wollen.
Nachtrag: Herr Fries ließ uns wissen, daß er in den vergangenen Tagen mit Werner Schmidt, Herrn Fengler und Herrn Opitz gesprochen habe (Zeugen). Die Akte des Herrn Fries, die den Schriftwechsel mit den Staatsanwälten enthält und die Strafanzeige der KKW-GmbH Gesellschafter Kirsch und Balle, enthielt auch zwei oder mehrere Fotos von der Entzäungs (... es folgt eine Zeile, die nicht lesbar ist ..) an das Ordnungsamt beim Landratsamt Stendal, Leiter des Ordnungsamtes der Düsseldorfer "Volljurist" Raden. 17.12.90, 15.35 Uhr
Gegen 8.30 Uhr sind 12 Personen der BI Energiewende mit Frau Dr. Drees im Südbereich in die Baustelle KKW Stendal eingedrungen. Ein Zaunfeld wurde demontiert. Am Zaun wurden gegen den Bau des KKW gerichtete Losungen und Unterschriftenlisten angebracht. Die Personen haben nach Aussprache mit dem Leiter des Betriebsschutzamtes und Vertretern der KKW Stendal GmbH die Baustelle verlasen. Nach Informationen eines Betriebsangehörigen war bis etwa 9.00 Uhr ein Reporter der Volksstimme bei der Aktion anwesend.

Dresdener Neueste Nachrichten, S. 4, 23. / 24. Februar 1991

Entzäunt das AKW !

Das AKW bei Stendal wird neuerdings von dem Zaun umgeben, der vor einem Jahr an der innerdeutschen Grenze abgebaut worden ist. Er war einst ins Land gestampft worden, um Menschen voneinander zu trennen. Heute soll er die lebensfeindliche Atomtechnologie vor ihren möglichen Opfern schützen;
Tödliche Radioaktivität von u n s fernzuhalten, vermag er nicht. Dieser Zaun ist Symbol für Machtmißbrauch, Gewalt und Unterdrückung; in einem Atomstaat müssen nämlich wieder geheimdienstliche Strukturen aufgebaut werden. Mit unserer Entzäunungsaktion wollen wir den Abbau der Grenzanlagen fortsetzen.

Wider besseres Wissen soll das Atomprogramm ausgebaut werden

Seit einiger Zeit muß die drohende Klimakatastrophe als Argument für die Wiederbelebung der Atomenergie herhalten. Die Atomlobby spielt sich als Klimaretter auf, ohne darauf einzugehen, daß vom Uranerzbergbau bis zur Endlagerung von Atommüll große Mengen CO 2 produziert werden. Der zentralistische Ausbau der Kernenergie verhindert Alternativen wie:

- kommunale Energieprojekte
- Sparprogramme
- Kraft-Wärme-Kopplung
- Entwicklung erneuerbarer Energiequellen

Diese würden unseren Energiebedarf umweltschonender decken sowie langfristig mehr Arbeitsplätze sichern.

Expansion der Siemens KWU nach Osten

Bei dem Versuch den Standort Stendal für die Erzeugung von Atomstrom zu erhalten treffen sich die Interessen der jetzigen AKW-Leitung mit denen der Siemens -Tochtergesellschaft KWU. Gemeinsam bemühen sie sich um die Nachrüstung sowjetischer Reaktoren. Es soll ein Präsedenzfall für sämtliche Atommeiler im Ostblock geschaffen werden. So wird der Siemens Konzern seinem Slogan gereicht : *"Unser Markt ist der Weltmarkt"*. Mit dem Konzept der Firma, durch ihre riesige Produktpalette an Elektrogeräten einen hohen Strombedarf zu erzeugen, rechtfertigt sie den Neubau von Atomkraftwerken.
Wir fordern:

- **endgültigen Baustopp für die Atomanlagen**
- **Verzicht auf neue westliche Konvoi-Kraftwerke**
- **Ausschreibung des erschlossenen Geländes z.B. als Gewerbegebiet**

Bürgerinitiative Energiewende Stendal, bei Drees, Beethovenstr. 1
Treffen jeden Donnerstag 20.00 Uhr

Atommafia goes East

Gegen den Atomstaat in Ost und West

Pfingstcamp in der "Ex"-DDR

Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaftssysteme in den östlichen Staaten Europas hat die Atommafia schnell geschaltet und zügig damit begonnen, neue Bastionen aufzubauen, bzw. die verwertbaren Überreste des Atomfilzes Ost zu übernehmen:
- der Stromvertrag der EVU-Giganten RWE, Preussag und Bayernwerke zur Aufteilung des Strommarktes
- das Endlager in Morsleben
- die AKW-Standorte Stendal und Greifswald zum Neubau von bzw. zur Nachrüstung der Alt-AKW's seien hier genannt.

Hat sie dort erst einmal Fuß gefaßt, ist ihr Startvorteil für die Eroberung ganz Osteuropas uneinholbar.

Auch im Westen gibt's was Neues. Der Neubau von AKW's als Ersatz für alte wird bereits offen diskutiert. Außerdem werden die Endlagerprojekte z.B. Gorleben und Schacht Konrad, massiv vorangetrieben.

Dem gilt es etwas entgegenzusetzen. Gerade in der "Ex"-DDR befinden sich die Strukturen für den Widerstand erst im Aufbau.
Aber auch hier in der alten BRD müssen unsere Anstrengungen erheblich verstärkt werden, damit wir wieder ein politischer Faktor werden. Dies war Konsens der Konferenz in Bremen im vergangenen Herbst. Daran knüpft die Idee an, ein Widerstand-Camp als gemeinsamen Ausdruck der Anti-AKW-Bewegung auf dem Gebiet der "Ex"-DDR durchzuführen.

Es soll gezeigt werden, daß mit uns zu rechnen ist!

Außerdem soll mit dem Camp die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung dort und den Menschen, die den Widerstand tragen, begonnen bzw. verstärkt werden.
Wir wollen aber nicht nur miteinander reden, sondern auch zusammen klar machen, daß wir uns der Atommafia auf ihrem Marsch nach Osten entgegenstellen. Schon in Bremen war klar, daß ein Standort in der "Ex"-DDR immer nur stellvertretend für alle stehen soll. Deswegen verstehen wir das Camp als nicht auf einen Standort bezogen, sondern gegen den Atomstaat in Ost und West gerichtet.

Das Pfingstcamp wird vom 17.05. - 20.05.1991 in Velsdorf bei Calvörde (ca.45 km bis Stendal, ca.30 km nordwestlich von Magdeburg, ca.30 km bis Morsleben) stattfinden.

Auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen in Marburg am 14.04.91 wurde folgender inhaltlicher Rahmen beschlossen:

Schwerpunkt 1: Gegenseitiges Kennenlernen

geschieht natürlich sowieso innerhalb von Gesprächen am Rande, in gemeinsamen Aktionen und durch das Zusammenleben im Camp Um allerdings unter folgender Fragestellung mehr voneinander zu erfahren, wollen wir Filme, Fotoausstellungen, Vorträge und Diskussionen im Plenum durchführen:- Was ist die Anti-AKW-Bewegung in der alten BRD ?
Geschichte, Strukturen, Inhalte, Kontroversen, Kriminalisierung
- Welche Aktivitäten bzw. Bewegungen gegen AKW's hat es in der "Ex"-DDR gegeben ?
- Welche Vorstellungen und Erwartungen haben wir von- und aneinander ?

Für diesen Bereich werden noch Gruppen oder Einzelpersonen gesucht, die einen Beitrag leisten können.

Schwerpunkt 2: Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen sollen die Möglichkeit bieten, über alle Tage des Camps hinweg kontinuierlich an einem Thema zu arbeiten. Für ganz wichtig halten wir allerdings, daß täglich Plena stattfinden, in denen nicht nur aus den AG's berichtet, sondern auch inhaltlich diskutiert wird.
Bisher werden folgende Themen von Gruppen bzw. Einzelpersonen vorbereitet:
- Atommafia goes East, speziell "Ex"-DDR, vor allem Stendal und Greifswald
- "Entsorgung"/"End"lagerung allgemein sowie speziell Morsleben und Schacht Konrad
- Änderung des Atomgesetzes

Angefragt sind die Themen:
- Atomtransporte
- Parlamentarismuskritik

Im Rahmen des Camps ist die Bearbeitung anderer Themen jederzeit möglich, wenn sich InteressentInnen dafür finden. Falls eine Gruppe ein weiteres Thema inhaltlich vorbereiten möchte, sollte sie sich bei der BIgAM melden.

Schwerpunkt 3: Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen

Für Öffentlichkeitsarbeit in den umliegenden Dörfern und Städten wird im Vorfeld des Camps von einer Ost- und einer Westgruppe gemeinsam ein Flugblatt erstellt, dessen inhaltlicher Rahmen auf der Konferenz am 14.04.1991 abgesteckt wurde.
Außerdem soll das Camp jederzeit für BesucherInnen offen sein. Es wird eine Info- und Pressegruppe geben, die für BesucherInnen ansprechbar ist.
Genausowichtig wie gute Öffentlichkeitsarbeit sind direkte Aktionen an den Standorten (vor allem Stendal, aber auch Morsleben).
Wir fordern Euch auf, jede Menge gute Ideen und was mensch sonst so braucht, mitzubringen.

Schwerpunkt 4: Kultur und Spaß

Widerstand leben heißt ja nicht nur politische Diskussionen und Kämpfe führen, sondern auch: Kultur und Spaß !
D.h. Theater, Musik, Fete - durch Gruppen von außerhalb und von uns selbstgestaltet.
Auch hier werden noch Menschen mit Ideen und Lust zur Vorbereitung gesucht.

Diese Überlegungen geben den Rahmen des Camps vor. Die Gestaltung ist Sache aller TeilnehmerInnen.
Alle Leute, die sich noch in die Vorbereitung einbringen wollen, sollten sich melden bei:

BIgAM
c/o KFZ
Schulstraße 6
3550 Marburg
(inhaltliche Vorbereitung)

Die Grünen Sachsen-Anhalt
Stadtgruppe Magdeburg
Breiter Weg 229
O - 3010 Magdeburg
(organisatorische Vorbereitung)

Alles klar ? Dann bis zum 17.Mai !!!

9.000mal Lungenkrebs 15.000 mal Silikose

Vertrauliches Papier der Strahlenschutzkommission gibt ersten Einblick in die Gesundheitsakten der SDAG Wismut

Die Fragen, welche Informationen die bisher unzugänglichen medizinischen Daten und Krankheitsstatistiken der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut bergen, was mit den Akten weiter geschehen soll und wer überhaupt Einblick in dieses brisante Material nehmen darf, sind ein kleines Stück weit beantwortet. Die Strahlenschutzkommission (SSK) beim Bundesumweltministerium diskutierte am 21. März einen vertraulichen „Zwischenbericht über vorläufige Ergebnisse der Datensicherung und Probleme von Datenlage und Ressourcen", der einen ersten groben Überblick über den tatsächlichen Umfang der Wismut-Krankendaten bietet. Verfasser des Papiers ist eine Autorengruppe des Ostablegers des Meinungs- und Marktforschungsinstitutes Infratest Bis auf wenige Ausnahmen sind die Daten noch nicht ausgewertet, teilweise auch noch nicht einmal gesichtet worden. Über den Inhalt ist bis jetzt also kaum etwas bekannt.

Gleichzeitig mit dem SSK-Bericht wurde der atom eine interne Dienstanweisung aus den Chefetagen des Unternehmens zugespielt, die das „Verfahren beim Umgang und der Sicherung der Patientenakten der ehemaligen Betriebsambulatorien in der SDAG Wismut" regelt.

Die wohl wichtigste Information aus dem SSK-Papier: Ein einziges, zentrales Gesundheitsarchiv – wie bisher in der Öffentlichkeit angenommen – gibt es überhaupt nicht. Vielmehr lagern diese Unterlagen, insgesamt mehrere 100.000 Akten, in insgesamt zehn verschiedenen Archiven an unterschiedlichen Orten des Wismut-Imperiums.

Die Dateien

Die brisanteste Datei trägt den Namen BK 92 – Berufskrankheit Bronchialkarzinom. Aus der Übersicht geht hervor, daß die Wismut-Ärzte bei den Bergleuten bis 1990 nicht weniger als 9.000 Fälle von Lungen- oder Bronchialkrebs diagnostizierten. Bislang hatte das Unternehmen „nur" 6.800 Krebsfälle eingeräumt. 5.675 – statt, wie bislang verbreitet, 5.100 – Fälle wurden als Berufskrankheit anerkannt. Diese Datei lagert bei der neugegründeten Wismut-Abteilung „Gesundheitsdatensicherung" in der Chemnitzer Gausstrasse 5.

Ein zweites Teil-Archiv mit dem Kürzel ORT, für Ortstatistik, wird von der Generaldirektion der Wismut ebenfalls in Chemnitz, Jagdschänkenstrasse, unter Verschluß gehalten. Dem SSK-Papier zufolge enthält diese Datei eine „retrospektive Datenerhebung zur individuellen Strahlenexposition von unter Tage Beschäftigten der Wismut im Zeitraum der höchsten Strahlenexposition 1946 – 1955." Nähere Angaben werden leider nicht gemacht, auch die Gesamtzahl dieser Daten ist noch nicht ermittelt. Allein zwischen 1971 und 1984 haben aber 30.000 Personen „Eingang" in die Ortsstatistik gefunden.

Das HAA, Hauptarchiv Aue, liegt im gleichnamigen Ort im „Bergbaubetrieb 9", Schlemaer Strasse, verborgen. Es enthält nicht weniger als 400.000 „personenbezogene Unterlagen im A3-Format" – Name, Geburtsdatum, Wohnungen, Tätigkeitszeitraum aller Beschäftigten beim Bergbaubetrieb 9, der insgesamt 32 Schächte und Stollen im erzgebirgischen Uranrevier umfaßt. Auch die Auszahlung eines „Erzgeldes", Indikator für eine hohe Strahlenbelastung, ist auf den Karteikarten vermerkt.

Die ATÜ-Datei (ATÜ = Arbeitsmedizinische Tauglichkeits- und Überwachungsuntersuchung; alle Wismut-Beschäftigten wurden jährlich einer solchen Vorsorgeuntersuchung unterzogen) beinhaltet weitere 250.000 Dokumentationen. Neben den personenbezogenen Daten enthalten diese Akten auch Eintragungen unter den Rubriken Teilkörper- oder Ganzkörpervibration, „fibrinogene Stäube", Asbest, Schweißrauche, Lösungsmittel, Lärm, Rauchgewohnheiten usw. Die ATÜ-Datei lagert in der Wismut-Dependance in Niederdorf, Dorfstrasse.

Am selben Ort findet sich auch 21.000 Patientakten mit dem Titel BK 40 – Berufskrankheit Silikose. 15.000 (!) anerkannte Silikosen und 6.000 weitere Silikoseverdachtsfälle hat es demnach im Bereich der Wismut gegeben. Den Akten sollen umfangreiche Gutachten, „im Todesfall auch Sektionsprotokolle" beigefügt sein. Wieviele Silikose-Tote es in den Wismut-Bergwerken tatsächlich gegeben hat, sagt das Papier nicht.

260.000 Wismut-Kumpel haben sich von 1952 bis heute einer Röntgenreihenuntersuchung (RRU) unterzogen. Konzipiert als Suchkartei für das Silikosearchiv, befindet sich die RRU-Datei ebenfalls in Niederdorf. Die Akten enthalten außer persönlichen Daten und Tätigkeitsnachweisen und den Untersuchungszeitpunkten auch „Beginn, Ende und Dauer der Staubbelastung." Bei Silikoseverdachtsfällen, so heißt es, sind auch Angaben der betreuenden (Wismut-)Poliklinik dokumentiert.

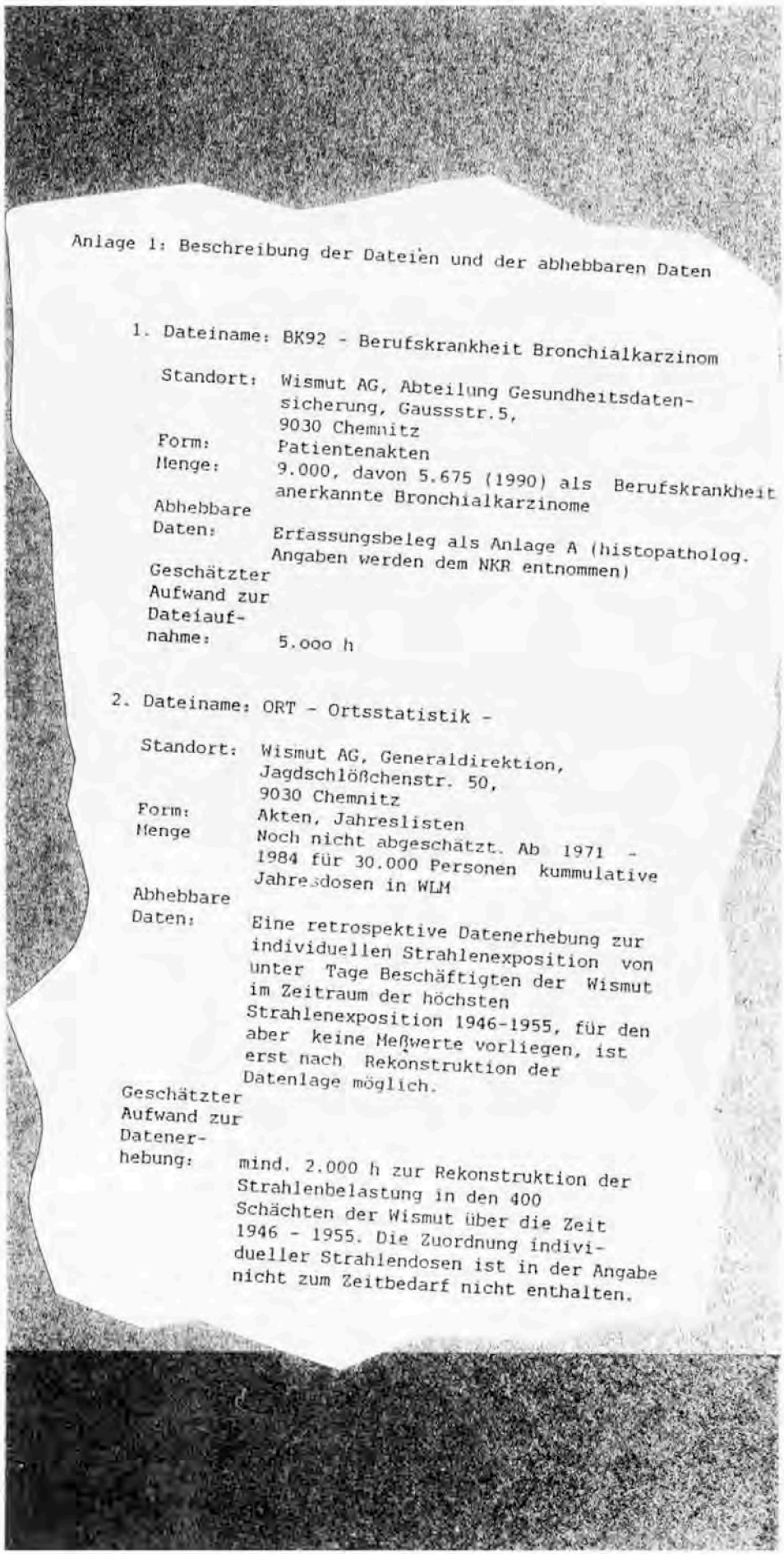
In der Krankenhausfallstatistik/Wismut, KHF, ist noch nicht einmal die Menge der Akten bekannt. Auf Krankenblatt-Vordrucken, „für moderne PCs nicht lesbar", haben die Wismutärzte in den Wismut-Krankenhäusern Operationsdaten und -verläufe notiert, Diagnosen erstellt bzw. vermerkt, ob ein verstorbener Patient obduziert oder nicht obduziert wurde. Standort der KHF-Datei: Niederdorf.
Über „Rehabilitationsmaßnahmen erkrankter Wismutmitarbeiter" informiert die REH-Datei in Niederdorf. Diese Akten sind noch nicht einmal in Ansätzen ausgewertet, nähere Angaben werden nicht gemacht.
Auf die 21 ehemaligen Betriebsambulatorien verteilt ist eine noch unbekannte Zahl von Patientenakten, PAT. Immerhin: Von der Generaldirektion des Unternehmens „wird z.Z. eine Zentralisation vorbereitet."
Die in dem Papier an letzter Stelle aufgeführte ORG-Datei dokumentiert Organproben obduzierter Bergarbeiter mit Bronchialkarzinom. Die Menge ist noch nicht ermittelt, die Protokolle und Organproben sollen sich zum größten Teil im Bergarbeiterkrankenhaus Stollberg befinden.

Das Verfahren

Zum 18.3.91 ist eine vom stellvertretenden Wismut-Generaldirektor Pochandke unterzeichnete Anweisung in Kraft getreten, in der die „Sicherung" und Zugriffsmöglichkeiten auf die Patienakten geregelt sind (s.o.). Wir zitieren nachfolgend die wesentlichen Passagen:

...
3.1. Die Akten (einschließlich Röntgenfilme) sind Eigentum der Betriebe.
3.2. In jedem Betrieb ist ein Beauftragter für die Sicherung zu benennen.
3.3. Der Beauftragte arbeitet dabei eng mit dem Betriebsarzt zusammen ...
3.4. Bei Anforderung von Patientenunterlagen seitens niedergelassener Ärzte oder Ärzte in stationären Einrichtungen, in Gesundheitsämtern, bei Versicherungsträgern u.a.... muß die Zustimmung des betreffenden Bürgers vorliegen.
3.5. Die Überlassung von angeforderten Patientenunterlagen bzw. Teilen daraus von ehemaligen oder gegenwärtigen Betriebsangehörigen der SDAG Wismut an den Anforderer kann nur kopiert erfolgen. Dazu ist dem Betriebsarzt die Vervielfältigungstechnik des Betriebes zur Verfügung zu stellen.
...
3.7. Die Überlassung ... darf nur von „Arzt zu Arzt" geschehen, indem der bestellte oder Vertragsarzt des Betriebes unterschreibt
3.8. Der Betriebsarzt bestimmt den Umfang der zu überlassenden Kopien von Patientenunterlagen (ganz oder auszugsweise).
...
4.1. Diese Regelungen gelten bis zur vorgesehenen gebietsweisen zentralen Archivierung von Patientenakten und Röntgenfilmen.
...

R.



Anlage 1: Beschreibung der Dateien und der abhebbaren Daten

1. Dateiname: BK92 - Berufskrankheit Bronchialkarzinom

Standort:	Wismut AG, Abteilung Gesundheitsdatensicherung, Gaussstr.5, 9030 Chemnitz
Form:	Patientenakten
Menge:	9.000, davon 5.675 (1990) als Berufskrankheit anerkannte Bronchialkarzinome
Abhebbare Daten:	Erfassungsbeleg als Anlage A (histopatholog. Angaben werden dem NKR entnommen)
Geschätzter Aufwand zur Dateiaufnahme:	5.000 h

2. Dateiname: ORT - Ortsstatistik -

Standort:	Wismut AG, Generaldirektion, Jagdschlößchenstr. 50, 9030 Chemnitz
Form:	Akten, Jahreslisten
Menge	Noch nicht abgeschätzt. Ab 1971 - 1984 für 30.000 Personen kummulative Jahresdosen in WLM
Abhebbare Daten:	Eine retrospektive Datenerhebung zur individuellen Strahlenexposition von unter Tage Beschäftigten der Wismut im Zeitraum der höchsten Strahlenexposition 1946-1955, für den aber keine Meßwerte vorliegen, ist erst nach Rekonstruktion der Datenlage möglich.
Geschätzter Aufwand zur Datenerhebung:	mind. 2.000 h zur Rekonstruktion der Strahlenbelastung in den 400 Schächten der Wismut über die Zeit 1946 - 1955. Die Zuordnung individueller Strahlendosen ist in der Angabe nicht zum Zeitbedarf nicht enthalten.

Alle Fotos: J. Siegmann

15 Jahre Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm

Am 18.2.1991 wurde die Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm 15 Jahre alt. Dies ist ein ungewöhnliches Alter für eine Bürgerinitiative. Es ist für mich Anlaß zurückzuschauen und aus meiner Sicht die Entwicklung der Bürgerinitiative (BI) darzustellen und die dabei gemachten Erfahrungen zu bewerten.

Eine schwierige Ausgangssituation

Bereits 1970 gab es vereinzelte Einsprüche gegen den geplanten Bau des THTR (Thorium-Hochtemperatur-Reaktor), aber eine längerfristig arbeitende BI gab es damals noch nicht. Erst als 1975 bekannt wurde, daß in Hamm zusätzlich noch ein Leichtwasserreaktor gebaut werden sollte, regte sich ein erster Widerstand.

Obwohl sich Hamm mit seinen 180.000 Einwohnern stolz Großstadt nannte, entsprach das soziale und kulturelle Leben eher dem, was man gewöhnlich als tiefste Provinz bezeichnet. Der Großteil der Bevölkerung zeigte wenig Interesse an politischen Fragen und war sehr schlecht informiert. In der SPD-geführten Bundes- und Landesregierung gab es keine kritischen Stimmen zu Atomkraftwerken und auch die aus CDU und FDP bestehende Ratsmehrheit in Hamm segnete widerspruchslos alles ab, was die Energieversorgungsunternehmen ihnen vorsetzten.

Das war nicht überall so. Der Widerstand der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen das geplante Atomkraftwerk Wyhl erreichte eine hohe Publizität und ließ auch in Hamm einige Menschen aufhorchen. Besonders interessant war für uns, daß der Protest von vielen konservativen Menschen ausging und die Initiativen durchweg gewaltfrei handelten.

Schon 1975 ergaben sich erste Kontakte zur Gewaltfreien Aktion Arnsberg, die Flugblätter in Hamm verteilt hatte. Bis zum 24.12.1975 wurden im kleineren Rahmen Einsprüche gegen den geplanten Leichtwasserreaktor gesammelt. Am 12. Januar 1976 fand eine von der Westfälisch-Lippischen Landjugend mit 200 Menschen sehr gut besuchte Pro- und Contra-Diskussion in einem kleinen Dorf bei Hamm statt. Diese Veranstaltung gab uns Auftrieb und durch weitere Flugblätter, Presseartikel und Infostände wurde die BI-Gründung vor-

bereitet. Anfang Februar führten wir ein Wochenendseminar mit einem Sprecher der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen durch, um unsere Kenntnisse über die Gefahren von AKWs zu vertiefen und aus erster Hand weiteres Grundlagenwissen über Organisationsform und Arbeitsweise von Bürgerinitiativen zu erhalten.

Hoffnungsvoller Auftakt

An der Gründungsveranstaltung der BI am 18.2.1976 beteiligten sich 60 Bürger, von denen 47 sofort Mitglied wurden. Die BI schloß sich dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) an. Diese Dachorganisation ist überparteilich ausgerichtet, bevorzugt eindeutig gewaltfreie Kampftechniken und lehnt Atomkraftwerke in der ganzen Welt ab.

Der von nun an einsetzende rege Zulauf zur BI konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in Hamm immer noch in der Minderheit waren. Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß wir unschlüssige Bürger am ehesten mobilisieren konnten, wenn auf Veranstaltungen Pro- und Contra-Diskutanten anwesend waren. Nachdem sich die VEW auf der Podiumsdiskussion der Landjugend gründlich blamiert hatte, lehnten sie jede weitere Teilnahme an öffentlichen Diskussionen ab und stellten sich damit selbst ins Abseits.

Der Erörterungstermin für den geplanten Leichtwasserreaktor im März 1976 wurde genutzt, um unsere 1.000 Einsprüche öffentlichkeitswirksam zu vertreten. Da abzusehen war, daß wir durch unsere bisherigen Bemühungen unser Ziel nicht erreichen würden, wurde zusammen mit anderen Bürgerinitiativen aus der Umgebung im Mai 1976 eine Kundgebung mit 600 Teilnehmern in der Nähe des Baugeländes organisiert. Hier kam es zu ersten Konflikten mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der diese überparteiliche Veranstaltung für seine egoistischen Bestrebungen mißbrauchen wollte.

In einer etwas provozierenden Form wurde von uns kurze Zeit später die finanzielle Abhängigkeit der Kommunalpolitiker von der VEW zum Thema gemacht. Zusammen mit anderen Bürgerinitiativen besetzten wir kurzzeitig und pressewirksam das Ministerium für Gesundheit und Soziales in Düsseldorf, um die kostenlose Herausgabe der Erörterungsterminprotokolle zu erreichen.

Eine beispielhafte Aktion

Im August 1976 unterstützte die BI das sechswöchige Zeltlager in der Nähe des Baugeländes. Im September eröffneten die VEW ihr mehrere Millionen DM teures Informationszentrum neben dem THTR. Als Reaktion hierauf haben die örtlichen Bürgerinitiativen zusammen mit der Gewaltfreien Aktion Arnsberg einen umfassenden Aktionsplan erarbeitet. Da die VEW uns im Informationszentrum keine Gelegenheit zur Darstellung unseres Standpunktes gab, sollte auf dem stacheldrahtumzäunten Gelände vor dem Informationszentrum ein Informationszelt der Bürgerinitiativen aufgestellt werden. In einem Merkblatt für Aktionsteilnehmer wurden die Ziele der Aktion benannt und verschiedene mögliche Verlaufsformen des Konflikts und unsere sinnvollsten Reaktionen dargestellt. Nachdem 300 Menschen den Platz besetzt und ein Infozelt aufgestellt hatten, überreichten wir der anrückenden Polizei ein spezielles Flugblatt, in dem wir unsere Aktion begründeten und unsere friedlichen Absichten bekundeten.

Anschließend wurde im Dialog mit der Polizei eine bestimmte Zeit unseres Verbleibens auf dem Gelände ausgehandelt. In gelöster Atmosphäre konnten zahlreiche Gespräche mit Polizisten geführt werden. Mit dieser Aktion wurde deutlich gemacht, daß wir notfalls auch bereit waren, bestehende Gesetze zu übertreten. Die Notwendigkeit ergab sich aus dem Verhalten unserer Ansprechpartner. Ignorierten sie Leserbriefe, Presseartikel, massenweisen Einspruch und Flugblätter, dann waren als nächste Schritte Kundgebungen und Demonstrationen die Folge. Reagierten auch darauf unsere Ansprechpartner nicht, waren Blockaden, Besetzungen oder andere Formen des Zivilen Ungehorsams die logische Konsequenz. Da in einer BI Menschen aus verschiedenen Parteien und Weltanschauungen zusammenarbeiten, ist es notwenidig, daß alle Mitglieder zu einer gemeinsamen Vorgehensweise finden. Da gewaltfreie Aktionen und ziviler Ungehorsam kein Selbstzweck sind, muß zunächst der bestehende legale Handlungsspielraum in vollem Umfang genutzt werden. Wird ein wichtiges Element dieses Spielraums weggelassen, würde es zu schwerwiegenden Vermittlungsproblemen gegenüber einigen BI-Mitgliedern und der Bevölkerung führen und die Zahl der teilnehmenden und sympatisierenden Bürger verringern.

Zusammen mit der BI Wyhl erhielten wir im Dezember 1976 den Schalom-Preis der Christlichen Friedensdienste. Dieser Preis sollte helfen, das vorhandene Potential an friedensfördernden Energien bekanntzumachen.

Die Heimsuchung

Wie so oft bei Bürgerinitiativen überstürzten sich auch bei uns im ersten Jahr nach der Gründung die Ereignisse und Aktionen. 1977 bekamen wir die politischen Grenzen unseres Engagements zu spüren: Die VEW gaben natürlich nicht von heute auf morgen ihre Vorhaben auf. Unsere Kräfte reichten nicht aus, mit der bisherigen Intensität alle paar Wochen neue Kampagnen und Aktionen durchzuführen. Wir mußten uns auf einen langfristigen Widerstand einstellen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf verschärften nicht nur das Klima zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomenergie, sondern die bewegungsinterne Debatte über die Gewaltfrage wurde zu einem alles dominierenden Streit. Zu den unerfreulichsten Begebenheiten in der BI-Geschichte gehörten ohne Zweifel die Ereignisse um den Osterspaziergang 1977. Ursprünglich wurde er von sieben einheimischen Bürgerinitiativen geplant. Im Laufe der Zeit kamen zu den Koordinationstreffen immer mehr auswärtige Gruppen und Einzelpersonen hinzu und drängten auf militantere Aktionen. Bei diesen Gruppen handelte es sich zum größten Teil nicht um Bürgerinitiativen, sondern um für uns recht undurchschaubare von K-Gruppen dominierte Zusammenhänge, die mit großem Aufwand die von ihnen bevorzugte Vorgehensweise durchsetzen wollten. Arbeitsstil und Umgangsform der bisherigen Konferenzen änderten sich schlagartig. Mit dem verständnisvollen Meinungsaustausch war es vorbei. Von nun an herrschten erbitterte Machtkämpfe. Das Gespräch eines BI-Mitglieds mit der Polizei wurde von den meisten auswärtigen Gruppen als Verrat empfunden. Ihre Aktivitäten erschöpften sich auf dem Osterspaziergang vorrangig darin, Flugblätter gegen die einheimischen Bürgeinitiativen zu verteilen. Bei einer solchen Form der Auseinandersetzung geriet die

von Atomkraftwerken ausgehende lebensbedrohende Gefahr zur Nebensache, über die nur noch wenig geredet wurde. Die VEW ließen noch im selben Jahr für 20 Millionen DM eine große Mauer um ihr Gelände bauen.

Experimente mit alternativen Widerstandsformen

Nachdem die bundesweiten Auseinandersetzungen an AKW-Bauzäunen zeigten, daß Bauplatzbesetzungen im üblichen Stil nahezu unmöglich wurden, besannen sich einige Leute auf andere Formen des Widerstands. Die Gewaltfreie Aktion Dortmund und die Bürgerinitiativen um Hamm begannen mit der Kampagne für eine 10%ige Stromgeldverweigerung. Da die Elektrizitätswerke mit dem Geld, das sie von den Stromverbrauchern erhalten, auch den Bau ihrer Atomkraftwerke finanzieren, entzieht man ihnen durch die Stromgeldverweigerung die bisher stillschweigend gewährte Unterstützung für ein Vorhaben, das man strikt ablehnt. Nach der Verteilung von über 8.000 Flugblättern beteiligten sich leider nur in Dortmund über 100 Haushalte. In Hamm dagegen wurde die Stromgeldverweigerungskampagne zwar von einer allmählich wacher werdenden Öffentlichkeit mit freundlichem Interesse zur Kenntnis genommen, aber ein massenweiser Boykott kam nicht zustande. Vielen Menschen erschien diese Widerstandsform zu ungewöhnlich. Sie konnten sich erst sehr langsam für eine so konsequente und weitgehende Aktion erwärmen. Trotz dieses Mißerfolgs erhielten in Hamm zumindest viele Menschen zum ersten Mal Informationen über die verschiedenen Formen des Zivilen Ungehorsams. Hiermit wurde ein Impuls gegeben, an den später auch die Friedensbewegung anknüpfen konnte.

Nur wenige Zeitprivilegierte konnten sich ein gleichbleibendes Engagement in BI und GAL leisten. Außerdem nahm die von uns in Anspruch genommene Überparteilichkeit Schaden, da einige BI-Mitglieder andauernd als GAL-Mandatsträger in der Presse zitiert wurden. Unser Ansatz über Parteischranken hinweg den Widerstand zu verbreitern, gestaltete sich nun überaus schwierig, da Mitglieder und Symphatisanten anderer Parteien in uns Konkurrenten sahen und auf Distanz gingen. Vielleicht war deswegen unser GAL-Engagement ein Fehler. 1989 löste sich am Ende der Legislaturperiode die GAL auf.

Störfälle

1986 markierten die Störfälle im THTR und die zeitgleiche Katastrophe in Tschernobyl einen Wendepunkt in der Geschichte des Widerstands gegen den THTR. Die Aktivitäten der BI verschmolzen in dieser Zeit zunehmend mit denjenigen der "Bauern und Verbraucher". Tagelange Blockaden, Demonstrationen mit bis zu 7.000 Menschen und der Trecker-Treck nach Düsseldorf sind überregional ausreichend bekannt geworden und sollen deswegen an dieser Stelle nicht detailliert dargestellt werden. Bemerkenswert zurückhaltend verhielt sich bei unseren Aktionen die Polizei. Viele Polizisten hatten Angst vor der austretenden Radioaktivität und sympatisierten zeitweilig mit den erklärtermaßen gewaltfreien Aktionen. Ähnlich wie bei den Osterspaziergängen 1977 kam es zu ständigen nervenaufreibenden Konflikten zwischen gewaltfreien und nichtgewaltfreien Gruppen. Im "Atomkraft Nein! - Kalender 1989" wurde der Polizei wegen ihrer Zurückhaltung sogar ein Vorwurf gemacht. Die angeblich"geschicktere polizeiliche Linie" hat ein nicht etwa besonders heimtückischer Repressionsapparat des Staates ausgebrütet, sondern war das Resultat von zielgerichtetem und beabsichtigtem Handeln der meisten Demonstranten. Zu grotesken Einschätzungen gelangen die Autoren im Anti-Atom-Kalender ebenfalls über das Verhalten der SPD: "Hier durchzieht die Geschichte der SPD eine Blutspur von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 über die Zerschlagung revolutionärer Bewegungen in den 20er Jahren bis heute". Es wird deutlich, daß es den Autoren vornehmlich darauf ankommt, die ideologischen Schlachten der Vergangenheit zu schlagen, anstatt mit aktuell bestehenden Widersprüchen kreativ umzugehen.
Auch die BI befand sich mit der SPD in einem Dauerkonflikt, da in dieser Partei viele Befürworter des THTR's zu finden waren. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß wir unter der SPD-Mitgliedschaft Verbündete gesucht und gefunden haben. Wer innerhalb der SPD zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomindustrie differenziert, steht nicht zwangsläufig der SPD nahe, sondern nimmt lediglich die Realität wahr. Die Suche nach neuen revolutionären Subjekten oder systemsprengenden Konflikten ist nicht die Aufgabe der BI gewesen. Wir wollten den THTR mit gewaltfreien Mitteln verhindern und gingen gegenüber Gruppen, die etwas anderes wollten, folgerichtig auf Distanz.

Ausblick

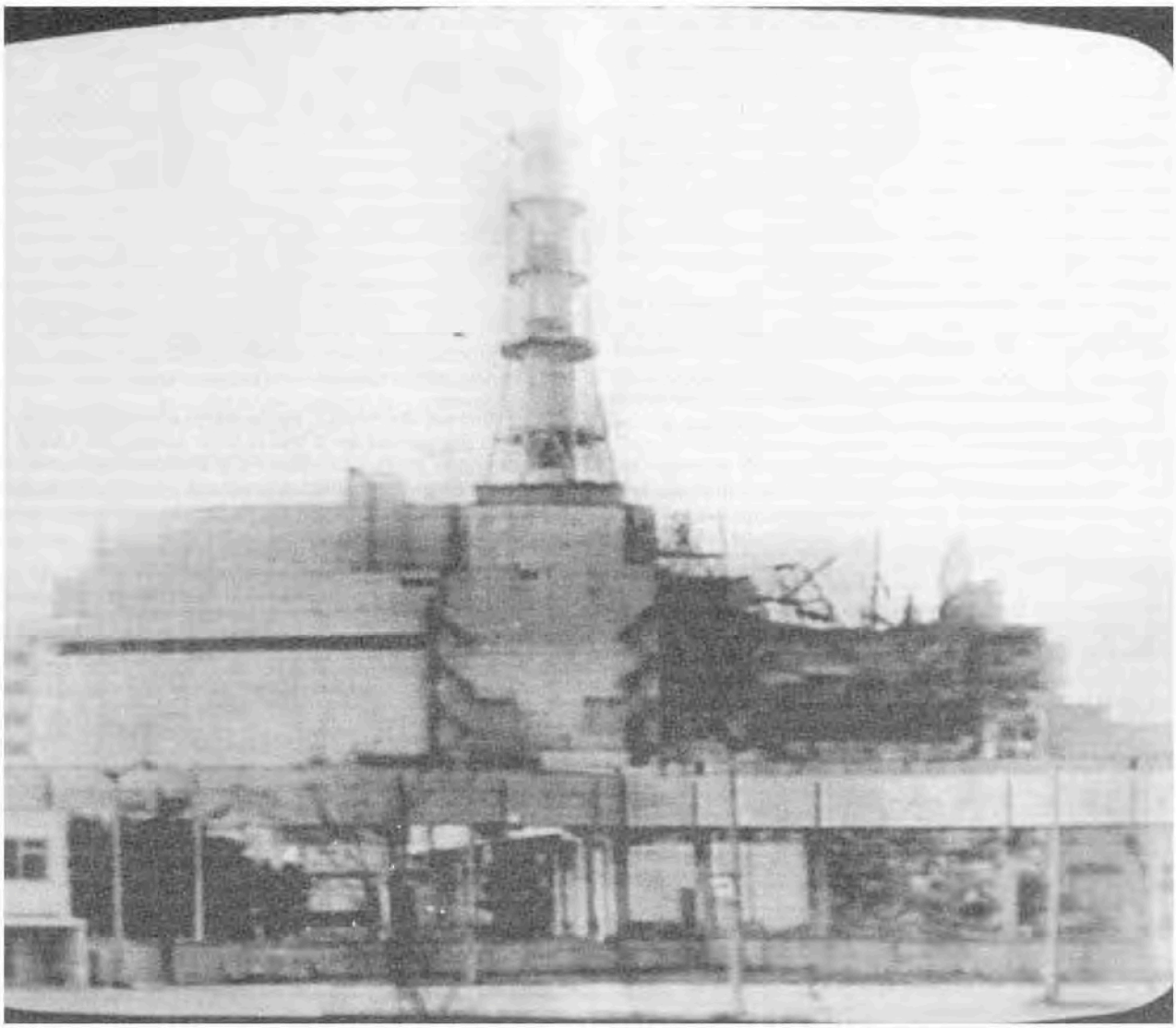
Nachdem die Stillegung des THTR endgültig als gesichert angesehen werden kann, stellt sich für die Zukunft die Frage, wie der sogenannte sichere Einschluß des radioaktiven Materials für Jahrtausende gewährleistet werden kann. Da dieses Problem in der Öffentlichkeit kaum diskutiert wird, kommt der BI die Aufgabe zu, ein Problembewußtsein zu wecken und auf die am wenigsten schädliche Lösung zu drängen. Wir arbeiten mit der BI in Ahaus zusammen, um zu verhindern, daß die radioaktiven Brennelemente in Ahaus "zwischengelagert" werden, obwohl eine sichere Endlagerungsmöglichkeit nicht besteht. Die Zahl der aktiven Mitglieder ist seit der Stillegung des THTR zurückgegangen, was durchaus verständlich ist. Der THTR-Rundbrief wird alle 2 bis 3 Monate herausgegeben, um eine überregionale Kommunikation zu gewährleisten. Ein weiteres Arbeitsfeld wird die Unterstützung der Kläger gegen den THTR sein, die auch nach seiner Stillegung hohe Gerichtskosten bezahlen sollen.

Horst Blume

Anmerkung des Setzers: Neben einem herzlichen Glückwunsch zu eurem Jubiläum kann ich mir doch eines nicht verkneifen: Wie kann es angehen, daß jemand nach 15 Jahren intensiver politischer Arbeit noch immer nicht bemerkt hat, daß es neben dem männlichen auch noch ein anderes Geschlecht auf dieser Welt gibt? Ich habe in eurer Geschichte kein einziges weibliches Wesen bemerkt. Oder hat es die etwa gar nicht gegeben?

Erinnerungen an Tschernobyl

»Ich habe gesehen, wie strahlenverseuchte Menschen innerhalb von Stunden gealtert sind.«



Ljubow Kovalewskaja, Journalistin und Autorin aus Kiew - bis zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl als Chefredakteurin der Pripjater Zeitung "Tribüne des Energiewirtschaftlers" tätig - berichtet als Augenzeugin über den Hergang des Unfalls, die Evakuierung und darüber, welches Leid und Elend durch diesen Atomunfall über eine große Zahl von Menschen hereingebrochen ist. Ihr besonderes Augenmerk gilt den verstrahlten und leidenden Kindern aus Pripjat, die keine Zukunft mehr haben. Inge Lindemann sprach mit Ljubow Kovalevskaja bei ihrem Besuch in Hamburg.

Ljubow Kovalewskaja, Sie kommen aus Pripjat, wurden zwei Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl evakuiert und leben heute mit Ihrer Tochter in Kiew. Was geschah am 26. April 1986 in Tschernobyl?

In der Nacht vom 25. auf den 26. April explodierte der Reaktorblock 4. Es war gegen 23 Uhr. Wir wissen das so genau, da unsere Uhren stehen blieben. Es waren zwei Explosionen zu hören, die den Reaktor, wie wir später erfuhren, an drei Stellen zerstörten. Niemand konnte begreifen, was geschah. Sowohl in der Fachliteratur als auch unter den Wissenschaftlern und Technikern war man sich doch einig gewesen, daß solch ein Super GAU, der größte anzunehmende Unfall, nicht eintreten werde - schon gar nicht in Tschernobyl! Und dennoch war das Undenkbare geschehen. Eine Atomkatastrophe mit internationalem Ausmaß, wie wir alle wissen, nahm mit den Ereignissen dieser Nacht ihren Anfang.

Wie reagierte das Bedienungspersonal?

In den ersten Sekunden herrschte Ratlosigkeit. Die Reaktorfahrer versuchten, indem sie auf verschiedene Knöpfe drückten, irgendetwas zu tun. Den Wenigsten war klar, daß große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt wurden. Im AKW befanden sich keine tauglichen Meßgeräte. Die für 1 bis 2 Röntgen Strahlenbelastung ausgelegten Geräte waren nicht einsatzfähig; das eigentliche Meßgerät eingeschlossen. Der Mann mit dem Schlüssel war weg. Keiner machte sich Gedanken über das Ausmaß der realen Gefährdung. Arbeiter von den anderen Blöcken eilten an den Unglücksort, um zu sehen, was geschehen war. Als sie an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, hatten sie bereits die rote, verbrannte Färbung im Gesicht. Kurze Zeit später überfiel die ersten eine entsetzliche Übelkeit.
Stunden nach den Explosionen kam der AKW-Leiter. Er meldete per Telefon an alle zuständigen Stellen: Block 4 sei unversehrt. Der Brand werde gelöscht. Bei den Löscharbeiten mußte Kühlwasser aus den Blöcken 1 und 2 herübergepumpt werden. Alles stand unter Wasser. Zwei Stunden nach dem Atomunfall kamen die ersten Kranken und Verletzten im nahegelegenen Pripjater Krankenhaus an. Sie waren stark verstrahlt.

Fernsehredner Gorbatschow

Wieviele Ärzte standen zur Versorgung der Patienten bereit?

Das weiß man nicht genau. Die Ärzte wurden sofort nach Dienstplan zusammengerufen. Fast zweihundert Menschen mußten am ersten Tag versorgt werden. Rund um die Uhr waren die Krankenwagen im Einsatz. Alle Beteiligten wurden stark verstrahlt.

Am Morgen konnten Sie die Straßensperren überwinden und sich dem Unglücksort nähern?

Niemand in der Stadt ahnte die Strahlengefahr. Als ich dann den zerstörten Block 4 sah, konnte ich es kaum fassen. Der Reaktorblock, groß wie ein Hochhaus, gebaut aus dicken Wänden, war zerstört. Stücke von Beton hingen an den Armaturen. Aus dem schwarzen Reaktorschlund kam so etwas wie ein Leuchten. Der ganze Himmel war dunkel und rot-braun. Ich sagte zu meiner Freundin, die mich begleitete: "Es kann doch nicht sein, daß der ganze Himmel mitbrennt. Es kann doch nicht sein, daß gleich alles in Flammen steht." Über jedem Block war die Ventilation zu sehen. Aber auch sie war zerstört. Wieso kann eine Röhre aus Stein brennen, fragten wir uns. Erst viel später begriffen wir, daß der aus dem Reaktor herausgeschleuderte Graphit an den Rohren klebte und brannte. Überall klebte der brennende Graphit. Natürlich auch auf den Abluftschächten. Schwarze Teilchen, die vom Graphit aufstiegen, sammelten sich in der Luft und ballten sich zu schwarzem Dunst. Dieser dunkel-rot-braune wallende Nebel brachte die Verstrahlung. Es war ein windstiller Tag.

Strahlenkontrolle in einem Dorf

Durch das auf den Reaktor tonnenweise abgeworfene Blei, den Sand und das Bor, kam es am 3. Mai zu einer weiteren und am 9. Mai zu einer erneuten großen Explosion. Die Bevölkerung wußte nicht, was geschah. Es gab keinerlei Informationen. Selbst als die Evakuierungen am zweiten Tag begannen, wußten wir nicht, daß es wegen der Strahlung war.

Was geschah als Ihre Tochter aus der Schule kam?

Einen Tag vor dem Unfall wurden in der Schule Katastrophenschutzübungen durchgeführt. Zu diesem Anlaß nähte ich ihr einen Mundschutz. Die Kinder liefen mit ihrem Mundschutz durch die Schule und sollten lernen, wie man sich vor der Radioaktivität schützt. Man erklärte ihnen, daß diese Übungen sie auf den Kriegsfall vorbereiten sollten. Wie nahe der "Krieg" wirklich war, ahnte niemand.
Als ich erfuhr, wie hoch die Schule meiner Tochter verseucht war, traf mich im Nachhinein fast der Schlag. Dies war im Jahre 1989. Seitdem habe ich versucht, alles Mögliche für meine Tochter zu tun. Sie ist ständig unter ärztlicher Betreuung. Wahrscheinlich wissen Sie, wie schwierig das bei uns zu bewerkstelligen ist.
Niemand beschäftigt sich bei uns mit der medizinischen Betreuung und Versorgung, wie es offizielle Stellen immer wieder behaupten. Niemand interessiert sich überhaupt dafür. Als ich mein Kind privat untersuchen ließ, stellten die Ärzte fest, daß es bei ihr zur Veränderung buchstäblich aller Organe gekommen ist. Unsere Ärztin aus Pripjat, die mit unseren Kindern arbeitet - Ihren Namen darf ich nicht preisgeben - verfügt über alle Untersuchungsprotokolle.

In einem mehrstündigen Gespräch berichtete sie mir, daß nicht nur die Radioaktivität in den ersten Tagen, sondern auch die ganzen anderen Giftstoffe, die freigesetzt wurden, auf die Kinder eingewirkt haben. Die Kinder von Pripjat leiden besonders. Es ist völlig sinnlos, die Kinder ständig zu beobachten und zu untersuchen. Sie müssen aus den verseuchten Zonen heraus, um andernorts "geheilt" zu werden. Doch andere Ärzte ziehen es vor, die Kinder in den verstrahlten Regionen zu belassen, um sie weiter beobachten zu können. So können mit den Untersuchungsbefunden weitere Dissertationen geschrieben werden.
Vier Jahre lang wurden Krankendaten und Heilungsmöglichkeiten zurückgehalten, um dann in den besagten Dissertationen veröffentlicht zu werden...

...
Dann schrieb ich meinen großen Artikel, der im März 1986 in der "Literaturna Ukraina" veröffentlicht wurde. Tschernobyl galt als erfolgversprechendes und gigantisches Atomprojekt. Man nahm an, daß, wenn alle sechs Blöcke fertiggestellt sind, Tschernobyl das größte AKW weltweit werden würde. Die sowjetische Gigantomanie arbeitete hier als Ideologie. Schon während des Baus vom Fünften und Sechsten Block gab es Pläne über das Projekt "Tschernobyl 2" am gegenüberliegenden Flußufer. Während der Reaktorkatastrophe in "Tschernobyl 1" war man bei "Tschernobyl 2" schon mit ersten Fertigungsarbeiten für das Fundament zugange. Ungeachtet der Tatsache, daß der Untergrund hierfür völlig ungeeignet war. Tschernobyl war die Vorzeigeanlage für die Studenten des Moskauer Energieinstituts. Hier lernten sie aus aller Herren Länder, einen Atomreaktor zu steuern und zu kontrollieren. Alle Fachleute aus den sozialistischen Ländern, alle Versammlungen der Atomlobbyisten sowie die 5. Sitzung der RGW-Länder bis hin zu internationalen Sportveranstaltungen fanden in Pripjat statt. Die Stadt hatte mehrere große Schwimmbäder, breite Straßen wie Leningrad, große Sportstätten ... und das alles um zu zeigen, wie gut es sich in Tschernobyl leben und arbeiten läßt. Darüber wurde in Zeitungen und Zeitschriften ausführlich berichtet.
Als dann der Atomunfall passierte und die westlichen Zeitungen sich auf meinen Artikel bezogen, bekamen die Offiziellen einen Schock. Wie konnte es geschehen, daß dieser Artikel veröffentlicht wurde? Die offiziellen Stellen hatten den Artikel gesehen. Aber damals bemerkten sie, daß es sich nicht lohnen würde, zu analysieren, was eine kleine Journalistin in einem kleinen Städtchen schrieb. Die Redaktion der Zeitung "Literaturna Ukraina" kritisierte vor der Veröffentlichung die vielen technischen Angaben und Zahlen in meinem Artikel. "Aber man kann doch nicht über Atomenergie schreiben, ohne Zahlen, Fakten und Tatsachen zu nennen!" empörte ich mich.
Wir können die Atommafia nur besiegen, wenn wir kompetent sind. Wenn wir ihre Lügen entlarven - und das bedeutet an ihre Geheimdokumente zu kommen; - was nicht immer einfach ist - und eine Bedrohung für einen selbst und andere sein kann. ...

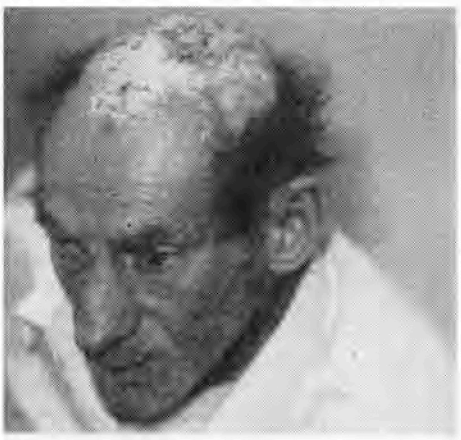
Wie hoch sind die geltenden Grenzwerte in der UdSSR?

Bis zur Reaktorkatastrophe gab es keine Grenzwerte. Jede Strahlung ist gefährlich. Nach Tschernobyl wurde eine Lebenszeitdosis von 35 Rem eingeführt. Dieser Konzeption unterliegen politische und ökonomische Maßgaben. Wenn ein Mensch 35 Rem abgekriegt hat, muß er behandelt werden und hat Anspruch auf Entschädigungszahlungen. Da es mittlerweile schon so viele verstrahlte Menschen in der UdSSR gibt, kümmert sich der Staat jedoch nicht drum. Das 35 Rem-Konzept berücksichtigt weder die Hintergrundstrahlung, die sich ständig erhöht, noch das, was die Menschen in den ersten Tagen der Katastrophe abbekommen haben, noch die Dosis, die die Menschen bei den Aufräumarbeiten erhielten. Experten haben ausgerechnet, daß die zivilisationsbedingte Hintergrundstrahlung in der Sowjetunion im Mittel schon bei einer Langzeitbelastung von 25 bis 28 Rem liegt. ...

„Evakuierungspunkt" eines Kolchos: „Für ein paar Tage"

Georgij Reichtman, leitender Ingenieur von Block vier, verstrahlt mit 180,42 Rem,

Dem 35 Rem-Konzept liegt das Modell der sogenannten Kollektivdosis zugrunde, welches besagt, daß im Einzelfall die Belastung um ein Vielfaches überschritten sein kann. Tote werden einkalkuliert. So hat das Verteidigungsministerium zum Beispiel bekanntgegeben, daß 200.000 Militärdienstleistende an der Beseitigung der Folgen der Havarie beteiligt waren. Ihre Kollektivdosis wurde mit 1.5 Millionen Rem angegeben. Aussagen über Todesfälle gibt es nicht.
Es gibt ein Dokument von Ärzten aus dem sowjetischen Verteidigungsministerium mit der Nummer 205 vom 8. Juli 1987. In Punkt 3 heißt es darin: "Bei einem Soldat oder Offizier, der in Tschernobyl gearbeitet hat, und nicht unmittelbar an hoher Strahlung erkrankt ist, darf man nur die errechnete Dosis der Verstrahlung berücksichtigen und darüberhinaus keinesfalls die Tatsache in Betracht ziehen, daß er in Tschernobyl gearbeitet hat." Unterzeichnet ist das Dokument vom Chef der 10. Ärztekommission Bakschutov.
Niemand kennt seine eigene individuelle Dosis ...



Michail Wlassenko, 65, Wachmann am AKW, Dosis: 600 Rem. Er stirbt langsam an der Strahlenkrankheit

Was habt ihr mit dem Regen gemacht?

Eine Strahlenwolke von Tschernobyl wurde offenbar künstlich abgeregnet / Sowjetische Wissenschaftler bestätigen auf dem Berliner Kongreß seit langem geäußerte Vermutungen

Berlin (taz) — Sowjetische Militärs haben im Mai 1986 eine radioaktive Wolke von Tschernobyl offensichtlich künstlich abregnen lassen. Dadurch sollte verhindert werden, daß die Wolke auf Moskau zutreiben und ihre strahlende Last über den rund zehn Millionen BewohnerInnen der sowjetischen Hauptstadt abladen konnte.

Die Bevölkerung der Russischen Republik, in der die Wolke abregnete, ist vor dem strahlenden Niederschlag nicht gewarnt worden. Auf dem Tschernobyl-Kongreß am vergangenen Wochenende in Berlin wurde die Abregnungsaktion gleich von mehreren Seiten bestätigt.

Entsprechende Gerüchte hatten in den verstrahlten Regionen seit langem kursiert. taz-Mitarbeiter Wieland Giebel berichtete im vergangenen Jahr aus der Russischen Republik von hartnäckigen Vorwürfen gegen die „Moskauer Parteibonzen", die sich mit der Abregnung auf Kosten anderer Regionen vor dem radioaktiven Fallout geschützt hätten.

In Berlin wurde am Samstag zunächst Professor Konoplya, Direktor des Instituts für Strahlenbiologie in Minsk, auf die künstliche Militäraktion angesprochen. Seine Auskunft: Er habe intensiv in dieser Sache recherchiert. Von offizieller Seite sei ihm nach mehrmaligen Anläufen schließlich gesagt worden, daß eine Abregnung stattgefunden habe. Gleichzeitig sei aber bestritten worden, daß die Wolke auf die sowjetische Hauptstadt zugetrieben sei.

Der Kiewer Hydrologe Dr. Wladimir Tikhij wagt sich noch weiter vor. Er habe mit Personen gesprochen, die selbst an der Aktion beteiligt gewesen waren, sagte Tikhij gegenüber der taz.

Der Wissenschaftler nannte weitere Einzelheiten: Danach sei Kohlendioxid-Schnee eingesetzt und von Flugzeugen aus versprüht worden. Für ihn gebe es „keinerlei Zweifel mehr", daß die Wolke künstlich abgeregnet wurde. Auch die meterologischen Aufzeichnungen der ersten Mai-Tage sprächen dafür: Der Wind sei aus südwestlicher Richtung gekommen.

Die frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen, Lilo Wollny, hat, wie sie der taz sagte, ebenfalls zuverlässige Informationen über den radioaktiven Regen. Bei Gesprächen in Moskau sei ihr aus dem Ministerium für Hydrologie diese Aktion bestätigt worden.

Künstliche Abregnungen sind technisch kein Problem. Üblicherweise wird dafür Silberjodid verwendet. Als Prävention gegen Hagelschlag werden zum Beispiel Gewitterwolken gelegentlich mit Silberjodid geimpft. Aber auch Kohlendioxid-Schnee, der vor allem billiger ist, kann dazu benutzt werden, um Kondensationskerne in die Wolken zu bringen.

Künstliche Abregnungen wurden unter anderem im Vietnamkrieg von den Vereinigten Staaten eingesetzt. Nachdem das berüchtigte Entlaubungsmittel Agent Orange über dem Dschungel versprüht worden war, sollte der Regen das auf den Blättern sitzende Gift auf den Boden transportieren. **Manfred Kriener**

Und bis heute weiß niemand, wieviele Menschen in Tschernobyl seit der Katatstrophe wirklich gearbeitet haben. Offiziell ist von 600 bis 800.000 die Rede. Zweihunderttausend Menschen scheinen keinen Unterschied auszumachen. Als Kollektivdosis wird eine Belastung von 10-20 Millionen Rem angegeben. Doch was hat der Einzelne abbekommen?

Im November 1990 kam Wladimir Schikalow, Physiker vom Moskauer Kurtschatov Institut, dem sowjetischen Atominstitut, in die Bundesrepublik und berichtete auf einem Kolloquium in Bremen von der Undichtigkeit des Sarkophags in Tschernobyl. Nach seiner Darstellung treten Risse im Beton des Sarkophags und Undichtigkeiten auf dem Dach auf. Können Sie das bestätigen?

Damals, als man den Sarkophag baute, war die Strahlenbelastung, wie sie wissen, sehr hoch. Man mußte Schwerbeton legen, Beton von besonderer Haltbarkeit und Qualität, der eine besondere Art der Verlegung erforderte. Wegen der hohen Strahlenbelastung mußte schnell gearbeitet werden, wobei Fehler unterlaufen konnten. Dennoch wurde nicht darauf verzichtet, den Sarkophag mit Stuck zu versehen. Er sollte schön aussehen. Es kostete ja nur die zusätzliche Verstrahlung von ein paar Dutzend Leuten. Wundern Sie sich nicht! Sie wissen doch, daß die Soldaten bei uns den Graphit mit bloßen Händen eingesammelt haben. Das konnte man sogar im Fernsehen sehen. Die Leute sollten sehen, daß alles ungefährlich ist. Nicht mal Handschuhe haben sie getragen. Sie haben den Graphit aufgehoben und in die Eimer geworfen. So beseitigen die ehrenvollen Herren von der Sowjetarmee Havariefolgen. ...

Einige Monate nach der Fertigstellung des Sarkophags begann dieser bereits brüchig zu werden. Denn er bildet ja ein 20 Stockwerke hohes Haus. Nun stellen Sie sich vor, daß im gesamten Gebäude mindestens 1000 Quadratmeter einzelne Risse zu beobachten sind. Das Dach des Sarkophags konnte wegen der hohen Radioaktivität nicht geschlossen werden. Deshalb legte man Rohre. Eines neben das andere. 42 sollen es sein, mit einem Durchmesser von ca. 1,2 Metern und einer Länge von 36 Metern. Sie liegen auf den Seitenwänden des Sarkophags auf. Als wir erfuhren, daß Risse in den Betonwänden aufgetreten waren, kamen die Spezialisten, auch vom Kurtschatov-Institut, angereist und versuchten uns nachzuweisen, daß der Sarkophag auf keinen Fall hermetisch abschließen dürfe. Denn es müsse eine natürliche Ventilation möglich sein, sprich ein ungehinderter Luftaustausch zwischen dem Innenraum des Sarkophags und der Umgebung, was gleichzeitig auch die Freisetzung radioaktiver Stoffe bedeutet.

Sand, Bor, Blei, die nach den Explosionen zur Löschung des Brandes in den Schlund der Reaktorruine gekippt wurden, waren mittlerweile zu einer glasähnlichen, festen Masse verschmolzen. Man konnte nicht einmal ein Stückchen zur Materialprobe absprengen. Um Messungen vornehmen zu können, wurden tiefe Löcher in das Material gesprengt. Wochen vergingen für diese Arbeiten. Die Untersuchungen laufen bis heute, denn die Experten wollen sehen, was im Sarkophag vor sich geht. Gegenwärtig befinden sich im Inneren des Sarkophags 30 Tonnen radioaktiver Staub. Durch die Zwischenräume der Abdeckung und die Risse in den Betonwänden wird der Staub nach außen getragen. Da die internationale Öffentlichkeit von der Ungefährlichkeit des zerstörten Reaktors überzeugt werden soll, wird über diese Vorgänge so gut wie gar nicht berichtet. Wenn sich zum Beispiel das Wetter änderte und über dem Reaktor eine Staubwolke aufstieg, konnte man kaum noch etwas sehen. Wieder nahm man Wasser zur Hilfe, um den radioaktiven Staub am Boden zu halten. Diesem Wasser wurde eine chemische Substanz zugesetzt, die in Verbindung mit dem Staub eine zähe Filmschicht bildete. Aber die Radioaktivität drang dennoch durch.

Das ist noch nicht das Schlimmste. Der Reaktor steht auf Stützpfeilern. Darauf sind noch 5 (???) Tonnen Blei, Sand und Bor abgekippt worden. Auf Grund des schweren Gewichtes und der hohen Strahlenbelastung "zittern" die Stützpfeiler bereits und werden brüchig. Man versucht sie ständig abzustützen. Das Ganze droht in den Staub abzusacken, was eine erneute Katastrophe zur Folge haben könnte. Das würde eine neue Katastrophe für ganz Europa bedeuten.

Bis jetzt ist den Fachleuten , darunter auch den ganz Klugen vom Kurtschatov-Institut keine Lösung der Probleme eingefallen.

Verschiedene Vorschläge werden diskutiert.

Der eine besagt, man solle den zerstörten Reaktor und alles was dazu gehört abtragen und das Gelände in eine grüne Wiese verwandeln. Zu diesem Zwecke müßte das gesamte Material in kleine Teile zerlegt werden, was wiederum eine Verstrahlung von Millionen von Menschen bedeuten würde ... Und dann bräuchte man ein riesiges Endlager, um Tschernobyl und seine Folgen dort zu begraben. Dabei gibt es weltweit kein taugliches Endlager und eine Lösung dieses Problems ist nicht in Sicht.

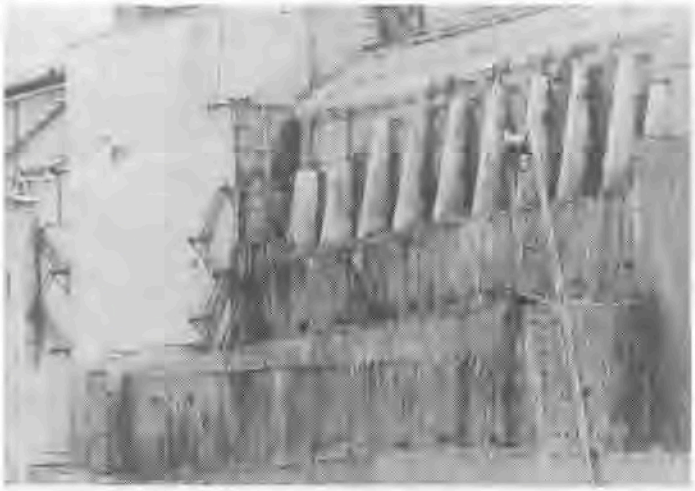
Der zweite Vorschlag, der laut wird, spricht von einem zweiten Sarkophag, der über dem ersten errichtet werden soll. Aber was werden sie dann mit dem Staub machen und wie werden sie den zweiten Sarkophag unten befestigen? Man sollte darüber gar nicht reden. Für solche Arbeiten sind Milliarden und Abermilliarden notwendig. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, sich dieser Folgen zu entledigen und alles zu "entsorgen". Ich glaube nicht, daß es dafür irgendwo in der Welt ausreichendes technisches Know How und entsprechende finanzielle Mittel gibt. Sicher wird es bei uns Dummköpfe geben, die diesen Sarkophag zersägen, nur weil man sie gut dafür bezahlt. Aber wohin mit dem Müll?
Es gibt noch einen dritten Vorschlag. Man solle einen riesigen Erdhügel über dem Sarkophag errichten und diese strahlende Altlast unseren nachfolgenden Generationen überlassen. Vielleicht finden diese einen Weg. Die alten Pharaonen haben in ihren Pyramiden wenigstens noch Wertvolles hinterlassen.

Warum wird Tschernobyl nicht endgültig abgeschaltet?

Tschernobyl liefert weder Strom für die Ukraine noch für andere Republiken der UdSSR. Der in Tschernobyl produzierte Strom wird ausschließlich exportiert, z.B. in die früheren RGW-Länder Ungarn und die Tschochoslowakei. Ich erzählte Ihnen von den Besuchen der RGW-Vertreter in Pripjat. Dort wurden diese Verträge abgeschlossen. Es gab feste Vereinbarungen, und gemäß den Vertragssatzungen mußte der Strom geliefert werden. Deshalb ging Tschernobyl so schnell wieder in Betrieb. Wenn die drei Blöcke arbeiten, verdient die Sowjetunion 250 Millionen Rubel. Das ist die ökonomische Seite dieses Problems. Aber es gibt natürlich auch die politische Seite. Es ist eine Katastrophe passiert. Und alle bestätigen. Wir haben noch einmal Glück gehabt. Es war ja nur eine Havarie. Die Folgen sind beseitigt! ...
Vor dem Atomunfall hing am Werkstor zur Atomanlage eine Losung: Das AKW Lenin in Tschernobyl arbeitet für den Kommunismus. Und nun wissen wir gar nicht, wofür das AKW heute arbeiten soll. Vor dem Unfall hat man immer gesagt, daß hier die Kilowattstunde Strom am billigsten sei. Sie kostete eine halbe Kopeke. Nach dem Unglück ist diese Kilowattstunde schon mit Gold aufzuwiegen. Die Ökonomischen Kosten steigen ins Unermeßliche. Doch wen interessiert es? Die Folgen der Havarie wurden nach Außen hin schnell beseitigt und die Stromproduktion wieder aufgenommen. In diesem Sinne sind sich Sozialismus und Kapitalismus ebenbürtig.

5 Jahre nach Tschernobyl ...

... die Menschen leben noch. Doch eine Million Menschen leben allein in der Ukraine auf hochverstrahltem Boden. Wir kommen zum Beispiel gerade aus Naroditschi, das am Rande der 30-Kilometer-Zone liegt. Die Kinder in der Region sind pro Jahr einer Strahlendosis



Der Sarkophag, 71 Meter hoch. Nebenan schnurren die Turbinen der Blöcke eins bis drei. Vom gleichen Typ wie der Block vier

von 18 Rem ausgesetzt. Bis heute wurden die Dörfer nicht evakuiert. Obwohl die hohe Verstrahlung von Anfang an bekannt war. Nur einige Tausend Menschen wurden bisher umgesiedelt. Hunderttausende müßten noch umgesiedelt werden ...

Was wird an internationaler Hilfe geleistet?

Ich weiß nicht worin offiziell die internationale Hilfe besteht. Sonderbarerweise spricht man nicht darüber. Aus vielen Teilen der Welt kommen medizinische Hilfs- und Versorgungsgüter. Kinder werden zu Ferienaufenthalten eingeladen. Erst kürzlich kam ein Hilfsgütertransport aus Hamburg in Kiew an. Die Hilfe ist sehr konkret, nämlich für die Kinderkranken- und Waisenhäuser bestimmt, und dort kommt sie auch an. - Hilfe zur Selbsthilfe. - Bei regierungsamtlichen Hilfsprojekten haben wir keinen Überblick. Vieles verschwindet. ...
Die Folgen der Katastrophe erwarten wir in sieben bis zehn Jahren. Die Todesraten steigen und Erkrankungen nehmen ebenfalls stark zu. Doch Leukämie und Krebs erwarten wir in einigen Jahren. Die Krankenhäuser stellen sich bereits darauf ein. Medikamente werden gesammelt und die Ausrüstung der Krankenhäuser wird verbessert. Und man wartet!

Bonn, 24. März 1991

Atomkatastrophe von Tschernobyl tötete mehr als 7000 Menschen

Wissenschaftlicher Direktor der Sperrzone um Reaktor erhebt schwere Vorwürfe gegen Moskau / „Wirkliches Ausmaß verschleiert"

LONDON, 14. April (AP). Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat vermutlich mehrere tausend Todesopfer gefordert und damit weit mehr Menschenleben, als bislang von der Sowjetunion zugegeben worden sind. Fünf Jahre nach dem bisher schwersten Unglück in einem Atomreaktor berichtete der für die Sperrzone um das ukrainische Atomkraftwerk zuständige wissenschaftliche Direktor Wladimir Tschernusenko in der Sonntagausgabe der britischen Zeitung „The Independent", an den Folgen der Katastrophe seien zwischen 7000 und 10 000 Menschen gestorben. Die sowjetischen Behörden hatten nach dem Unglück vom 26. April 1986 angegeben, daß lediglich 31 Menschen durch die Auswirkungen des Reaktorbrands getötet worden seien.

Tschernusenko sagte, er habe erwartet, daß Moskau irgendwann so ehrlich sein werde, das wirkliche Ausmaß der Katastrophe zu enthüllen. „Nun, da ich sehe, daß es in fünf Jahren keinen Versuch in dieser Richtung gegeben hat, muß ich der Welt vor meinem Tod zeigen, welchem Risiko sie entgegensieht." Der Wissenschaftler sagte, er selbst sei verstrahlt worden und habe nur noch zwei bis vier Jahre zu leben.

In einem noch nicht gesendeten Fernsehinterview sagte Tschernusenko weiter, die Behörden hätten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien damals mitgeteilt, daß nur drei Prozent der 190 Tonnen Atombrennstoff in dem zerstörten Reaktor entwichen seien. Tatsächlich aber seien 60 bis 80 Prozent dieser Menge in die Umwelt gegangen, sagte Tschernusenko.

Unter den Todesopfern seien viele Bergleute und Soldaten, die bei den Rettungs- und Aufräumarbeiten in Tschernobyl verstrahlt worden seien. Auch in Kiew seien 3,5 Millionen Menschen einer Radioaktivität ausgesetzt worden, die den zulässigen Grenzwert mehrere hundert Mal überschritten habe. Die Bevölkerung der ukrainischen Hauptstadt hätte daher evakuiert werden müssen. „Anstatt alle Bemühungen auf die Aufgabe zu konzentrieren, Menschenleben zu retten, wurde das ganze System darauf abgerichtet, jede Information über das Unglück zu unterdrücken", kritisierte Tschernusenko. US-Wissenschaftler hatten bereits zuvor darauf hingewiesen, daß die Reaktorkatastrophe rund 70 000 Krebstote fordern wird. Weite Gebiete der UdSSR sind derzeit noch mit Werten zwischen 550 000 und 1,5 Millionen Becquerel radioaktiv belastet. Der international noch zulässige Höchstwert wird mit 200 000 Becquerel pro Quadratmeter angegeben. Die Entgiftung der Böden würde nach sowjetischen Angaben rund 600 Millionen Mark kosten. Etwa die Hälfte der 50 000 Kinder in den verstrahlten Gebieten litten bereits 1990 an Leukämie, Schilddrüsenkrebs und einer Immunschwäche.

THTR - Elemente nach Ahaus ?

Droht im Jahr 1991 die erste Einlagerung von Atommüll im Atommülllager ("BEZ" = "Brennelement - Zwischenlager") Ahaus? Das ist die bange Frage die sich viele Menschen in der Umgebung der Kleinstadt Westmünsterland (und nicht nur dort!) stellen. 13 Jahre lang ist es durch den örtlichen Widerstand immer wieder gelungen, die Inbetriebnahme des Lagers zu verhindern. Anfangs konnten technische Mängel des Konzeptes und Verfahrensfehler immer wieder zu Zeitverzögerungen ausgenutzt werden. Seit Herbst 1989 ist die Lagerhalle, in der der Müll aus bundesdeutschen Atomkraftwerken zentral "zwischengelagert" werden soll, zwar fertiggestellt; eine atomrechtliche Einlagerungsgenehmigung für ausgediente Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren existiert seit dem gleichen Jahr: Aber als allzu groß sieht die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" die Gefahr, die von dieser Genehmigung ausgeht, im Augenblick doch nicht an:

- Gegen die Genehmigung läuft eine Klage, die beim OVG Münster anhängig ist. Kläger sind der Landwirt Hermann Lenting, dessen Hof unmittelbar an das Atommüllager angrenzt, und Hartmut Liebermann, Mitglied der BI seit ihrer Gründung im Jahre 1977. Diese Klage hat aufschiebende Wirkung, und das Gericht scheint momentan nicht allzu große Eile mit diesem Verfahren zu haben.
- Das wiederum dürfte vornehmlich daran liegen, daß auch die Betreiber zur Zeit keinen allzu großen Druck auf den Fortgang des Verfahrens ausüben. Der Grund: Angesichts der Lagerverträge, die mit dem Ausland abgeschlossen sind (Cap de la Hague/Frankreich und Sellafield/England), ist der Bedarf an zusätzlichen Zwischenlagerkapazitäten im Inland derzeit nicht gegeben.
- Schließlich gibt es - außer dem örtlichen Widerstand - noch einen weiteren politischen Faktor, der die Inbetriebnahme behindert: Die Landesregierung von NRW hat der Aufnahme eines BEZ in NRW nur unter der Bedingung zugestimmt, daß zum Zeitpunkt der ersten Einlagerung die Inbetriebnahme eines Endlagers als "gesichert erscheint", so daß gewährleistet ist, daß das BEZ Ahaus kein Endlager wird. Dieses "Entsorgungsjunktime" der Landesregierung ist am 28.9.1979 im gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern festgelegt und seitdem immer wieder, auch und gerade gegenüber der Ahauser Bevölkerung, bekräftigt worden.

Soweit, sogut - könnte man meinen!

Im Laufe des Jahres kristallisierte sich immer mehr eine neue Gefahr für die Gegner des Atommüllagers Ahaus heraus, die paradoxerweise gerade mit der ansonsten ja sehr erfreulichen Stillegung des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors (THTR) 300 in Hamm-Uentrop zusammenhängt: Schon 1984 war in einem zweiten Genehmigungsverfahren auch die Einlagerung von THTR-Kugelbrennelementen ins BEZ Ahaus beantragt worden. Mit der Inbetriebnahme des THTR im Jahre 1985 galt das BEZ Ahaus, das zu diesem Zeitpunkt noch lange nicht fertiggestellt und rechtskräftig genehmigt war, als "Entsorgungsnachweis" für den THTR ! Dies zeigt zwar einmal mehr die chaotische "Planung" von Betrieb und Entsorgung der AKWs, hatte aber für das BEZ Ahaus unmittelbar keine Folgen: Denn die beim Betrieb des THTR anfallenden geringen Mengen ausgedienter Brennelemente konnten auf Jahre hinaus in Hamm selbst gelagert werden.
Nun aber ist im Jahr 1990 entschieden worden, daß der THTR nach zahlreichen technischen Mängeln und längerer Zeit des Stillstandes nicht mehr wieder in Betrieb gehen, sondern endgültig stillgelegt werden sollte. Und dies soll angesichts des drohenden Konkurses der THTR-Betreibergesellschaft (HKG) möglichst schnell geschehen, denn jeder Tag des augenblicklichen Stillstandsbetriebs kostet auch eine Menge Geld und dieses muß im Zweifelsfall die Landesregierung aufbringen, wenn die HKG Konkurs anmeldet!
Die Landesregierung ist also an einer möglichst raschen endgültigen Stillegung des THTR interessiert - aus wirtschaftlichen Gründen wohlgemerkt, nicht etwa, weil sie so schnell unbedingt aus der Atomenergienutzung aussteigen wollte: Dies belegt zum Beispiel eindrucksvoll die Tatsache, daß ausgerechnet das AKW Würgassen, einer der ältesten Schrottreaktoren in der ganzen BRD, jüngst wieder eine neue Betriebsgenehmigung aus Düsseldorf erhielt, obwohl er in keinster Weise mehr dem heutigen Stand der Technik entspricht.
Wie auch immer: "Endgültige" Stillegung des THTR bedeutet zuerst einmal, daß der Reaktorkern entleert werden muß. und für die ca. 620 000 Thorium-Kugeln, die sich als Brennelemente in seinem Inneren befinden, ist in Hamm kein Platz: Also soll Ahaus als Atommülldeponie herhalten. Dies bringt die Landesregierung aber in die Bedrouille, denn ihr Entsorgungsjuktime ist - auch nach ihrer eigenen Auffassung - weiterhin in keinster Weise erfüllt: Ob und wann es ein Endlager geben wird, steht immer noch in den Sternen!
Nach längeren Diskussionen auch innerhalb der Landesregierung hat sich nunmehr der in Atomfragen federführende Wirtschaftsminister Einert durchgesetzt: Die Landesregierung hat beschlossen, das Entsorgungsjunktime für Ahaus hinsichtlich der THTR-Brennelemente (für die es nach eigenem Eingeständnis des Wirtschaftsministeriums auch gegolten hatte) nicht mehr aufrechterhalten zu wollen. Den empörten Ahauser Bürgerinnen und Bürgern hielt der Ministerpräsident in einem Brief persönlich entgegen:
"Wer die sofortige geordnete und endgültige Stillegung des THTR 300 will, muß ja sagen zur zeitlich befristeten Zwischenlagerung der Brennelemente. Für die Zwischenlagerung kommt nur das Brennelement-Zwischenlager in Ahaus in Frage."
Damit soll gewissermaßen den Bürgerinitiative

Foto: Dietmar Gust

BEZ Ahaus als Entsorgungsnachweis für die Inbetriebnahme des THTR akzeptiert hat, obwohl Fertigstellung und Inbetriebnahme des BEZ damals noch völlig ungesichert waren und obwohl 1985 auch schon abzusehen war, daß es auf Jahrzehnte hinaus kein Endlager geben würde. Es ist nicht einzusehen, daß die Ahauser Bevölkerung dies nun ausbaden soll.

- Wenn das BEZ ersteinmal in Betrieb gegangen sein sollte, und sei es auch "nur" für die THTR-Brennelemente, drohen alle Dämme in Ahaus der "Schwarze Peter" zugeschoben werden, nach dem Motto: !Ihr seid Schuld, wenn wir mit dem Ausstieg aus der Atomenergie nicht weiterkommen."

Für uns ist dies allerdings in keinster Weise akzeptabel, und zwar aus mehreren Gründen:

- Die Stillegung des THTR erfolgt keineswegs im Rahmen eines Gesamtkonzeptes "Ausstieg aus der Atomenergie", sondern lediglich aus ganz vordergründigen Motiven: weil der Betreiber pleite ist!
- Das Dilemma, in dem sich die Landesregierung befindet (Stillegung des THTR oder Einhaltung des Entsorgungsjunktimes für Ahaus), ist von ihr selbst mutwillig herbeigeführt worden. Indem sie nämlich 1985 das

zu brechen. Es steht dann zu befürchten, daß das Entsorgungsjunktime nach und nach auch für anderen Atommüll aufgehoben wird. Das "Zwischenlager" würde in kurzem Zeitraum vollgestellt, und was "Zwischen"lagerung bedeutet, geht aus dem bisherigen Genehmigungsbescheid für die Leichtwasserreaktor-Brennelemente hervor:
Dieser Müll soll 40(!!) Jahre in Ahaus lagern dürfen!

- Wortbruch einer Landesregierung kann und darf nicht hingenommen werden, wenn die demokratische Kultur eines Staates nicht völlig vor die Hunde gehen soll.

Die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" wird deshalb weiterhin mit allen Mitteln gegen die Inbetriebnahme des BEZ Ahaus kämpfen und hat dies auch der Landesregierung mitgeteilt. Die Ahauser brauchen dabei aber dringend die Unterstützung von überall her aus dem ganzen Land. Folgende Aktionen haben schon begonnen bzw. stattgefunden:

- Am 13.12.90 fand eine "Zugbegleitaktion" statt. Mitglieder der "Euregio-Konferenz" der Bürgerinitiativen und der Landeskonferenz NRW haben Züge entlang der vermutlichen Brennelement-Transportstrecke Hamm - Münster - Gronau - Ahaus begleitet, in den Zügen und an den Bahnhöfen die Bevölkerung über die auf sie zukommende Bedrohung durch Atomtransporte informiert.
- Seit Dezember läuft die Aktion "ROTE KARTE FÜR JOHANNES RAU":
  Die BI "Kein Atommüll in Ahaus" hat eine "Rote Karte" für den Ministerpräsidenten vorbereitet, die diesem wegen seines Wortbruchs gezeigt (= zugeschickt) werden soll. Ein Ministerpräsident, der sein Wort nicht hält, muß zurücktreten! Die BI bittet darum, daß diese Aktion von überall her in NRW unterstützt wird. Die Karten können angefordert werden bei der BI (Auf der Haar 2, 4422 Ahaus, Tel. 02561/7101) oder bei der Landesgeschäftsstelle der "Grünen" (Volksgartenstr. 35, 4400 Düsseldorf, Tel. 0211/7700818).
- Am 16.3.91 zogen 300 - 400 Menschen in einem Demonstrationszug zum BEZ Ahaus und machten dort eine Menschenkette. Bei der Abschlußkundgebung sprach auch ein Vertreter der BI aus Hamm-Uentrop. Er sprach sich auch gegen die Verschiebung des Atommülls von Hamm ins BEZ aus und forderte den Stopp des Atommülltourismus, sowie das Abschalten aller Atomanlagen.

- Mit der Einlagerungsgenehmigung für die THTR-Brennelemente durch das Bundesamt für Strahlenschutz ist demnächst zu rechnen. Möglicherweise wird sie sogar mit der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit versehen, wodurch eine Klage ihre aufschiebende Wirkung verlöre. Dennoch soll auch gegen diese Genehmigung der Rechtsweg beschritten werden. Nötigenfalls soll versucht werden, per einstweiliger Anordnung die aufschiebende Wirkung der Klage wiederherzustellen.
Für die Finanzierung der Gerichtsverfahren gegen das BEZ sind die Kläger weiterhin dringend auf Geldspenden angewiesen. Einzahlungen auf das Treuhandkonto "Klage gegen das BEZ" (Kontonummer 19 20 300, bei der Volksbank Ahaus, BLZ 401 632 24) sind jederzeit erwünscht!!
Kontaktadressen:
- Die Spielecke, Wüllener Str. 11, 4422 Ahaus, Tel. 02561/3411
- H. Liebermann, Auf der Haar 2, 4422 Ahaus, Tel. 02561/7101

H. Liebermann

Klage zurückgezogen

Stade läuft weiter !

Vor dem Atomsenat des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg einigten sich gestern das niedersächsiche Umweltministerium und zwei Stader Bürger, die vom Ministerium die Stillegung des Atomkraftwerks (AKW) Stade verlangt hatten, überraschend darauf, die Klage als erledigt zu betrachten. Damit sind die Gründe der beiden Kläger jedoch nicht aus der Welt. Denn das Umweltministerium erklärte zu beginn der Verhandlung, daß man die Bedenken der Kläger voll teile. Allerdings müßten noch die Ergebnisse einer umfangreichen Sicherheitsüberprüfung des AKW Stade abgewartet werden, um dann ausreichend Argumente für eine Stillegungsverfügung zu haben, die auch vor Gericht bestehen könnte.

Rechtsanwalt Reiner Geulen hatte zum Prozeßbeginn für das rot-grüne Umweltministerium erläutert, daß die Regierung an der Absicht festhalte, "das Atomkraftwerk Stade entsprechend der Regierungserklärung zum rechtlich nächstmöglichen Zeitpunkt stillzulegen" und alles daran setzen wolle, "hierfür die erforderlichen Grundlagen zu schaffen". Während der jetzt laufenden Überprüfung des AKWs, die nach Planungen des Umweltministeriums maximal zwei Jahre dauern wird und die so angelegt ist, daß erste Ergenisse bereits nach einem Jahr vorliegen werden, sollen die Kläger einsicht in die Gutachten und Unterlagen erhalten.

Angesichts dieser Erklärung stimmten die Kläger zu, das Verfahren als erledigt zu betrachten, weil sie offenbar davon ausgehen, daß ihre Argumente gegen Stade vom Ministerium ernsthaft geprüft würden und sie keine Zweifel an dem Willen der Regierung haben, Stade abzuschalten, sofern sich ausreichend rechtliche Gründe dafür finden. Durch die Möglichkeit, die Gutachten einzusehen, könnte außerdem jederzeit erneut gegen Stade geklagt werden.

Den Antrag des von der Betreiberin des AKWs, der Preußen Elektra beauftragte Rechtsanwalt Dr. Bernd Kunth, die Klage in der Hauptsache zu verhandeln, wurde vom OVG nach kurzer Beratung abgelehnt. Kunth hatte zuvor dem Umweltministerium vorgeworfen, ausschließlich politisch zu handeln und hatte gefordert, die "Gesetzmäßgikeit der Verwaltung" zu beachten. Mit diesem Prozeßausgang wird das AKW Stade vorerst weiter Atomstrom produzieren dürfen.

Die Klage hatte die Stillegung des AKWs verlangt, weil der Stahl des Reaktorbehälters in starkem Maße versprödet ist und daher die Gefahr des Berstens besteht.

Erste Untersuchungen im Auftrag des Umweltministeriums, die die Gruppe Ökologie erstellt hat, zeigen sogar, daß diese Gefahr noch größer ist, als bislang vermutet wurde. Plötzlich auftretende Temperaturveränderungen könnten den Stahl aufplatzen lassen, so daß die gesamte Radioaktivität an die Umwelt gelangen würde. Diese Vorstudien, so betonte Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie) vor kurzem, würden eine sofortige Stillegung rechtfertigen. Allerdings habe die Preußen Elektra jetzt umfangreiche Aktenberge herausgerückt, die vollständig ausgewertet werden müßten, bevor Stade möglicherweise "gerichtsfest" abgeschaltet werden kann. Bis dahin bleibt zu hoffen, daß der SuperGAU nicht eintritt.

Dirk Seifert

sTandorte

Die Umweltpyramide – ein Niedrigenergiehaus!

Im Rahmen der 2. Niedersächsischen Landesausstellung „Natur im Städtebau" 1991 errichtete der Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen, ein Niedrigenergiehaus in Pyramidenform, an dem umweltbewußte Maßnahmen aus dem Bereich des Bauens demonstriert werden. Umgeben ist die Pyramide von einem 7000 qm großen Außengelände. Ein 300 m langer Rundweg führt von der Pyramide an schützenswerten Landschaftsräumen, an Teich und Fließgewässer, Naturgarten und Elementen aus dem Bereich Alltagsökologie entlang zurück zur Pyramide. Das Naturschutzzentrum wird langfristig als Umweltbildungsstätte im Elbe-Weser-Dreieck fortgeführt werden.

Das Buch zur Umweltpyramide, ca. 250 Seiten, vielen Fotos und Darstellungen sowie umfassenden Ausführungen zur Konstruktion der Pyramide kostet 29,80 DM und ist im Naturschutzzentrum Umweltpyramide erhältlich.

Die Landesausstellung in Bremervörde, auf deren Gelände die Pyramide steht, wurde am 19.April eröffnet und dauert bis Ende September. Neben interessierten Einzelpersonen ist die Umweltpyramide besonders interessant für Schulklassen und ähnliche Gruppen, für die Führungen und Vorträge vereinbart werden können. Interessierte wenden sich bitte an:

Naturschutzzentrum
Umweltpyramide
2740 Bremervörde
Tel.04761/71330 Fax: 71352

Happy birthday to Gronau...

10 Jahre Arbeitskreis Umwelt Gronau

Am 11.Mai ist es soweit! Der Arbeitskreis Gronau feiert seinen 10.Geburtstag. Durch dick und dünn, über Höhen und Tiefen ist er gegangen und lebt immer noch. Und er wird weiter leben, weil es immer noch Umweltschweinereien gibt. Der Werdegang des Arbeitskreises Umwelt Gronau war schwer. Eine kleine Chronik soll aufzeigen, was alles in 10 Jahren passiert ist.

Vorgeschichte:

1976 wurde bekannt, daß Gronau Standort der ersten bundesweiten Urananreicherungsanlage UAA wird. Gründung der „Bürgerinitiative gegen die UAA nach Gronau".

1979 bildeten einige BI'lerInnen den Kreisverband „Die Grünen" Borken.

1981 durch die Umstrukturierung der BI, gründete sich der Arbeitskreis Umwelt Gronau. Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung TEG für die UAA Gronau (Sylvesterscherz 81/82).

1984 Wiederbelebung der deutsch-niederländischen Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland (kurz EuKo) durch den AKU Gronau. Die EuKo gab es bereits Anfang der achtziger Jahre.

1984/85 Die Gronauer Forderung, eine Unterschriftenliste für die sofortige Stillegung der UAA brachte 2000 Unterschriften.

1985 wurde das erste EuKo-Info herausgegeben, die Redaktion liegt bis heute beim AKU Gronau

- im Februar war der „Tag der offenen Tür" bei der Atomanlage Uranit (UAA Gronau), ca. 70 Teilnehmer kamen. Wegen einer Bombendrohung mußte die offene Tür der UAA vorzeitig geschlossen werden.
- 200 Menschen demonstrierten im Juni gegen die bevorstehende Inbetriebnahme der UAA.
- es wurde eine Klage gegen die 3.TEG eingereicht, dieses wurde aber nach einem halben Jahr wieder zurückgezogen, weil keine Erfolgsaussichten bestanden.

1986 Bundesforschungsminister Riesenhuber weihte offiziell die UAA Gronau im Sommer ein. 300 Menschen demonstrierten gegen diese Atomanlage und gegen Riesenhubi. Es kam zum Tränengaseinsatz und einer Festnahme.

- Im September wurde der erste Sonntagsspaziergang an der UAA mit 100 BesucherInnen durchgeführt, wo auf die Gefahren und die Unzweckmäßigkeit hingewiesen wurde.
- Im Juni wurde eine Demonstration unter dem Titel „Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage, Uranabbau und dem atomaren größen WAAhn" durchgeführt. Es kamen 400 Menschen.
- Eine Klage gegen den Ausbau der Almeloer Atomanlage UAA wurde vom AKU Gronau in den Niederlanden eingereicht.

1988 Verhinderung eines Industriegebietes auf einer Feuchtwiese unter dem Motto: „Rettet die Löffelente". Gleichnamige Zeitung des AKU, die darauf gegründet wurde.

- im Rahmen des bundesweiten Aufrufes zum Abschalttag am 29.Februar gab es eine „Mahnwache gegen Atomanlagen" an der deutsch-niederländischen Grenze Glanerbrug/Gronau mit 60 TeilnehmerInnen.
- Der AKU Gronau unterstützte die Urankampagne im April, die mit zwei Indianerfrauen aus Kanada in Rheine die „Anti Atom Talk Show" moderierte.
- Ein Sommercamp gegen die UAA endete mit frei Festnahmen, die als die „Würstchenschlacht von Gronau" in die Anti-UAA Geschichte eingegangen ist.

1989 Etwa 200 OstermarschiererInnen beteiligen sich am 2.Gronauer Ostermarsch, der vom AKU organisiert wurde. Er wurde mit einer Kundgebung vor der UAA beendet.

- Es kam auch die Ausbaugenehmigung der Atomanlage UAA Gronau von 400 auf 1000 Tonnen UTA/a. Hierzu wurde eine „Tag X" Demonstration vorbereitet, wo leider nur 120 Menschen kamen.

1990 Am Tschernobyl-Jahrestag wurde eine Aktion an der dt.-niederl. Grenze mit 150 Menschen durchgeführt.

- Zusammentreffen mit UAA-GegnerInnen aus Homer/USA, wo eine neue UAA gebaut werden soll.
- Der 50. Sonntagsspaziergang mit ca. 50 TeilnehmerInnen startete eine Luftballonaktion vor der UAA Gronau. Sie zeigte wohin der Wind weht, Luftballons wurden im Sauerland und am Rande von Hessen gefunden.

1991 Unterschriftenaktion gegen die Betriebsgenehmigung für 1000t UTA/a und die sofortige Stillegung dieser und aller Atomaanlagen.

- „Sofortiger Waffenstillstand am Golf", unter diesem Motto wurde eine Demonstration zur Hollandse Signaalapperate mit 50 Menschen vom AKU durchgeführt.
- Im Mai wird der Arbeitskreis Umwelt Gronau 10 Jahre alt. Auf der 10 Jahresparty kamen mehrere ????? Menschen.

Zwischen den vielen großen Aktionen wurden auch Veranstaltungen wie zu den Themen: Verkehrspolitik, Karen Sylkwood, Harrisburg, Trinkwasser, Volkszählungsboykott, Waldsterben, Info-Stände und die AKU-Zeitung „Die Löffelente". Teilnahme an bundesweiten und regionalen Demos und Konferenzen. Sowie gegen die Einweihung der A 31 und gegen die Sandabgrabungen.

So!!! Und nun an dieser Stelle die besten Grüße und Wünsche von der altersschwachen atom-Redaktion (ach wie schön wär's doch, wenn wir den 10. noch vor uns hätten). Die lange Aktionsliste unser bundesweiten Muster-BI mag stellvertretend für die vielen engagierten Aktionen und sonstigen Bemühungen im ganzen Lande stehen, von denen die größere Öffentlichkeit ja oft nichts erfährt und die Anti-AKW-Bewegung oft auch nicht. Mögen der AKU Gronau und möglichst viele andere Gruppen noch lange langen Atem haben und nicht zuletzt auch Spaß an ihrem Tun.

Die Überraschung beim Erörterungstermin:

AVR-Brennelemente: Das Lager steht schon

Wird aus dem Zwischenlager ein Endlager?

Jülicher Volkszeitung - 20.02.91

Jülich. — Die Überraschung war zur Mittagszeit perfekt. Nach rund dreistündigem Frage- und Antwortspiel im Rahmen des offiziellen Eröterungstermins in der Jülicher Stadthalle bestätigten die Vertreter des Forschungszentrums Jülich (KFA), daß das Gebäude, das als Zwischenlager für ausgediente Brennelemente aus dem Hochtemperaturreaktor dienen soll, bereits seit 1985 auf dem Gelände der KFA steht. Zu diesem Zeitpunkt wurden den Kernkraftgegnern erst deutlich, daß es sich bei dem Genehmigungsverfahren, das vom neugeschaffenen Bundesamt für Strahlenschutz durchgeführt wird, nur noch um die Erteilung der Betriebserlaubnis für das Lager handeln kann. Die Genehmigung für die Errichtung des Gebäudes wurde bereits Anfang der achtziger Jahre nach den Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen erteilt. Derzeit diene es als Lager für leere Transportbehälter.

Die KFA benötigt das neue Zwischenlager nach eigenen Angaben, um auch die Brennelemente, die sich noch in dem Atom-Versuchs-Reaktor (AVR) befinden, deponieren zu können. Seit über 25 Monaten ist der AVR zwar abgeschaltet, endgültig stillgelegt werden kann der rund 20 Jahre alte Versuchsreaktor aber erst, wenn auch die im Ruhezustand im Reaktor befindlichen Brennelemente ausgelagert worden sind. Dazu reiche die derzeitige Lagerkapazität jedoch nicht aus. Neben 110 000 Kugeln im Reaktor befinden sich in zwei Naß- und in einem Trockenlager weitere 180 000 Kugeln aus der rund 20jährigen Arbeitszeit. Diese sollen in spezielle Lagerbehälter gefüllt und in dem neuen Zwischenlager gemeinsam deponiert werden. Wenn alle AVR-Brennelemente in dem neuen Zwischenlager sind, will die KFA die Genehmigungen für die AVR-Zwischenlagerung in den drei anderen Hallen zurückgeben. Allerdings besteht darüberhinaus die Genehmigung, dort dann andere (mittel-radioaktiv-belastete) Abfälle zu lagern, was auch erfolgen soll.

Während die Kernkraftgegner auf dem Eröterungstermin argumentierten, daß somit zusätzliche Kapazitäten geschaffen und die Gefährdung erhöht werde, sahen die KFA-Vertreter durch die Zusammenlegung der AVR-Brennelemente in einer Halle, die dem aktuellen Stand der Wissenschaft entspreche, eine Verbesserung der Sicherheit. Die Aktivität in den anderen drei alten Hallen würde durch die nur mittel-radioaktiven Abfälle um den Faktor 1 : 100 reduziert.

Die Kernkraftgegner befürchten weiterhin, daß das Zwischenlager zu einem Endlager, sich die bereits hohe Strahlenbelastung um Jülich erhöhen und die Sicherheit nicht gewährleistet werde. -jül-

Treffen in der CSFR

Ein „Interkulturelles Treffen in der CSFR fand am 27.4.91 in Tyn an der Moldau statt, gemeinsam organisiert von den Oberpfälzer Bürgerinitiativen, Anti-AKW-Gruppen aus Österreich sowie tschechischen Widerstandsgruppen vor Ort. Geplant war u.a.:

- Vormittags Kultur, Ausstellung alternative Energien sowie Fotoausstellung mit Fotos aus der CSFR
- Nachmittags ab 14.00 Trauer und Protestmarsch Tym – Temelin AKW mit Pressekonferenz an der Baustelle des Atomkraftwerks
- abschließend ein internationales Koordinierungstreffen.

Wer näheres wissen möchte wende sich bitte an:

Anti-WAA-Büro
Postfach 1145
8460 Schwandorf
Tel.09431/1029

Standortberichte *** Standortberichte *** Standortberichte ***
Liebe FreundeInnen von den Standorten und Vergleichbare! Ich betreue seit längerem die Standorte-Seiten für die atom und habe auch vor, das in Zukunft zu tun. Bitte schickt diesbezügliche Berichte, Post, Rundschreiben etc. doch gleich am mich persönlich und zwar an:

atom-Standorte Redaktion
c/o Bernd Weidmann
Thoradestraße 1
2902 RASTEDE
Tel.04402-83326 Fax 83327

Sonderkonto Nr. 338100-805
Postgiro München BLZ 70010080
Bertram Verhaag und Claus Strigel

sTandorte

Spaltprozees Teil II – Spendenaufruf!

1985 entschieden wir uns, den Widerstand gegen die WAA Wackersdorf mit unseren technischen Möglichkeiten und unserem beruflichen Know-how zu unterstützen und zu dokumentieren. Es entstanden drei anerkannte und vielgesehene Filme, „Spaltprozesse – Wackersdorf 001", „Restrisiko – oder die Arroganz der Macht" sowie „Irmgard Gietl – kämpft um ihre Heimat".

Wir denken, diese Filme trugen nicht unwesentlich dazu bei, den starken und letztlich erfolgreichen Widerstand gegen die WAA-Wackersdorf ins öffentliche Bewußtsein innerhalb und außerhalb der BRD zu tragen. Die Filme sind Teil eines ursprünglich auf 10 Jahre angelegten Umwelt-Film-Zyklus, der die Veränderungen der Landschaft, der Menschen, der sozialen, strukturellen und ökologischen Zusammenhänge durch den Bau der WAA dokumentieren sollte.

„Spaltprozesse Teil II". Als 1989 das Ende der WAA nahte (gottseindank!!!), wurde unser seit zwei Jahren gedrehtes Material weitgehend wertlos (leider!). Die Finanzierung dieses Film war durch Spenden und Förderungen sichergestellt. Da mit dem Aus der WAA auch das öffentliche Interesse an Wackersdorf rapide abnahm, entwickelten wir 1989 ein neues Filmkonzept mit 3 weiteren Schwerpunkten: „Das Ende von Wakkersdorf", von den nach wie vor andauernden Prozessen bis zum RÜckbau des symbolträchtigen Zauns, „Die französiche WAA in La Hague" und die „WAA in Sellafield" als die Orte, wo die Brennstäbe jetzt (sinnlos) aufgearbeitet werden, die vorher (ebenso sinnlos) in Wackersdorf hätten aufgearbeitet werden sollen.

Neben der Darstellung des nutzlosen Wiederaufarbeitungsprozesses mit ihren verheerenden Folgen (außer für die Kassen von Cogema und BNFL) für die Umwelt und die nah- und weitentfernt wohnenden Menschen, liegt das Gewicht vor allem auf den in allen drei Ländern gleichlautenden politischen Lügen und „demokratischen" Praktiken, die Bevölkerung um die Wahrheit und einen intakten Lebensraum zu betrügen. Eine intensive Archivrecherche im In- und Ausland brachte viel wertvolles Material zur Darstellung der Atomgeschichte zutage. Die Rechte müssen jedoch noch erworben werden. Trotz verlorener 2 Jahre Arbeit und Material konnten wir die Kosten für drei Drehphasen in Frankreich und England selbst aufbringen. Zum Rechteankauf des wichtigen Archiv- und ausländischen Fremdfilmmaterials benötigen wir noch Mittel in Höhe von insgesamt 70.000.-DM. So wir die Summe zusammenbringen, soll der Film im Sommer 91 fertig werden.

Wenn Sie die Arbeit an diesem wichtigen Film unterstützen wollen, bitten wir Sie um eine Spende auf das

sTandorte

Offener Brief

An den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Dr.G.Schröder und Umweltministerin Griefahn

Umstände zum Prozeß gegen das Kompaktlager im Atomkraftwerk Esensham an der Unterweser

Sehr geehrter Herr Dr.Schröder, am 5.3.91 wurde vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Klage gegen das Kompaktlager im Atomkraftwerk Esensham verhandelt.
Die Geschichte begann im Oktober 1981, als die Landesregierung die Genehmigung zur Einlagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Atomkraftwerk von bis dahin über 300 auf mehr als 600 erhöhte – das Doppelte also. Damit wurde aus dem Abklingbecken per Verwaltungsakt ein Kompaktlager. Wir konnten es nicht fassen. Nach den unverantwortlichen Handlungen von Planern, Verwaltern und Politikern, die uns das Atomkraftwerk vor unserer grünen Haustür bescherten, ließ sich die Gefahr noch steigern: Auf gleichem Raum das doppelte Gefahrenpotiential – und das direkt unter 80cm Beton und darunter der Reaktorkern.
Wir klagten – wieder einmal in der Hoffnung auf die Unabhängigkeit der Gerichte – zumal ein Urteil zum Kompaktlager Biblis einige Monate zuvor uns Mut machte. Daraufhin änderte die Landesregierung im März 1982 die Genehmigung in der Form, daß die einzulagernde Zahl der Brennelemente von Jahr zu Jahr neu zu beantragen war. So unterlagen wir im Mai 1984 vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg.
Die nächste Instanz in Lüneburg entschied im Namen des Volkes am 6.3.91:
- Die Klage wird abgewiesen
- die Revision wird nicht zugelassen.

Die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor. Damit wurde nach fast 10 Jahren in diesem Prozeß der Schlußstrich gezogen mit einem Spruch, der unter einer CDU-Regierung zu erwarten gewesen wäre – Gewaltenteilung hin oder her.
Jedoch unter DIESER Landesregierung hätte ein Zeichen gesetzt werden müssen! Populärer sind zwar Stade, Gorleben oder Schacht Konrad; wir aber fühlen uns außerdem ganz konkret bedroht durch Esensham. Ich bitte Sie auf diesem Wege um Aufklärung, warum die Landesregierung nicht im Vorfeld des Prozesses aktiver geworden ist. Erst eine Woche vor Prozeßbeginn erhielten wir die Möglichkeit zu einem Gespräch im Umweltministerium. Anwesende: Herr Staatssekretär Bull, der Leiter des Ministerialbüros, Herr Grabowski, des Sachgebietsleiters Atom, Herr Becherer, je ein Vertreter des Landtages für SPD/Grüne, der physikalische Beistand der Klägerin, Herr Dr. Kirchner, der Vertreter des Arbeitskreises Wesermarsch, Herr Meyer, die Unterzeichnende.
Wir wollten erreichen, daß noch einmal einige technisch-kritische Punkte, die u.E. von der Landesregierung nicht entkräftet werden konnten und die auch Anlaß für erneute mündliche Gerichtsverhandlung waren, zur Diskussion gestellt würden. Es stellte sich heraus, daß eine Aussetzung des Verwaltungsgerichtsverfahrens nicht erreicht worden konnte. Wir einigten uns darauf, daß während des Prozesses die beklagte Landesregierung eine erneute Sicherheitsüberprüfung anbieten und somit eine Prozeßunterbrechung möglich sein würde. Denn zum Kompaktlager gibt es ein einziges Gutachten – erstellt vom TÜV (!) – für die frühere Landesregierung. Gefordert ist eine Sicherheits- (oder Unsicherheitsprüfung) eines unabhängigen Instituts. Das sahen die o.g. Herren gleichfalls so. Es wurde uns also Hoffnung gegeben, trotz der knappen Zeit.
Dann kam der Prozeßtag. Nur – zu meinem Entsetzen hielt sich die Landesregierung (vertreten durch Herrn Rubbel und Herrn RA Nell) an keine der Absprachen. Nicht nur, daß sie sämtliche von unseren Prozeßvertretern angebotenen „Vorlagen", das vereinbarte Angebot einer Sicherheitsüberprüfung zur Sprache zu bringen, ignorierten; die Vertreter des Landes qualifizierten die bei dem Gespräch im Umweltministerium vereinbarten Schwerpunkte einer solchen Überprüfung (Stand von Wissenschaft und Technik, Risiko durch Flugzeugabstürze) dem Gericht gegenüber von sich aus als unerheblich und völlig irrelevant. Schlimmer noch: als wir diese Punkte daraufhin als Beweisantrag formulierten, meldete sich Herr Nell und beantragte für die Landesregierung, diesen Antrag abzulehnen. Daß er dann in der Hauptsache weisungsgemäß keinen Antrag gestellt hat, war fast schon egal, da das Verhalten beider Vertreter Ihrer Regierung bis dahin schon genügend deutlich gemacht hatte, daß sie eine Ablehnung meiner Klage befürworteten. Was mich allerdings entsetzt hat: wie sicher muß sich der von Ihnen beauftragte Rechtsanwalt fühlen, um entgegen aller Absprachen offensiv die CDU-Politik vor Gericht zu vertreten, wie sicher auch selbst subalterne Beamte des Umweltministeriums, um vor Gericht die mit der politischen Leitung des Ministeriums getroffenen Absprachen zu konterkarieren?
Geradezu zynisch kommt es mir vor, wenn ich nun in den Zeitungen die Meldungen lese, nach denen Frau Griefahn ankündigt, alle politischen und juristischen Möglichkeiten gegen Kernkraftswerksneubauplanungen in den neuen Bundesländern ausschöpfen zu wollen. Warum, frage ich Sie, ist dies denn nicht möglich in einem Prozeß gegen ein bestehendes, veraltetes Kernkraftwerk in Frau Griefahn's Zuständigkeitsbereich in Niedersachsen?
Ich erwarte eine Erklärung für das Verhalten Ihrer Regierung.
mit freundlichem Gruß
Helma Harders
P.S: Angesichts der Bedeutung, die diese Ereignisse für die Glaubwürdigkeit in die Atomenergiepolitik Ihrer Landesregierung besitzen, findet es sicher auch Ihre Zustimmung, daß ich dieses Schreiben als „offenen Brief" behandele.

Aktion Atommüllfreie Asse

Presserklärung: Genehmigung für Versuche mit Hochaktiven Kokillen beantragt!

Wie die Vertreterin der Aktion Atommüllfreie Asse, Helga Koslowsky, am 12.3.1991 in einem Gespräch mit Vertretern des niedersächischen Umweltministriums erfuhr, hat die GSF am 8.3.91 einen Antrag nach §9 Atomgesetz zur Genehmigung der Versuche mit 30 hochaktiven Kokillen aus dem US-amerikanischen Labor Hanford gestellt.
Diese sogenannten HAW-Versuche waren seit 1989 in das Kreuzfeuer der Kritik der örtlichen Bürgerinitiativen und auch von mehreren tausend anderen Menschen geraten, u.a. deshalb, weil hier mit Material aus einer Atombombenfabrik experimentiert wird. Erst kürzlich gingen Berichte durch die Medien, daß in der Atomanlage Hanford/USA Versuche mit einer Plutoniumwolke stattfanden, die ein ganzes Dorf an Krebs erkranken ließ.
Nun hat die GSF ihren Antrag auf Genehmigung von Versuchseinlagerungen mit 30 hochradioaktiven Glaskokillen umgestellt, weil eine ursprünglich beabsichtigte Genehmigung durch das Bergamt nicht mehr durchgehen würde: die strahlenden Kokillen enthalten große Mengen an Kernbrennstoffen wie z.B. Plutonium.
Für den Fall einer vorzeitigen Rückholung der Kokillen z.B. wegen Wassereinbruchs oder Verformung der Bohrlöcher hat die GSF Antrag auf Zwischenlagerung und auch auf vorläufige Endlagerung im Castor-Behälterlager in Gorleben gestellt.
Das niedersächische Umweltministerium will die Genehmigung von dem Ergebnis einer Gefahrenabschätzung abhängig machen. Nach Auskunft des Abteilungsleiters für Endlager, Herrn Fricke, will das Umweltministerium der GSF eine Öffentlichkeitsbeteiligung für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens vorschlagen.
Die Aktion Atommüllfreie Asse lehnt die Versuche mit hochradioaktiven Abfällen in der Asse aus grundsätzlichen Gründen prinzipiell ab:
Experten wie z.B. Prof.Grimmel (Uni Hamburg) halten die Endlgerung von hochaktiven und stark wärmeentwickelnden Abfällen in Salz für unverantwortlich und speziell die Anlage des geplanten HAW-Versuches in der Asse für so konzipiert, daß die gravierenden Schwächen von Salz als Endlagermedium nicht auffallen können. Eine Übertragbarkeit der Versuchserbegnisse auf ein Endlager im Gorlebener Salzstock ist fragwürdig.
Auch lehnt die AAA jegliche Durchführung von Versuchen in der Asse ab, solange für dieses faktische Endlager noch keine Standsicherheitsnachweise, Sicherheitsanalysen und Langsicherheitsbetrachtungen z.B. im Rahmen einer Gafahrenabschätzung durchgeführt worden sind.
Kontakt: Aktion Atommüllfreie Asse
Helga Koslowsky
Am Hahneberge 17
3305 Erkerode
Tel.05305/1868 Fax: 1590

Brokdorf

Widerstand mit langem Atem

Dreieinhalb Jahre haben Atomkraftgegnerinnen regelmäßig am 6. jeden Monats die Zufahrt des AKW Brokdorf blockiert und sich den Fahrzeugen der zur Schicht anrükkenden Arbeiter in den Weg gesetzt. Ein Beteiligter dieses langanhaltenden Widerstandes berichtet und zieht Bilanz

Katastrophen scheinen Scheintote in Bewegung zu setzen. Aufrufe und Strategiedebatten (z.B. für eine "Bundesrepublik ohne Armee") hatten dem auslaufenden Schwung der Friedensbewegung nicht zu neuem Elan verholfen. Vergeblich haben wir gewarnt und gemahnt: Im Golfkrieg sind die von den Kriegsindustrien angehäuften Arsenale des Schreckens und der Vernichtung entzündet worden. Der Protest gegen den Golfkrieg war eine von Katastrophen aufgeschreckte Bewegung.

Tschernobyl

Mich erinnerte das an den 26. 4. 86: die unsichtbare, todbringende Wolke aus dem brennenden Reaktor Tschernobyl wanderte über Europa. Wir, die wir in Whyl, Brokdorf, Gorleben, Grohnde ... gegen das "Restrisiko" gefochten hatten, behielten auf schlimme Weise Recht mit unseren Kassandra-Rufen. Die Katastrophe veränderte den Alltag von Millionen, und Zehntausende gingen auf die Straße. Nun endlich wollten wir auch Recht bekommen, der Ausstieg mußte durchgesetzt, die Atomanlagen endlich stillgelegt werden.

Die Redaktion der Zeitung "Graswurzelrevolution" in Hamburg rief auf zur Blokkade nach Brokdorf: *"Verbinden wir Massenprotest und Widerstand. Entziehen wir den Atomgewaltigen ihre Macht durch die Verweigerung unseres Gehorsams."* Unter der Parole *"Blockieren - Demonstrieren - Demontieren"* wollten wir mit einer zweitägigen und (nächtlichen) Blockade einen Widerstandsauftakt vor der Großdemonstration am 7. Juni 86 in Brokdorf setzen.

Bedrückender Auftakt

Das Ergebnis war kläglich: Gerade mal 30 bis 50 hartnäckige BlockiererInnen beteiligten sich. 80.000 Menschen dagegen kamen zur Großdemonstration in die Wilstermarsch. Der Hamburger Demo-Konvoi lieferte sich bereits bei Kleve eine Schlacht mit der Polizei. Die DemonstrantInnen am Bauplatz wurden mit Wasserwerfern und Tränengas davongejagt. Höhepunkt der Repression: der "Hamburger Kessel" am nächsten Tag, die polizeistaatliche, illegale Freiheitsberaubung von fast tausend DemonstrantInnen. Es schien sich alles zu wiederholen, wie zuletzt 1981, als die Anti-AKW-Bewegung im Massenprotest und "Schlachten am Bauzaun" in Brokdorf Höhepunkt und Niederlage zugleich erlebte. Auch damals hatten Gewaltfreie bundesweit zur Blockade in Brokdorf aufgerufen, waren aber mit insgesamt vier Aktionen nicht über den Sommer gekommen.

"Blockade bis zur Stillegung aller AKWs"

1986 aber ergriffen Menschen aus der Solidarischen Kirche (einem Bündnis kritischer, linker Christinnen in Hamburg), die sich bereits an den Blockade von '81 beteiligt hatten, die Initiative für einen dauerhaften Blockade-Widerstand. Dieser Vorschlag fiel bei den neu gebildeten Bezugsgruppen der Juni-Blockade, die inzwischen das Gewaltfreie Aktionsbündnis Hamburg gegründet hatten, auf fruchtbaren Boden.

Ausgehend vom 6. August, dem Hiroshima-Tag, sollte von nun an jeden Monat, an jedem 6. in Brokdorf blockiert werden - solange bis unsere Forderungen nach Stillegung aller AKWs durchgesetzt war. Auf einem Transparent hieß es damals: *"Jedes AKW ist ein Flugzeug auf dem Weg nach Hiroshima, die Bombe kann jederzeit losgehen"*. Ausgangspunkt unseres Widerstandes war die Katastrophe in Tschernobyl und die uns drohenden zukünftigen Tschernobyls. Brokdorf - vor diesem gewaltigen Betonungetüm mitten in der grünen Wilstermarsch, diesem Ort mit langjähriger Protestgeschichte - war die richtige Stelle für uns und unseren Anti-Tschernobyl-Widerstand.

Auch die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf im Oktober 1986 - das offensichtliche Scheitern der Hoffnung, daß der Schock von Tschernobyl eine Wende in der Atomkraftfrage bewirken könnte - konnte diesen Blockadewillen nicht bremsen. Eine hartnäckige, weniger von politischen Erfolgsaussichten als von ethischer Verantwortung getragene Haltung des "Jetzt-erst-recht" bewegte diesen Widerstand.

Verbundenheit im Widerstand

In kurzer Zeit bildete sich ein buntes Bündnis von Gruppen und Einzelpersonen, von Basischristinnen und Gewaltfreien, Friedens- und AKW-Gruppen, auch Sozialdemokratinnen und Autonomen, jungen und alten Menschen, in Hamburg und Schleswig-Holstein, die auf monatlichen, chaotisch anstrengenden Plenen mit anfangs 50 Leuten die jeweils nächste Blockade vorbereiteten.

In der Kontinuität unserer Aktionen entwickelte sich Freundschaft, Zuneigung und Respekt füreinander. In diesem durch Widerstandspraxis gewachsenen Zusammenhalt konnten Meinungsverschiedenheiten solidarisch ausgetragen und ausgehalten werden.

Eine wichtige Auseinandersetzung berührte immer wieder das Grundverständnis unserer Aktion. Was ist wichtiger? Die "effektive Blockade", auch mit flexiblen, überraschenden, nicht öffentlich angekündigten Aktionen - oder der "zivile Ungehorsam", die öffentliche und offene Bereitschaft, die Gesetze zu übertreten und die rechtlichen Konsequenzen zu tragen? Immer wieder mußten Kompromisse zwischen diesen verschiedenen Grundhaltungen gefunden werden.

Langanhaltender Widerstand

Die Brokdorfblockaden entwickelten sich zum langanhaltenden Widerstand. 3 1/2 Jahre haben wohl insgesamt tausend Beteiligte mit über 50 Aktionen Widerstand gegen ein zweites Tschernobyl geleistet. Die Blockaden mit 30 bis 300 TeilnehmerInnen wurden immer wieder mit inhaltlichen Beiträgen, witzigen, provokativen, phantasievollen Aktionen gefüllt (Frühstücks-, Nikolaus-, Konzertblockade, Gottesdienst, Zaunaktionen...). Gezielte Blockaden fanden gegen die jährlichen Revisionsarbeiten am AKW, bei denen hunderte von Leiharbeitern im Einsatz sind, statt.

Obwohl viele Aktive der ersten Blokkaden nach einiger Zeit wegblieben, kamen doch auch immer soviel Neue hinzu, daß die Basis des Widerstandes sich zwar verringerte, aber doch erhalten blieb. Mit dem Konzept der "Brokdorf-Blockade am 6." hatten wir ein "Markenzeichen" geschaffen, das immer neu Menschen ansprach.

Aus und um den Brokdorf-Blockade-Widerstand entwickelten sich weitere Aktionen: Gespräche mit den AKW-Betreibern, Preussen-Elektra, Strommastbesetzungen, öffentliches und heimliches Demontieren von Strommastschrauben, Blockaden an anderen norddeutschen AKWs, Besetzung des AKW-Infozentrums Brunsbüttel und Atommülltransportblockaden.

Handfeste Auseinandersetzung

Der Staat reagierte auf unseren Widerstand anfangs mit häufig hilflosen, ungeschickt agierenden Polizisten. In "Katz-und-Maus-Spielen" rangen Polizisten und sich immer wieder erneut auf die Straße setzende BlockiererInnen bis zur beiderseitigen körperlichen Erschöpfung miteinander.

Einsatzleiter Schneider gab dann 1987 den berühmten Befehl zum "Quälen": Durch schmerzhafte Griffe sollten BlockiererInnen so lange traktiert werden, bis sie "freiwillig" aufständen. Wir antworteten mit der Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit der Festgenommenen: keine Angaben zu den Personalien, kein Schritt, keine Handreichung freiwillig. Das "Quäl-Konzept" der Polizeileitung war auf Dauer nicht durchzuhalten.

Eine Prozeßlawine

Geölt wurde stattdessen die Justizmaschinerie. Staatsanwaltschaft, Kreisordnungsbehörde und Polizei arbeiteten Hand in Hand, um in Itzehoe vor dem Amtsgericht eine endlose Lawine von Prozessen wegen Nötigung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz in Gang zu setzen. Die Prozesse waren der letzte Ort, wo wir in Vehemenz unsere Angst und unsere Wut und unsere Hoffnung ausdrückten. Richter Penzlin, sichtlich angegriffen von unseren emotionalen und argumentativen Reden, verurteilte aber genauso hartnäckig, wie wir in Brokdorf blockierten: *"Die Angeklagten haben keinen Anspruch darauf, daß ihnen durch die Autofahrer und letztlich durch die breite Öffentlichkeit zugehört wird oder daß die maßgebenden Personen oder Instanzen ihre Vorstellungen übernehmen. Die politische Entscheidung für die Errichtung der Kernkraftwerke ist auf demokratische Weise zustande gekommen... Wenn im Ergebnis damit eine Entscheidung dahin getroffen worden ist, daß das Risiko, das mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbunden ist, getragen werden soll, so haben die Angeklagten das zu respektieren."* - so aus der immer gleichlautenden Verurteilungsbegründung. Die Daumenschraube der Strafzumessung wurde von Verurteilung zu Verurteilung härter angezogen - bis hin zu einer ersten dreimonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung für eine "Mehrfachtäterin" in einem Prozeß um eine einzige, wenige Minuten dauernde Blockade.

Dieser wachsende Berg an Verurteilungen und Strafen war mit ein Grund dafür, daß der Blockade-Widerstand in Brokdorf letztendlich eingestellt wurde. Trotzdem muß auch hervorgehoben werden, daß gemessen an dem Umfang unseres zivilen Ungehorsams, die Repression für den/die Einzelne/n überschaubar und kalkulierbar blieb. Von niemandem wurde für diesen 3 1/2 Jahre dauernden Widerstand ein märtyrerhafter, existenzbedrohender Einsatz verlangt.

Klimakatastrophe contra Tschernobyl

"Tschernobyl" hatte uns nach Brokdorf geführt. Inzwischen aber drängten neue Themen in die politische Auseinandersetzung: Der Skandal um die Schmiergeld und Scheingeschäfte der Transnuklear mit Atommüllschiebereien, Blockaden von Atommülltransporten in der ganzen Bundesrepublik, Ausstieg der Stromkonzerne 1989 aus Wackersdorf.

Ab '89 begannen auch die Stromkonzerne mit einer neuen Öffentlichkeitsstrategie massiv wieder für die Atomenergie zu werben. Die andere Seite der raubbautreibenden, katastrophenverursachenden Energiepolitik - die Aufheizung des Weltklimas durch Kohlenmonoxid - mußte dafür herhalten, um die Gefahren der Atomenergie zu relativieren. Geschickt nutzten die Strombosse, die von ihren Kohlekraftwerken mit verursachte Zerstörung des Klimagleichgewichts als Argument, um die Atomenergie in ein Mischkonzept mit Energiesparen und Alternativenergie neu zu verpacken. Atomstrom sollte wieder gesellschaftsfähig werden. Weil heute niemand mehr an der Ökologiebewegung vorbeigehen kann, verkaufen sich die Stromgiganten heute als "Umweltriesen". Dagegen ließ sich nicht allein mehr mit den Gefahren der Atomenergie argumentieren. Anti-AKW-Politik muß heute in den Gesamtzusammenhang von Energie(verschwendungs)politik gestellt werden. Dafür aber war Brokdorf nicht mehr der geeignete Ort.

Zweifel, Krise und das Ende der Blockaden

Auch wenn wir in Brokdorf bei den Blockaden neue Themen aufgriffen (Uranabbau, Windenergie...), überwog doch zunehmend das Gefühl, politisch abseits zu stehen und niemanden mehr zu erreichen. Zunehmend schwieriger war es, die Medien für unsere Aktionen und Inhalte zu interessieren. Mit den Menschen vor Ort war uns über die 3 1/2 Jahre kaum eine Auseinandersetzung gelungen. Die Bevölkerung in der Umgebung blieb von Einzelpersonen abgesehen distanziert; die AKW-Belegschaft in Brokdorf scheinbar unerreichbar für die Argumente auf unseren Flugblättern. "Blockieren und Festnahme" drohten zur Routine zu werden. Zugleich sank angesichts der wachsenden Strafen die Bereitschaft der Blockadebeteiligten, sich festnehmen zu lassen. Halbwegs wirksame Blockaden wurden immer seltener. Mit nicht angekündigten Überraschungsblockaden (nicht am 6.) erweiterten wir unser Konzept, um flexibler der Polizei und Justizrepression ausweichen zu können. Trotzdem hatten wir zunehmend das Gefühl, mit unserem Protest an den unteren Bastionen der Atommafia - Arbeiter, Polizei, Gericht - abzuprallen.

Gegen Ende 1989 haben wir die Konsequenz daraus gezogen und die Blokkaden in Brokdorf mit schweren und wehmütigen Herzen eingestellt. Das AKW Brokdorf gefährdet weiterhin Menschen und Umwelt. Unser Ziel der Stillegung der AKWs haben wir nicht durchgesetzt; überhaupt haben wir keine direkt vorzeigbaren Erfolge.

Hat sich das "gelohnt"? Sich an jedem 6. in Herrgottsfrühe aus dem Bett zu quälen, bei Wind und Regen vor die Fahrzeuge der AKW-Arbeiter zu setzen, sich von der Polizei wegschleppen und schikanieren zu lassen? Wir haben uns in Brokdorf nicht mit wütenden Worten begnügt. Wir haben uns mit unserer ganzen Person quer gestellt. Wir haben in Brokdorf sitzend den aufrechten Gang ein wenig kennengelernt. Das hat seinen Wert, auch wenn die Atomgewaltigen am seltensten an den Orten nachgeben, an denen wir bohren. Trotzdem geraten ihre Pläne durcheinander, an anderer Stelle und zu späterer Zeit.

Wie ging es weiter?

Das Konzept der monatlichen Aktionen fand Nachfolger in der gesamten Bundesrepublik. In Gorleben, Hanau, Gundremmingen, Würgassen, Mühlheim-Kärlich und Grafenrheinfeld finden regelmäßig von gewaltfreien Aktionsgruppen initiierte Mahnwachen und auch Blockaden, häufig auch am 6. statt. Selbst in Brokdorf werden nach wie vor von der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten Mahnwachen an jedem 6. organisiert.

Das Gewaltfreie Aktionsbündnis Hamburg konzentriert sich nun einerseits vor Ort auf den Atomriesen HEW (Hamburger Elektrizitäts-Werke), zum anderen auf die internationalen Auswirkungen der Atomenergie durch den Uranabbau. Inhaltliche Arbeit und Öffentlichkeitsaktionen traten an Stelle des intensiven Zivilen Ungehorsams in Brokdorf.

Das, was wir 1986 nach Tschernobyl formuliert hatten, "Massenprotest und Widerstand zu verbinden", ist heute, fünf Jahre später, in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch in zahlreichen, dezentralen und vielfältigen Blockaden erneut umgesetzt worden. Es scheint so, als ob unsere "Widerstandsutopien" jeweils eine Bewegungswelle später Wirklichkeit werden. Offen bleibt, ob die beiden Kinder der 70er und 80er Jahre, die Anti-AKW- und die Friedensbewegung, zueinander finden, um gemeinsam die energie-gierigen, umweltvernichtenden, kriegstreiberischen Verhältnisse umzustürzen. Wir brauchen die Ausdauer und die Erfahrung der Menschen, die auch über Niederlagen hinweg daran festhalten: *"Jetzt erst recht!"*

Jan Stehn

Info-Netz Gewaltfreier Anti-AKW-Initiativen

Regelmäßig, zweimal im Jahr finden bundesweite Diskussions- und Austauschtreffen statt. Es gibt einen vierteljährlich erscheinenden Vernetzungsrundbrief. Er kann bei I. Laubenthal, Obermainanlage 27, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel: 069-498437 bestellt werden.

*** Brokdorf**
Die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten veranstaltet an jedem 6. des Monats eine Mahnwache von 13.30 bis 16.00 Uhr.
Basisgemeinde Wulfshagenerhütten, 2303 Gettorf, Tel: 04346-5044.

*** Gorleben**
Nach Abschluß der regelmäßigen Montagsblockaden mit einer Dauerblockade vom 3. - 5.9.90 werden die Blockaden ab dem 6.11. im monatlichen Rhythmus fortgesetzt.
Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 3135 Wustrow, Tel: 05843-507

*** Gundremmingen**
Fasten an jedem Sonntag mit einer Mahnwache vor dem Tor des AKW ab 15 Uhr.
BI gegen atomare Bedrohung, Sigrid Birrenbach, Eythstr. 15, 7900 Ulm, Tel: 0731-69747

*** Hamburg - HEW**
Aktionen gegen die Atom- und Energieverschwendungspolitik der Hamburger Elektrizitätswerke.
Gewaltfreies Aktionsbündnis, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

*** Hanau**
Aktionen an jedem 6., aber nur in größeren Abständen sind dies Blockaden, ansonsten Protestwache oder kleine Aktion.
Kettenreaktion Hanau, Frank Zilske, Anton-Dunkelstr. 20, 6450 Hanau 9, Tel: 06181-56679

*** Mühlheim-Kärlich**
Seit dem 2.7.90 jeden Mittwoch 17.15 Uhr Mahntrommeln in der Neuwieder Innenstadt gegen die Wiederinbetriebnahme von Kärlich.
An jedem 1. Sonntag im Monat um 14 Uhr Sonntagsspaziergang zum AKW mit Gottesdienst.
Markus Beinhauer, Industrieweg 2, 5450 Neuwied 11

*** Stendal**
Kontakt: Malte Fröhlich, Wahrburger Str. 2, 3500 Stendal

*** Würgassen**
Blockaden am AKW Würgassen an jedem 3. Sonntag des Monats.
Friedensbüro, Wiesenstr. 14, 3400 Göttingen, Tel: 0551-7702530

DAS URTEIL

Am 15.3.91 ist der "Startbahn-Prozeß" zu Ende gegangen. Nach über 2 Jahren Verhandlungsdauer und 125 Verhandlungstagen sprach das Gericht das Urteil. Frank Hoffmann wurde wegen Beteiligung an drei Anschlägen zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt und ist seitdem aufgrund der 2/3-Regelung auf freiem Fuß. Andreas Eichler wurde wegen diverser Anschläge und wegen Totschlags sowie gefährlicher Körperverletzung zu 15 Jahren Haft verurteilt.
Die Bundesanwaltschaft hatte in ihren Plädoyers noch für beide wegen Mordes, und Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung jeweils lebenslänglich gefordert. Die BAW ließ dabei in ihrem Plädoyer den gesamten Prozeßverlauf außer acht und argumentierte praktisch nur an ihrer eigenen Anklageschrift entlang.
Die Verteidigung von Frank Hoffmann hatte genauso wie die von Andreas Eichler auf Freispruch vom Mord plädiert.
Frank Hoffmann hat bis zuletzt vor dem Gericht nichts gesagt. Andreas Eichler hat in seinem Schlußwort noch einmal den Mordvorwurf zurückgewiesen.
Wir freuen uns natürlich dafür, daß Frank Hoffmann wieder auf freiem Fuß ist, natürlich freuen wir uns auch, daß es kein lebenslänglich gegeben hat. Aber dieser Prozeß und sein Verlauf hat viele offene Fragen und Spuren — gerade auch innerhalb der Bewegung — hinterlassen. Da sind dicke Wunden entstanden, die nicht ausgeheilt sind. Es war zuletzt eine Schlammschlacht, in der die beiden Angeklagten sich gegenüberstanden — was von vornherein so angelegt war, allein schon durch die Aussagen Andreas Eichlers, in denen er Frank Hoffmann beschuldigte, ihm die Waffe zugesteckt zu haben. Dies drehte sich zum Ende des Prozesses um, als zwei Zeugen auftraten, die die Unschuld Frank Hoffmanns bezeugten und im einen Fall Andreas Eichler noch einmal belasteten.
Eines ist sicher, die Schüsse im Wald am 2.11.87 haben der Startbahn-Bewegung den Rest gegeben. Zuerst die moralische Auseinandersetzung damit, dann die Selbstzerfleischung untereinander und danach die lange ermüdende Prozeßdauer. Alle Achtung und Dank hier den Menschen, die sich die ganzen Monate hindurch mit diesem Prozeß beschäftigt haben und ihn auch als Prozeß gegen sich selbst, als MitgliederInnen der Startbahn-Bewegung, gesehen haben.
Unsere Berichterstattung zu diesem Prozeß ist hiermit nicht beendet. In der (den?) nächsten Nummer(n) werden wir uns noch ausführlich mit den Hintergründen beschäftigen.
An dieser Stelle erfolgt eine erste Einschätzung der BI gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt am Main.

125 Verhandlungstage

Protest und Widerstand gegen den

Herbst 1977 - Herbst 1987, Dienstag, der 3.11.1987, ca. 4 Uhr Morgens. Die erste Pressemeldung der DPA:
"Nach bisherigen Mitteilungen war aus einer Gruppe von etwa 200 meist maskierten Demonstranten geschossen worden, als die Polizei einen Fackelzug zum ehemaligen Hüttendorf am Südostende der etwa 12 km langen Schutzmauer der Startbahn West für verboten erklärte. Die Teilnehmer waren aufgefordert worden, den Fackelzug aufzulösen. Daraufhin wurden, so laut Polizeisprecher, Molotow Cocktails und Leuchtraketen auf die hinter der Mauer stehenden Polizeibeamten geworfen. Eine Gruppe der Bereitschaftspolizei unternahm einen sogenannten gezielten Ausfall, um die Brandsatzwerfer zu ermitteln. Dabei sei gezielt auf die Beamten geschossen worden, sagte deren Sprecher.
Bereits am Sonntag Abend hatten sich an einem sogenannten Sonntagsspaziergang ... annähernd 500 meist maskierte und von auswärts kommende Demonstranten beteiligt. Dieser 300ste Sonntagsspaziergang löste sich nach einer Verbotsverfügung jedoch auf und die Teilnehmer trafen sich in Mörfelden zur Aktionsberatung."

Der 300ste Sonntagsspaziergang sollte der Anfang einer neuen Mobilisierung werden. Kurz vorher wurden neue Pläne über einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens und einen weiteren Ausbau der Air Base bekannt. Es waren tatsächlich nur ca. 500-600 Leute, aber die wenigsten maskiert. Es gab eine Kundgebung vor den Toren der Air Base und einen Demonstrationszug entlang der Startbahn-Mauer bis zum Südostende. Die Polizei räumte an diesem Sonntagnachmittag ohne ersichtlichen Anlaß.
Am Montag ging ein Fackelzug bis zur Startbahnmauer. Im Bereich der Mauer kam es zu Auseinandersetzungen. Schließlich wurde von der Polizei geräumt.
Am Morgen des 3.11. fand im Flughafen eine erweiterte, anscheinend schon vorher geplante Kabinettssitzung mit anschließender Pressekonferenz statt. Auf dieser ergänzte die Bundesanwaltschaft die Darstellung der Geschehnisse:
Die vorrückenden Polizisten seien aus einer Gruppe auf dem an die Startbahn West angrenzenden Waldgelände heraus über Megaphon aufgefordert worden, sich nicht weiter zu nähern. Unmittelbar danach sei ein Kommando "Scharfschützen Feuer!" zu hören gewesen. Daraufhin sei von Gewalttätern mit Leuchtspurmunition, scharfer Munition und Feuerwerkskörpern geschossen worden.
Weitere Meldungen am 3.11.:
"Die Todesschützen werden nach ersten vorsichtigen Einschätzungen von Sicherheitskreisen im Bereich der Autonomen Gruppen vermutet.
Ministerpräsident Wallmann, CDU, meinte, Rebmann habe die Ermittlungen übernommen, weil die Vorfälle auf dem Flughafen nach Ansicht der Karlsruher Behörden keinen Einzelfall darstellen. So habe Rebmann u.a. auf die gewaltsamen Ausschreitungen an der Hamburger Hafenstr. wie am Gelände der WAA verwiesen.
Diese Angriffe auf den inneren Frieden beträfen die Belange der Bundesrepublik." **(dpa)**

Lochte conterte sofort über den Ticker, und sprach sich gleichzeitig gegen die von vielen Politikern geforderten Gesetzesverschärfungen aus. Er ging davon aus, daß die Schüsse von einem Einzeltäter abgegeben wurden.

Am Mittwoch Prechtel, Sprecher der Bundesanwaltschaft:
"Gegen eine absolute Einzeltäterschaft spreche das durch Zeugen belegte "Scharfschützen Feuer". Es müsse vielmehr von einer geplanten Aktion ausgegangen werden. Dies sage allerdings nichts darüber aus, ob der Täter im konkreten Fall möglicherweise über das gemeinsam gefaßte Ziel hinausgegangen sei."

Was ging solchen Äußerungen voraus?

Seit 1984 bestand in Rüsselsheim eine Sonderkommission, die gegen die Startbahnbewegten ermittelte. Insbesondere 1984, als ein noch nicht angeschlossener Mast der verlegten RWE-Stromtrasse umgezogen wurde, fand ein Austausch über die Ermittlungsergebnisse mit der BAW (Bundesanwaltschaft) statt. 1986 wurden, nach Tschernobyl, mehrere Masten gefällt. Eine Gesetzesverschärfung war in der Diskussion, da die Mastfällaktionen mit den bisherigen Mitteln des Ermittlungsparagraphen § 129a nicht greifbar waren. Die Akteure waren nicht organisiert genug.
Im August 1986 geriet eine Akteurin in den Lichtbogen eines herabstürzenden Mastes. Sie verbrannte schwer. Die Ermittlungen der Behörden schienen sich das erste Mal zu konkretisieren. Im Herbst 1986 wurden Mike Kurth und Andreas Eichler verhaftet. Mike Kurth saß 2 Monate in U-Haft, Andreas Eichler 2 Wochen. Die Bundesanwaltschaft stand in engem Kontakt zu der kurz vorher neu gegründeten AG-Strom des LKA Hessen. Anfang 1987 wurden die Katalogstraftaten des § 129a erweitert. Am 8.9.1987, nach dem Strommastanschlag vom 29.8.1987 bei Mörfelden Walldorf, begannen offiziell die Ermittlungen der Bundesanwäl-

sind nicht 11 Jahre

Ausbau des Frankfurter Flughafens

te Pflieger und Senge gegen die "Gruppe um Andreas Eichler". Theoretisch wäre dies auch schon nach dem Anschlag auf das Umspannwerk der RWE bei Kelsterbach am 17.6.87 möglich gewesen. Das Bekennerschreiben war allerdings mit RZ unterzeichnet.

Mittwoch morgens gegen 10 Uhr am 3.11. wurde bekannt gegeben, daß die BAW die Ermittlungen zu den Schüssen übernommen hatte, da es ein Angriff auf den inneren Frieden sei, und die Belange der BRD betreffe. Die Frage stellt sich noch heute, ob die BAW hier übernehmen durfte. Selbst Bundesanwalt Bell gibt dies indirekt zu, und meinte in seinem Plädoyer, immerhin hätte man Erfolg gehabt, da der Mörder gefunden wurde. In den Pressemeldungen der ersten Tage und Wochen und in den Ermittlungen vermischte sich der § 129a mit den "Morden". Erst in der Anklageschrift wurde getrennt. Ein dünner Faden blieb, teils über die Waffe, teils über Kontakte.
Im Prozeß wurde zuerst der § 129a verhandelt, und erst anschließend die Schüsse.

Die Nacht des 2.11.87 und die anschließenden Ermittlungen

Drei Trupps der Polizei befanden sich in dieser Nacht im Unterholz und warteten darauf einen guten Fang zu machen. Nach Aussage des Einsatzleiters Mai befanden sich in der Demonstration Beamte einer "höher gestellten Behörde".
Andreas Eichler und andere wurden observiert, deren Telefone abgehört. Trotz dieser intensiven Vorermittlungen und den Ergebnissen der Ermittlungsbehörden (am Morgen des 3.11. stand Bundesanwalt Pflieger vor der Tür der Freundin Andreas Eichlers), richteten sich die ersten Pressemitteilungen gegen die gesamten Reste der Anti-Startbahnbewegung und gegen die Autonomen.
Noch in der Nacht zum 3.11. wurde per Radio bekannt, daß an der Startbahn West 2 Polizisten erschossen und 5 weitere verletzt wurden. Für die Demonstrationsteilnehmerinnen eine böse Überraschung. Nach dem üblichen Ritual - Demo geht raus, Geplänkel an der Mauer, Polizei macht einen Ausfall, Demonstrantinnen fliehen über die Wiesen und den Gundbach in das Waldgelände und machen, daß sie nach Hause kommen - wurden viele in Straßensperren oder von der nächtlichst vor der Tür stehenden Polizei über das Ergebnis dieser Nacht unsanft aufgeklärt. Das Einzig Besondere dieser Nacht war bis dahin, daß ein Greiftrupp die Demonstrationsteilnehmerinnen weit über die sonst übliche Strecke hinaus bis an den Gundbach verfolgt hatte.
Sicherlich für so manchen eine äußerst bedrohliche Situation. In dieser Nacht gab es am Startbahngelände nur eine Festnahme und dies direkt am Gelände.
Wie sich in der Verhandlung herausstellte, gab es keinen Einsatzbefehl für diesen Greiftrupp. Er handelte selbständig, und die Order, sich nur bis zu dem 500 Meter weit vom Gundbach entfernten Schotterweg zu bewegen, kam zu spät. Aufgrund dieser Tatsache suchten die Ermittlungsbehörden in den ersten 2 Tagen umsonst nach Projektilen und Hülsen. Sie gingen davon aus, daß alle Beamten in unmittelbarer Nähe des vom Gundbach 516m entfernten Einsatzleiters Eichhöfer getroffen wurden.
Nach nutzlosen Hilferufen der Kollegen des Beamten Schwalm wurde dieser 400m schwerverletzt über die Wiesen an die Stelle getragen, an welcher der Beamte Eichhöfer getroffen und ärztlich versorgt wurde. Auch alle anderen Verletzten begaben sich an diesen Ort. Die Darstellung von Bundesanwalt Rebmann, es sei aus dem nahegelegenen Waldgelände geschossen worden, führte alle, auch uns, Anfangs in eine falsche Richtung. Erst am 5.11., aufgrund der Aussagen betroffener Beamter, wurden die Spurensucher auf der anderen Seite des Gundbachs fündig.
Die AG-Strom wurde auf 100 Mann/Frau aufgestockt und nannte sich fortan SOKO 18 West. Vorgesetzte der SOKO 18 waren die Bundesanwälte Pflieger, Senge und Brinkmann. Die Ermittlungen liefen intensivst. Eine Unmenge an Herrschaftswissen wurde gesammelt.
Die Ermittlungen richteten sich gegen alle Teile der noch vorhandenen und nicht mehr vorhandenen Startbahnbewegung. Türen, die bis dahin den Ermittlungsbehörden verschlossen waren, öffneten sich zum Teil unter dem Druck des § 129a und der Nicht-Identifikation mit den Schüssen. Angst vor Srafverfolgung, Empörung über das Geschehene, massiver Druck bei den Vernehmungen usw. führten zu einer Unmenge von Aussagen.
Mit zu den ersten Ermittlern gehörte damals der Chef der Politischen Polizei Frankfurt, Tietze. Seine Vorgehensweise stand im Widerspruch zu den Vorstellungen der BAW, seine Pressemitteilungen wurden des Öfteren von der BAW korrigiert, bis die Frankfurter Polizei nichts mehr zu sagen hatte.
Bei den ersten Vernehmungen bis zum Ende des Jahres 1987 war er teilweise noch anwesend. Er kannte seine "Leute". Tietze stellte auch einen direkten Zusammenhang von Andreas Eichler zum Treffpunkt der Frankfurter Autonomen und Anarchisten, dem Libertären Zentrum, her. Beweis dafür war

Ihm ein Flugblatt zur Festnahme von Andreas Eichler und Mike Kurth im Herbst 1986, in welchem das Libertäre Zentrum als Kontaktadresse benannt wurde.
Tietze tauchte kein einziges Mal im Prozeß auf. Ein Beamter, der die Scene kannte, der die Hauptakteure des Prozesses kannte, der sich am 2.11.87 nach eigenen Aussagen in der Demonstration befand, wurde nicht als Zeuge geladen. Er ist heute auch nicht mehr in Frankfurt tätig.

Das Urteil

(aus der mündlichen Urteilsbegründung)

Andreas Eichler wurde zu 15 Jahren verurteilt. Es wurden 2 Menschen getötet, 2 schwer, 3 leicht verletzt. Das geschah in Tateinheit mit einem Verstoß gegen das Waffengesetz. Bei ihm gefunden wurde am 3.11. morgens ein Rucksack, in welchem sich unter anderem die Tatwaffe als auch 2 Magazine befanden, und diverse Kleidungsstücke mit Schmauchspuren. In einer ersten Aussage sagte er: ich habe geschossen. Dies wurde von der Verteidigung und andererseits von der BAW und dem Senat unterschiedlich interpretiert. Für letztere war es ein Schuldeingeständnis, für die Verteidigung eine in Möglichkeitsform gehaltene Aussage, um sich die Möglichkeit zu schaffen, mit seiner hochschwangeren Freundin kurze Zeit nach der Festnahme zu sprechen. Er habe auch vorher an militanten Einsätzen an der Startbahn teilgenommen. Selbst wenn er am 2.11.87 die Polizei nur aufhalten wollte, so hat er doch eine erheblich kriminelle Energie entwickelt. So hat er von mehreren Standorten geschossen, wozu er sich jedesmal neu entschließen mußte. Allerdings kann es auch sein, daß er nur von einem Standort aus die Beamten getroffen hat. Außerdem war er nicht durch die Polizei gefährdet. Er hätte sich aus Angst vor einer Festnahme leicht in den Wald zurückziehen können. Die Einzelstrafe für Totschlag und Totschlagsversuch beträgt 13 Jahre.
Weiterhin wurde er verurteilt wegen des Strommastanschlags am 20.6.86 (Mörfelden Walldorf), des Strommastanschlags am 9.7.86 (Hasselroth), des Anschlags am 26.8.86 (Offenthal). Es habe eine Organisationsstruktur gegeben, wogegen auch nicht spreche, daß die früheren Mitangeklagten nach dem Anschlag am 26.8.86 ausgestiegen sind, da dies aus persönlichen Gründen geschah. Es gibt allerdings keinerlei Beweise für eine Vereinigung für das Jahr 1987. Es steht nicht fest, wie Andreas Eichler weiter agierte, ob er sich von Fall zu Fall weitere Tatgenossen warb. Für 1986 wurde die Organisation nachgewiesen.
Es gibt keinen Anhaltspunkt für die Unterstützung einer Terroristischen Vereinigung. Es wurde eigenständig gehandelt. Nichts beweist, daß Andreas Eichler eine andere Gruppe unterstützen wollte (RZ etc.).
Weiterhin wurde er verurteilt wegen Wahlstörung und Urkundenunterdrückung, einem Anschlag auf Hochtief am 11.4.87 in Walldorf, einem Anschlag auf das Umspannwerk Kelsterbach am 17.6.87, der Dresdener Bank am 20.6.87, einem Strommastanschlag am 29.8.87 bei Mörfelden Walldorf (damals Anlaß für die BAW offiziell die Ermittlungen von der AG-Strom zu übernehmen), einem Anschlag auf das Umspannwerk bei Wackersdorf am 18.9.87, dem Anschlag auf das Umspannwerk Rüsselsheim am 10.10.87. Wegen des Raubes einer Polizeiwaffe in Hanau am 8.11.86 wurde er freigesprochen.
Frank Hoffmann wurde freigesprochen von dem Verdacht, am 2.11.1987 geschossen zu haben. Die Verdachtsmomente reichen nicht aus. Weder die Aussagen von Dorfmüller, Hönes oder Baldur Opificius genügen dazu. Verurteilt wurde er wegen der Strommasten am 9.7.86 und 26.8.86. Um die schon abgesessene Strafe zu rechtfertigen, verurteilte man ihn zusätzlich wegen des Anschlags vom 20.6.86, wozu es keine Beweise gab, zu insgesamt 4 Jahren und 6 Monaten.
Frank Hoffmann ist frei.
Nach dem Senat kam es nicht auf die Aussagen eines Entlastungszeugen an. Warum dieser nicht von Hoffmann selbst benannt wurde, entzieht sich der Kenntnis des Senats.

Argumentation

Andreas Eichler ist nicht wegen Mordes verurteilt worde, sondern wegen Totschlag und Totschlagsversuch. Viele hat das verwundert, FAZ-Leser erschüttert, daß alleine aus der Tatsache heraus, daß es sich bei den Toten um Polizisten handelte, ein anderes Urteil als "lebenslang wegen Mord" nicht denkbar war. Die Bundesanwaltschaft plädierte übrigens bis zum Schluß auf Mord und gemeinsame Täterschaft von Andreas Eichler und Frank Hoffmann, die Verteidigung in beiden Fällen auf Freispruch.
Die Tatbestandsmerkmale für einen Mord waren dem Senat zufolge nicht gegeben. Es gibt mehrere Abstufungen, was den Vorsatz einer Tat angeht. Das Gericht argumentiert, Andreas Eichler habe zwar einen Vorsatz gefaßt, aber nur einen indirekten, indem er den Tod der Polizisten billigend in Kauf nahm.

Um zu beurteilen, ob die Tabestandsmerkmale eines Mordes erfüllt sind, müssen 2 Dinge geprüft werden:
a) die Tatbegehungsweise
Dabei wird beurteilt, ob die Tat besonders grausam geschehen ist oder ob die Tat heimtückisch war. Heimtückisch bedeutet, die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers auszunutzen. Nach dem Senat war das nicht der Fall. Das deckt sich mit der bisherigen Rechtsprechung, daß dort, wo Polizisten in Auseinandersetzungen verwickelt sind, sich mit Helmen und Schildern schützen, von Arg- und Wehrlosigkeit nicht die Rede sein kann. Auch eine Stahlkugel kann tödlich sein. Aus dieser Sichtweise ist der qualitative Sprung, den man zwischen Stahlkugelbeschuß und Schußwaffengebrauch sehen kann, nicht gegeben.

b.) Motivation
Bestehen niedrige Beweggründe für eine Tötung, so ist es Mord. Niedrige Beweggründe sind zum Beispiel Habgier, Mordlust, aber auch der Versuch der Verdeckung einer anderen Straftat. Letzteres ist vom Senat nicht geprüft worden. In der Urteilsbegründung hieß es weiter, der Senat habe keine Gründe bei Andreas Eichler für die Tat feststellen können.

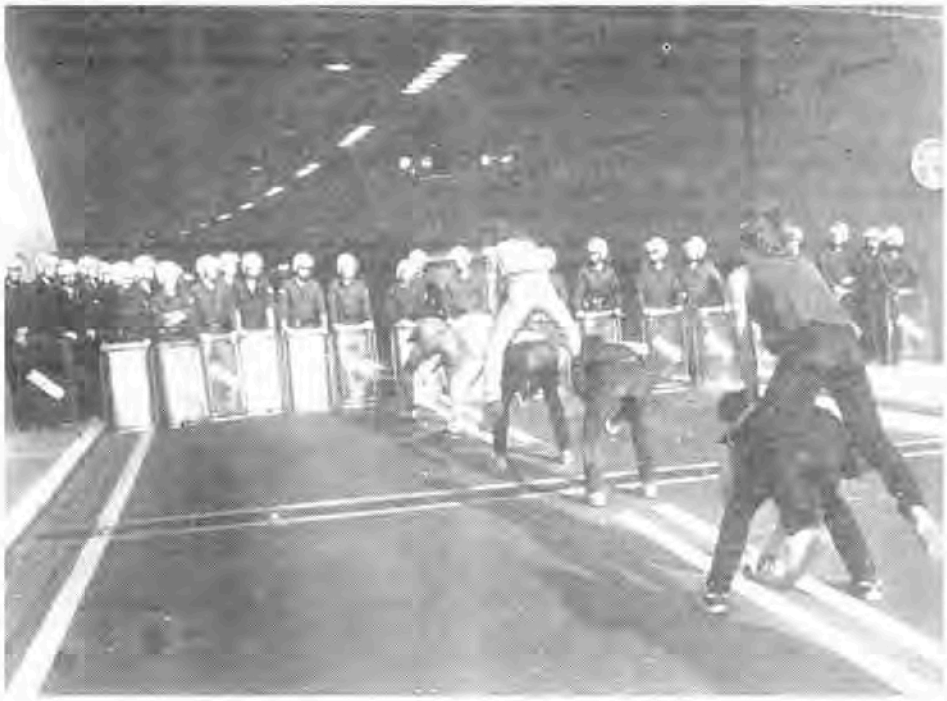


Foto: Burckhard Kretschmann

Es stimmt, daß Andreas Eichler keine Aussagen dazu gemacht hat. Folglich kann das Gericht, hält es sich an die Buchstaben des Gesetzes, nicht zu seinen Ungunsten urteilen.
Die Bundesanwaltschaft ging demgegenüber in ihrem Plädoyer davon aus, daß er die Schüsse aus Protest gegen die Startbahn abgab. Damit wären die Polizisten zu Objekten degradiert worden. Die Täter hätten aus den niedrigsten Beweggründen gehandelt. Es ist auch in der Rechtsprechung usus, Tötung aus politischen Gründen als Mord zu verurteilen, eben wegen der Benutzung von Menschen als Mittel zum Zweck.

Zu den §§ 129 und 129a

Die Erleichterung darüber, daß niemand für Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotzdem ein Vereinigungsdelikt verurteilt wurde. Die Aussagen von Sigrun Gabriel und Michael Möller waren eindeutig: Sie fühlten sich nicht als Mitglieder einer Vereinigung. Es ist von daher auch egal, ob sie damit eine kriminelle oder terroristische meinten. Das Urteil steht ihrem Selbstverständnis entgegen. Es bleibt, daß Menschen aus sozialen Bewegungen, die gemeinsam illegale Aktionen begehen, als Vereinigung abgeurteilt werden können. Diese Urteile werden auch in andere, ähnlich gelagerte Prozesse eingehen und haben somit ihre politische Dimension.
Beim § 129a muß man dagegen zwischen Ermittlungen von BAW und LKA und den Urteilen trennen. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß der § 129a hauptsächlich als Ermittlungsparagraph benutzt wird und es nur zu einem geringen Prozentsatz deswegen zu Verurteilungen kommt. So auch hier. Wieviele Verfahren wurden nach dem 2.11. eingeleitet, wieviele Telefone und Post überwacht?

In dem Prozeß ist nur ein winziger Teil dessen, was ermittelt wurde, zur Sprache gekommen. Und Ermittlungsergebnisse waren eben zum großen Teil Aussagen. Es sollte niemand so naiv sein und glauben, daß das gewaltige Herrschaftswissen, was sich dort angesammelt hat, für immer in der Versenkung verschwindet und nicht mehr zur Anwendung kommt. Es ist eine Frage der Zeit und der Politischen Entwicklung, wann Menschen aus der Scene oder der (ehemaligen) Startbahnbewegung wieder damit konfrontiert sein werden.

Bi gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main

P.S. In den kommenden Wochen werden wir ein Info veröffentlichen, in welchem wir nochmals genauer auf die einzelnen Details eingehen werden, und unter anderem auch versuchen wollen, ein Resumee aus unserer Arbeit zu ziehen.

Zu den Haftbedingungen von Isabel Jacobs

Seit der Verhaftung von Isabel am 6.12.90 sind über 9 Wochen vergangen. Aufgrund ihrer Verurteilung hätte Isabel "Normalvollzug", doch ihre augenblickliche Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß sie Isolationsbedingungen ausgesetzt ist. Das bedeutet für Isabel konkret, daß sie 23 Stunden Einschluß in ihrer Zelle hat und diese nur zum Hofgang und Duschen verlassen kann. Desweiteren heißt das: keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, u.a. ist ihr auch der Besuch der Kirche untersagt, sie darf nicht selbständig einkaufen gehen, und hat keinen Zugang zur Bibliothek. Die Möglichkeiten während ihres einstündigen Hofgangs mit anderen gefangenen Frauen zu sprechen ist sehr begrenzt. Bis zum 24.1.91 war Isabel auf der Durchgangsstation und da diese selten mit anderen Frauen belegt war, hatte sie überwiegend Einzelhof.
Begründet werden diese Maßnahmen mit der Verweigerung von Isabel, aktiv an der Feststellung ihrer Haftfähigkeit mitzuwirken. In Preungesheim müssen sich alle Frauen medizinischen Zwangsuntersuchungen unterwerfen (Blut-, Urin-, Thorax- und gynäkologische Untersuchung). Die Funktion dieser Untersuchungen besteht nur darin, in einem "formalen, offiziellen Akt" gefangene Frauen für HAFTFÄHIG zu erklären. Bestehende Krankheiten werden die Feststellung der Haftfähigkeit nie beeinflussen. Für die Frauen heißt dies, sich schon mit dieser Untersuchung zu entscheiden: sich medizinisch zu unterwerfen und ihre Verfügungsgewalt über ihren Körper aufzugeben oder sich zu verweigern.
In einem Gespräch mit dem Anstaltsleiter, Ende Dezember, hatte Isabel gefordert, daß ihre Isolationshaftbedingungen aufgehoben werden und daß sie auf die Station von Eva Haule und Gisela Dutzi verlegt werden will. Bislang hat sich nichts geändert, zumal wurde die Zusammenlegung formal damit abgelehnt, da Isabel bereits für eine andere Station vorgesehen sei. Bestätigt wurde diese Ablehnung durch den zuständigen Sicherheitsbeauftragten, der, zudem aus ärztlicher Sicht, keine Notwendigkeit für eine gemeinschaftliche Unterbringung sieht.
Wir deuteten es schon an: Isabel ist am 24.01. auf die von der Knastleitung vorgesehene Station verlegt worden. Die Isolationshaftbedingungen wurden trotz einer eingereichten ärztlichen Stellungnahme, die klar aussagt, daß bei Isabel keine ansteckenden Krankheiten vorliegen, weiter aufrechterhalten. Die Knastärztin Schiel begründet die Fortsetzung der Haftbedingungen damit, daß die eingereichte Stellungnahme nicht ausreicht. Der Anstaltsleiter zieht sich aus der Affaire, indem er sich gegenüber der Knastärztin als nicht weisungsbefugt darstellt.
Es wird schon an dem Punkt der medizinischen Eingangsuntersuchung deutlich, wie die Knastleitung eine Veränderung von Isabel's Haftbedingungen mit einer Machtfrage verbindet.
Der Streß, der ihr hier gemacht wird, sind Bedingungen, um Isabel mit ihrer Erkrankung unter Druck zu setzen. Es wird hier bewußt ein Voranschreiten des angegriffenen Gesundheitszustandes von Isabel in Kauf genommen.
In dieser Situation geht es konkret darum, daß die Isolationshaftbedingungen aufgehoben werden, und daß Isabel mit allen anderen gefangenen Frauen gleichgestellt wird.
WEG MIT DER ISO!
WEG MIT DER "SONDERBEHANDLUNG"!
Ein weiterer Schritt ist, daß Isabel mit gefangenen Frauen ihres Vertrauens zusammengelegt wird. Diese Zusammenlegung wäre Voraussetzung, um politische Diskussionen gemeinsam führen zu können, Gedanken und Ideen auszutauschen und zu entwickeln. Sicher, ein sehr beschränkter Rahmen für eine gemeinsame Praxis und einen gemeinsamen Alltag. Einen kleinen aber auch lebensnotwendigen Schutz würde die Zusammenlegung auch medizinisch bedeuten: Im Zusammenleben mit Gefangenen ihrer Wahl und ihres Vertrauens wäre eine Beobachtung der Krankheit Isabels gegeben und es eröffnet den Raum für eine Auseinandersetzung über sich selbst, über die Krankheit und könnte helfen, seine eigenen Grenzen zu erkennen. Zusammenlegung bedeutet auch, füreinander da zu sein und aufeinander zu achten. Jedoch muß klar gesagt werden, daß "Verbesserungen" der Haftbedingungen aller haftunfähigen Gefangenen lediglich "kosmetischer" Art sind. D.h. für Isabel eine Zusammenlegung mit Frauen ihres Vertrauens ist kein Ersatz für ihre Freiheit.
Isabel muß wie alle anderen Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist, sofort raus!

Für die Finanzierung von Isabels Gefangenschaft wird ca. 400 DM monatlich benötigt (Krankenkasse, Büchergeld, Taschengeld für Einkauf). Wir würden uns freuen, wenn Spenden oder Daueraufträge auf folgendes Konto eingezahlt würden:

Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50
Bunte Hilfe/ Isabel, KtoNr.: 110 033 54

Kontakt: Bunte Hilfe Darmstadt,
Wilhewlm Leuschner Str. 39, 61 Darmstadt
Tel.: 06151 - 20480

Anschrift von Isabel:
Isabel Jacobs, JVA III
Obere Kreuzäckerstr. 4
6000 Frankfurt 50

Im März letzten Jahres werden drei Leute nach einem Einbruch in das Bürgermeisteramt Untergrombach und die dort befindliche Polizeistation (nähe Karlsruhe) festgenommen. Die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen sofort an sich zieht, stellt Haftbefehl und ermittelt wegen § 129a. Die Presse organisiert nach den ersten Verlautbarungen der Bundesanwaltschaft eine Hetzkampagne: "Anschlag auf Rebmann geplant?" (Badische Neueste Nachrichten), "Festnahmen im RAF-Umfeld, Spekulationen über einen geplanten Anschlag auf Rebmann" (Süddeutsche Zeitung), "RAF-Terror, Alarmstufe 2 für Politiker, Haftbefehl gegen Arzt und Sanitäter" (Bild).
Den Haftbefehl und die Ermittlungen wegen § 129a begründet die BAW damit, der Einbruch sei "im Auftrag der RAF' ausgeführt worden.
Die Gemeinde Untergrombach liegt sowohl im ausgewiesenen Evakuierungsgebiet des Atomkraftwerks Phillipsburg als auch des Kernforschungszentrums Karlsruhe, hier in Hauptwindrichtung. Tatsächlich ging es den drei Festgenommenen (ein Arzt und 2 Sanitäter), die sich seit Jahren mit den Fragen des Katastrophenschutzes beschäftigen, bei den von ihnen zugegebenen Einbrüchen um die Entwendung und Veröffentlichung der dort vermuteten geheimgehaltenen Katastrophenschutzpläne für den Fall einer Reaktorkatastrophe.
Nach 4 Monaten U-Haft, anfangs unter Isolationsbedingungen, werden sie wieder freigelassen und ihnen Anfang Februar dieses Jahres der Prozeß gemacht. Der ursprüngliche § 129a Vorwurf wird zwar während des Prozesses fallengelassen, wegen "Schweren Diebstahls" werden sie aber zu Bewährungsstrafen zwischen 18 und 20 Monaten verurteilt.

Wegen Katastrophen'schutz' 129a-Prozeß in Stammheim

Obwohl die drei jeden Kontakt zur RAF oder ihrem Umfeld von sich weisen und stattdessen auf ihr eigentliches Anliegen, der Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne verweisen, hält die Bundesanwaltschaft an ihrer Anklage und dem Prozeß in Stuttgart Stammheim fest.
Sie stützt sich dabei auf ihre jahrelangen "Erkenntnisse" aus Fahndung und Ermittlung. So wird den Dreien, die ihre explizite Linke Gesinnung nicht leugnen, zum Verhängnis, daß sie umfangreiche Schriften zu Themen, mit denen sich Linke beschäftigen, zu hause in ihrem Bücherschränken stehen haben. Ihnen wird zur Last gelegt an Veranstaltungen teilgenommen zu haben, die sich mit linken Themen befaßten. Da werden Festnahmen bzw. Teilnahmen auf Demonstrationen angeführt, die jahrelang zurückliegen, und nun wirklich nichts mit der Politik der RAF zu tun hatten (Günter Sare, Friedensdemos etc.). Es geht darum, das Bild eines für diese Gesellschaft gefährlichen, der RAF nahestehenden Politik zu zimmern. Tatsächlich sind die angeprangerten Schriften nur eine kleine bewußt von der BAW ausgewählte Kollektion des gesamten Schriftmaterials, was sich in den Wohnungen der drei befindet, sei es zu Politik, Kultur, Geschichte, Literatur. Ebenso haben an den Veranstaltungen etliche Hundert Menschen teilgenommen. Aber dies ist die Sichtweise der BAW-Fahnder. Hier wird notiert, gespitzelt, gesammelt, ohne daß die Betroffenen etwas davon erfahren, und ganz plötzlich werden die Betroffenen dann mit solchen Indizienketten konfrontiert.
Im Folgenden eine Schilderung des Prozesses aus der Sicht der Betroffenen Marc, Tom und Wolfgang.

Bereits am 6. Februar, nach nur 5 Verhandlungstagen, ist das Urteil gegen uns verkündet worden. Zweimal 20 und einmal 18 Monate Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung. Zudem haben wir erhebliche Prozeßkosten zu tragen.
Auf den ersten Blick wird dieses Urteil einige überraschen, werden doch zumeist in politischen Prozessen in Stammheim auch unter den haarsträubensten Umständen drakonische Freiheitsstrafen verhängt (zuletzt gegen Luitgard Hornstein). — Dies war in unserem Fall nicht so. Es wäre aber völlig falsch von einer Niederlage der BAW zu sprechen, doch dazu später. Ich will nun auf das Vorverfahren und den Prozeßverlauf eingehen.
Bereits im Stadium der Ermittlungen ließ die BAW keine Zweifel über Sinn und Zweck ihres Vorgehens aufkommen. Dabei bediente sie sich der bei juristischen Verfahren üblichen Methoden. Zu nennen wären vor allem die großangelegte Hetzkampagne in der Presse anläßlich unserer Festnahme, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme linker Literatur, den Ermittlungen erkennbar nicht dienende "Nachforschungen" in Privat- und Berufsphäre (die wohl eher unserer sozialen Demontage dienen sollten), und schließlich verschärfte Haftbedingungen in unserer viermonatigen U-Haft...
Der BAW war klar, daß wir Linke sind. Wir haben daraus auch nie einen Hehl gemacht. Erkenntnisse der Staatsschutzspitzel, die über unsere Teilnahme an politischen Veranstaltungen zu berichten wußten und das beschlagnahmte Schriftmaterial, welche eine Vielzahl von Themenbereichen linker und internationaler Politik behandelt, sollten dann dafür herhalten, unsere politische Überzeugung mittels des § 129a zu kriminalisieren. Es folgte das Konstrukt einer RAF-Unterstützung. — Ob die BAW tatsächlich selbst daran glaubte, ist ziemlich unerheblich und sei dahingestellt. Es wurde von uns jedenfalls mehrfach erklärt, daß der Einbruch in keinem Zusammenhang mit der RAF steht, und wir auch keine Kontakte zur RAF unterhalten. Logischerweise konnte es dafür auch nicht den geringsten konkreten Hinweis geben. — Ungeachtet dieser Tatsachen und ungeachtet unserer Angaben zu Sinn und Zweck des Einbruchs, erhob die Bundesanwaltschaft Anklage nach § 129a.
Der 5. Strafsenat des OLG Stuttgart (Vors. Dr. Breucker) hat diese, juristisch mehr als dürftige Anklage, auch prompt zugelassen. Was einmal mehr den Beweis dafür liefert, daß die BAW hier ein bedeutender Machtfaktor ist.

Zu Beginn der Hauptverhandlung haben wir noch einmal in einer ausführlichen gemeinsamen Erklärung unmißverständlich klargestellt, worum es bei dem Einbruch in Rathaus und Polizeiposten von Untergrombach ging: Wir wollten mit der Entwendung und Veröffentlichung von inoffiziellen und geheimen Katastrophen-"Schutzplänen" deren Existenz belegen und sie als wirkungsvolles Werkzeug für die Abschaltung sämtlicher Atomanlagen und gegen die heuchlerische Atompolitik in der BRD einsetzen.
Im folgenden blieb die BAW bei ihrem Konstrukt, obwohl sie auch im Prozeß keinerlei konkreten Hinweise dafür auf den Tisch legen konnte.
Das OLG mußte aber realisieren, daß eine 129a-Verurteilung, vor allem unter Berücksichtigung des Revisionsurteils gegen Ingrid Strobl vom Mai letzten Jahres, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchzusetzen gewesen wäre. Allein aus diesem Grund wurde während des 3. Prozeßtages der 129a gestrichen und das Verfahren auf den "Schweren Diebstahl" beschränkt, zu diesem Zeitpunkt auch unter zähneknirschender Zustimmung der BAW.
Interessant war, daß an diesem Prozeßtag neben den beiden Staatsanwälten der BAW auch ihr Vorgesetzter, Bundesanwalt Zeis, im Prozeßgebäude erschien. Dies deutet darauf hin, daß es — das weitere Verfahren betreffend — eine Absprache zwischen BAW und OLG gegeben haben muß.
Vermutungen über eine solche Absprache haben sich nach unserer Ansicht dann auch weitestgehend bestätigt, worauf wir noch eingehen werden.
Vorher aber noch etwas anderes zum Prozeßverlauf, was für das gesamte Verfahren bezeichnend war.
Von Seiten des Gerichts wurde versucht, die Thematik des Katastrophen "Schutzes" fortwährend und ganz bewußt aus dem Prozeß herauszuhalten. Dies wird aus zwei Gründen so gewesen sein:
Einerseits bestand immer die Bereitschaft uns nach 129a zu verurteilen und somit unsere erklärte politische Gesinnung (z.B. unser Eintreten für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen) zu kriminalisieren. — Zudem wäre eine Anerkennung unseres Motivs auch einer empfindlichen Niederlage der BAW gleichgekommen, was das Gericht um jeden Preis verhindern wollte.
Zum anderen wirft die gesamte Thematik des sog. Katastrophenschutzes und der Atompolitik in der BRD Fragen auf, die von besonderer politischer Brisanz sind. Auch dieses Thema steht exemplarisch für die rigorose, kapitalistische Politik der BRD, welche grundsätzlich den Profit- und militärischen Interessen Vorrang einräumt, auch wenn dabei mögliches Siechtum Zehntausender in Kauf genommen werden muß.
Daß ein Staatsschutzsenat zwangsläufig die Entlarvung einer solchen Politik verhindern will, leuchtet ein und entspricht seiner exponierten Position in der kapitalistischen Ordnung.

Ein anschauliches Beispiel für diese Haltung bot die Vernehmung des Zeugen W..
W. ist beim Landratsamt Karlsruhe beschäftigt und u.a. zuständig für den sog. Katastrophenschutz. Zuvor arbeitete er sieben Jahre im benachbarten Regierungspräsidium und war, seinen Angaben zufolge, an der Ausarbeitung entsprechender K.-"Schutzpläne" beteiligt.
Er wurde vom Gericht lediglich bestellt, um zu bestätigen, daß es keine geheimen Planungen für den Katastrophenfall gäbe. Mit dieser Aussage wollte Breucker den Zeugen auch gleich wieder entlassen. — Wir intervenierten und befragten den Zeugen zu konkreten Sachproblemen im Katastrophenfall. Durchweg erhielten wir Ausweichendes oder Allgemeinplätze zur Antwort. Immerhin aber ergab die Befragung, daß mit der Offenlegung von Katastrophenschutzplänen vor einigen Jahren die polizeilichen Maßnahmen im Katstrophenfall ausgelagert wurden und somit der Öffentlichkeit nach wievor nicht zugänglich sind. (Zur Information: Bis Ende der siebziger Jahre wurde noch die Existenz jeder Form solcher Planungen bestritten).
Der Zeuge fühlte sich nach weiterer Befragung und sehr zum Unmut Breuckers immer mehr in die Enge gedrängt und erklärte mehrmals, seine private Meinung zu den sog. Katastrophenschutzplänen nicht äußern zu wollen. Als W. aber erwähnte, daß ihn schon viele seiner Bekannten angesichts der erkennbar unzulänglichen Pläne nach weitergehenden Planungen fragten, wurde es Breucker endgültig zu "heiß" und er beendete den tragikomischen Auftritt des Zeugen mit der Bemerkung: Herr W. habe erklärt, daß es keine geheimen Pläne gebe und das solle uns hier genügen. Zuvor hatte er immer wieder durch Abblocken an entscheidenden Punkten weiteres detailliertes Befragen unmöglich gemacht.
Doch nun zum Urteil:
Ich habe eingangs erwähnt, daß wir es für falsch und fatal halten würden, den Wegfall des § 129a als Niederlage der BAW zu interpretieren. Wie in unserer Einschätzung zum Ausdruck gebracht, gehen wir davon aus, daß es sich hierbei um einen Deal zwischen BAW und OLG gehandelt hat. Dafür spricht zum einen die Anwesenheit des Bundesanwalts Zeis am entscheidenden 3. Prozeßtag, vor allem aber das Urteil selbst.
Der BAW ist es nicht gelungen, eine Verurteilung nach § 129a zu erreichen. Natürlich sind wir darüber persönlich sehr erleichtert. Letztenendes wichtiger aber und für die Bedingungen hier ausschlaggebend ist es, daß die BAW sich politisch durchsetzen konnte.
In seiner Urteilsbegründung folgte das Gericht nahezu in allen Punkten dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft, bis hin zur Übernahme ganzer Formulierungen. — Es erklärte:
daß ein über einem bestimmtem Maß liegendes Quantum an linkem Schriftgut, wie es bei uns beschlagnahmt wurde, auf eine "GEISTIGE NÄHE" zu extremistischen Gruppen schließen lasse. Eine solche hätten wir mit logistischem Material unterstützen wollen. Ob es sich hierbei um die RAF, die RZ oder gar eine eigene Vereinigung handele, habe nicht geklärt werden können.
Es ist schon bemerkenswert:
Der § 129a wurde zwar mangels Erfolgsaussicht und unter dem Druck der Tatsachen juristisch gestrichen, gelangt aber über die Urteilsbegründung nahezu ohne Einschränkung wieder zum Tragen. Somit konnte auch in der Öffentlichkeit die Einschätzung der Bundesanwaltschaft manifestiert werden. Dies war wohl Inhalt der Verhandlung zwischen BAW und OLG.
Der Besitz von sog. einschlägigem Schriftmaterial, der Besuch von Veranstaltungen und das Bekenntnis zur Politischen Linken, sind demnach ausreichend, den § 129a in der Urteilsbegründung und somit auch in das Strafmaß mit einfließen zu lassen.
Das ist ein politischer Erfolg der BAW. Es ist ihr gelungen, auch unter Voraussetzungen, wie sie in unserem Prozeß vorlagen, die Kriminalisierung politischer Gesinnung weiter zu zementieren.

Abschließend haben wir noch eine Bitte:
Angesichts der Erfahrungen von uns im Knast wissen wir, daß erhebliche Kosten für Anwälte, Einkäufe, Bücher etc. anfallen. Wir rufen daher dazu auf, entweder auf das Konto der **"Roten Hilfe e.V."** (Postgiroamt Dortmund, Kto.Nr.: 191100-462) oder auf das Konto der **"Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD"** (Postgiroamt Berlin, BLZ 10010010, Kto.Nr.: 448630-102) zu spenden.

Neuer Prozeß gegen »Aschu«

Kaum ist der große "Startbahn-Prozeß" vorbei, folgt der nächste. Vor der selben Kammer, in gleicher Besetzung mit dem Vorsitzenden Richter Schieferstein wird jetzt der Wiederholungsprozeß gegen Alexander Schubart verhandelt. Zehn Jahre nach seiner so folgenschweren Rede in Wiesbaden geht es für "Aschu" nocheinmal um sehr viel — für den heute 60jährigen geht es um ein milderes Urteil als die früher verhängten 2 Jahre und damit, ob er wieder im Magistrat arbeiten kann und somit vor allem um seine Altersversorgung.

Vor zehn Jahren war Aschu noch Sprecher der "Arbeitsgemeinschaft: Keine Startbahn West". Auf dem Höhepunkt des massenweisen Protests gegen den Bau der Startbahn hatte die Arbeitsgemeinschaft große Hoffnungen auf ein Volksbegehren gelegt und zu diesem Zweck über 200.000 Unterschriften gesammelt. Diese wurden am 14 November 1981 während einer Großdemonstration in Wiesbaden am Landtag übergeben und später großkotzig von der Regierung Börner abgelehnt. Während dieser Demonstration rief Aschu unter anderem im Namen der Bürgerinitiativen für den nächsten Tag dazu auf, dem Frankfurter Flughafen einen massenhaften Besuch abzustatten und diesen ab 12.00 "dicht zu machen". Dies geschah am nächsten Tag dann auch, allerdings kam es dabei zu brutalsten Ausschreitungen der Polizeibeamten, denen sich die Startbahn-Gegnerinnen zum Teil zur Wehr setzten.
In dieser politisch hochbrisanten Situation suchte die Regierung Holger Börner einen Sündenbock, der von ihrem politischen Interesse — dem Ignorieren des Volksprotests — ablenkte. Aschu wurde zu diesem Sündenbock.
Im ersten Prozeß — zu dieser Zeit hatten die meisten der damals in Wiesbaden demonstrierenden Menschen bereits resigniert das Handtuch geworfen — wurde Aschu im Januar 1983 zu 2 Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Nach Ansicht des Gerichts hatte er sich wegen Landfriedensbruch und Nötigung schuldig gemacht. Zudem wurde er wegen Nötigung der Hessischen Landesregierung verurteilt. Letzterer Tatbestand ist nach dem Gesetz ein Staatsschutzdelikt und somit kein Vergehen mehr, sondern ein Verbrechen. Und ein Beamter darf sich keines Verbrechens schuldig machen.
Aschu und seine Anwälte legten Revision gegen dieses Urteil beim Bundesgerichtshof ein. Dieser entschied bereits im Herbst 1983. Nach diesem Urteil war der Tatbestand "Nötigung von Verfassungsorganen" allerdings nicht gegeben, womit ein neuerlicher Prozeß nötig wurde.
Allerdings entschieden die Bundesrichter auch, daß die anderen Vorwürfe — Landfriedensbruch und Nötigung — rechtmäßig seien.
Gegen diese Einschätzung legte Aschu wiederum Verfassungsbeschwerde ein, die allerdings erst im Sommer 1990 entschieden wurde. Mit vier zu vier Stimmen entschieden die Verfassungsrichter gegen Aschu: daß nämlich eine politisch motivierte Rede im Rahmen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung sehr wohl Gegenstand von Strafverfolgung werden kann.
Mit diesem Spruch der obersten Richter war der Weg frei zum erneuten Prozeß gegen Alexander Schubart. Es geht jetzt allerdings nicht mehr um ein erneutes Aufrollen des Verfahrens, sondern nur noch um die Höhe des Urteils.
Dieses müßte deutlich unter den früheren 2 Jahren ausfallen, da ja die Nötigung der Hessischen Landesregierung weggefallen ist. Ob das Gericht allerdings auf eine Strafe unter einem Jahr entscheiden wird — denn die wissen auch um Aschus Nöte — das ist völlig offen.
Die Forderung der Verteidigung am 2. Prozeßtag, das Verfahren wegen der langen Dauer von zehn Jahren ganz einzustellen, lehnte das Gericht allerdings ab.
Für das Gericht steht dabei natürlich auch jetzt Aschus politische Gesinnung im Vordergrund. So konnte es auch nicht verwundern, daß Aschu direkt zu den Ereignissen vom 2.11.87 befragt und zur Beantwortung der Gretchenfrage gezwungen wurde.
Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau antwortete Aschu, er "sei erschüttert gewesen", ... "sehe aber keine Kausalität zwischen seinem Protest und diesen Vorfällen".
Wer allerdings erwartet hat, Aschu würde hier zu Kreuze kriechen, der hatte sich getäuscht. Er gab zwar zu bedenken, daß er seine Rede heute anders formulieren würde, nicht mehr so aggressiv. Er würde auch jeglicher Gewaltanwendung eine klare Absage erteilen. Allerdings — in einer ähnlichen Situation würde er auch heute noch dazu aufrufen, "den Flughafen dichtzumachen".
Das Urteil wird aller Voraussicht nach Anfang Mai gesprochen.

In einer ähnlichen Situation auch heute den Flughafen »dichtmachen«

Foto: Burckhard Kretschmann

Schwarzes Brett ★

Kalendas - Kalendas - Kalen

Das Jahr hat noch gar nicht richtig angefangen, das melden sich schon wieder diverse Kalender-MacherInnen mit ihrem Projekt fürs nächste Jahr. Über den **Atomkraft-Nein-Kalender** erfahrt ihr alles aus der nebenstehenden Anzeige, die wir selbstredend kostenlos und gerne abdrucken.

Ansonsten vermeldet der **Antifaschistische Kalender**, er sei 1991 gut angekommen und wolle deshalb weitermachen. Alle Antifa-Gruppen sind aufgerufen, bis 30. Mai ihre Adressen (sofern sie sich geändert haben oder letztes Mal nicht drin waren) anzugeben. Außerdem können sie den Kalender als Wiederverkäufer mit Rabatt beziehen, und zwar bei: unrast, Querstr. 2, 4400 Münster.

Nach elf Jahren wird es auch erstmals wieder einen **Schwarzen Kalender** geben, herausgegeben von Leuten aus Berlin, die sich „Friends of Durrutti" nennen. Interessierte können sich noch beteiligen, mit Beiträgen, Fotos, Comics etc. Redaktionsschluß ist der 30. Mai. Interessierte und Wiederverkäuferinnen können sich wenden an: AurorA, Knobeldorffstr. 8, 1000 Berlin 19.

Schließlich und endlich gibt's im nächsten Jahr natürlich auch wieder den bewährten/begehrten **Kalender gegen den Strom** mit Themen und Adressen aus den Bewegungen. Auch hier wird darum gebeten, neue oder geänderte oder überhaupt Adressen zu melden an: Kalenderredaktion gegen den Strom, c/o Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen.

★★★

Klimabündnis

Im Anschluß an die Amazonientage 1989 in Berlin wurde eine Initiative ins Leben gerufen, die europäische Städte mit den Regenwaldvölkern Amazoniens in einem Solidaritätsbündnis zum Erhalt der Erdatmosphäre verbinden soll. Im September 1990 trat Berlin mit Beschluß des Abgeordnetenhauses dem Bündnis bei. Wer sich dazu näher informieren will, kann das Manifest und eine Informationsbroschüre bestellen bei:
Angelika Ludwig
Riehlstr. 11
1000 Berlin 90

★★★

Kongreß in Venedig

7. bis 9. Juni 91 findet in Venedig ein internationaler Kongreß „gegen ein Europa der Herrschenden - bauen wir ein Europa der Bewegungen auf" statt. Leitthemen sind Internationalismus, Antiimperialismus, Freiräume, die Erfahrungen der Hausbesetzungen, Anti-Repression u.a.
Kontakt:
Radio onda rossa, Via dei Volsci 56, Roma

ANTI AKW-KALENDA 92:

Auch für 1992 wird es wieder einen Atomkraft NEIN!-Kalender geben. Diesmal wird er inhaltlich von den Bremer BürgerInnen gegen Atomkraft gemacht. Artikel und Infos also bitte an BBA, St.Paulistr. 10/11, w-2800 Bremen.
Aktualisierte Adressen bitte an KalendA, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, w-4400 Münster.

WISE mit neuer Adresse

Der internationale Energie-Infodienst WISE hat eine neue Adresse:
P.O.Box: 18185 - 1001 ZB Amsterdam
Telefon: (31)20-6392681

★★★

Alltag im Baskenland

Kämpfen und Leben - für eine nationale und soziale Selbstbestimmung. Trotz Repression und Folter: der Widerstand der BaskInnen ist breit verankert: militante Aktionen, Demos, eigene Kultur, Feste, Solidarität.
Eine politische Fahrt - in Hessen auch als Bildungsurlaub anerkannt - für 500 DM.
12. - 22. September 91
Anm.: BDP, Frankfurter Str. 50, 63 Giessen

★★★

Frauenbildung

Das Frauenbildungs- und Ferienhaus e.V. Osteresch (Zum Osteresch 1, 4447 Hopsten-Schale, Tel. 05457/1513) hat seine/ihre Veranstaltungsprogramm für 1991 vorgelegt, für Lesben, Künstlerinnen, Motorradfahrerinnen, Turnerinnen ...
Genaue Infos unter obiger Adresse.

★★★

Mail Art gegen AKW's

Ein Mail Art Projekt gegen die Ingenieure Strahlender En-t-Zeiten. Gesammelt sind/werden künstlerische Postkarten zum Thema Atomkraft. Im Mai ist eine Ausstellung dazu in den Trebeler Bauernstuben, im Juni im Museum Osterburg und im September/Oktober in Havelberg. Kontakt: B. Helm, Pappelallee 76, 1058 Berlin.

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.

PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.

Zukunft der Reformpolitik?
Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen Heft 1/91

Bewegung, Gegenbewegungen und Staat
Heft 2/91

Triumph der Verbände?
Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat Heft 3/91

Power in der Provinz?
Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen Heft 4/91

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn
Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2 19,80 DM 224 Seiten

Abo: DM 48,- (DM 36- erm.); Einzelheft: DM 12,50
Bestellungen über den Buchhandel
Probehefte gratis beim Verlag
Verlag: Schüren Presseverlag
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktion: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

Nach dem Krieg:

Der Krieg geht weiter

Der „Hitler von Bagdad" ist nur noch ein Pol Pot. Seine Armee, die die westliche Kriegspropaganda zur „viertstärksten" der Welt verklärte und dabei geflissentlich unterschlug, daß im Zeitalter des High-Tech-Krieges Größe keineswegs gleichbedeutend mit Stärke ist, erwies sich den alliierten Streitkräften als hoffnungslos unterlegen. Nach 6 Wochen des Dauerbombardements waren über 10 % ihrer Mannstärke – d.h. mindestens ca. 100.000 irakische Soldaten – vernichtet. Es wäre für die USA ein Kinderspiel gewesen, „den Sack zuzumachen" (General Schwarzkopf) und die irakische Armee total zu zerstören. Saddam und seine Truppen könnten von Glück sprechen, daß dies nicht im imperialistischen Interesse war.

Wer sich etwas ernsthafter mit dem militärischen Kräfteverhältnis beschäftigt hatte, ahnte den Ausgang dieses ersten Kolonialkrieges am Ausgang des 20. Jahrhunderts bereits bevor die ersten lasergesteuerten Bomben auf Bagdad niedergingen. Die Gefahr, daß der Irak für die USA zu einem „zweiten Vietnam" werden würde, tendierte von Anfang an gen Null. Vielmehr war der Irak exakt der Wunschgegner, mit Hilfe dessen sich das Vietnam-Traume, das den amerikanischen Interventionismus zunächst gelähmt und selbst noch in den Jahren der Reagan-Ära erheblich beeinträchtigt hatte, endlich abschütteln ließ. Auf dem Papier stärker als Grenada, Panama und Libyen, so daß niemand behaupten konnte, die USA hätten es lediglich mit einem Zwerg aufgenommen. Aber wie sollte ein Land, daß nur dank massiver westlicher Unterstützung dem Nachbarn Iran einen Friedensschluß abringen konnte, mit dem es sich zuvor acht Jahre lang primär zu Lande bekriegt hatte, eine ernsthafte Herausforderung für die Globalmacht USA darstellen? Die ethnische und kulturelle Fragmentierung der irakischen Gesellschaft wie der Minderheitscharakter des Regimes, der sich auch in der Zusammensetzung und internen Rangordnung der Armee manifestierte, mußten dessen Mobilisierungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen.

Der Irak war nicht der Iran, sondern eine relativ moderne und an westlichen Standards orientierte Gesellschaft, in der Jahrzehnte der arabisch-laizistischen Erziehung, die sich keineswegs nur auf die Eliten beschränkte, bei deutlich geringeren sozialen Unterschieden als etwa zu Zeiten der „Weißen Revolution" im Nachbarland einen massenhaften Fundamentalismus von vornherein ausschlossen. Vor allem aber: die irakische Armee war eine Armee europäischen Zuschnitts, von den Briten einst aufgebaut, und keine Guerillaarmee wie seinerzeit der Vietcong. Die irakische Armee kämpfte mit Instrumenten und nach Regeln, die den USA nur zu gut geläufig waren und die sie weitaus besser beherrschten. Verlauf und Ausgang des Krieges haben die bestehende Weltmilitärordnung bestätigt. Die neuen

Militärmächte in der Dritten Welt sind das Ergebnis einer abhängigen Militarisierung, die ihnen zwar die Fähigkeit verleiht, schwächere Nachbarn (Kuwait) oder nahezu unbevölkerte Inseln (Falkland) zu überfallen. Mit den führenden imperialistischen Mächten werden es die Argentiniens, Brasiliens, Iraks und Syriens indessen wohl niemals ernsthaft aufnehmen können. Die einzige militärische Option der Dritten Welt, den Metropolen-Armeen die Stirn zu bieten, bleibt der Guerillakrieg. Gegen dessen Aufnahme sprach im Falle des Iraks jedoch allein schon die diktatorische und antiemanzipatorische Verfaßtheit seines Systems.

Die Lehren des Krieges

Als Lehren des Krieges lassen sich neben anderen die folgenden beiden konstatieren: 1. Wer gegen die Ordnungsvorstellungen des Imperialismus verstößt, gleich ob aus fortschrittlichen oder regional-hegemonialen Ambitionen, bekommt etwas aufs Haupt: und sei er auch in der Tiefe seines Herzens ein noch so potentieller Kollaborateur des Westens. Argentinien (1982) und Panama (1989) hätten dem Irak diesbezüglich deutliche Warnungen sein sollen. Mit dem Rückzug der sowjetischen Abschreckung aus dem angrenzenden Nahen und Mittleren osten hatten sich auch hier die Bedingungen für eine autonome Außenpolitik drastisch verschlechtert. Die Massivität, mit der die alliierte Koalition vorging, war nicht nur der angeblichen oder tatsächlichen Kampfkraft des Gegners geschuldet. Offensichtlich waren die USA der Auffassung, daß in dieser Region die Lehre vom „aggression doesn't play" besonders deutlich vermittelt werden müßte. Die „Neuordnung" des Nahen und Mittleren Ostens, aus Washington wiederholt vollmundig angekündigt, wird sich letztlich darauf reduzieren, die bestehende Ordnung so konsequent wie seit Mitte der 50er Jahre nicht mehr, als die amerikanisch-sowjetische Bipolarität den Ablauf von Krisen zu beeinflussen begann, zu bewahren und keinerlei autonome Nischen zu dulden. Womit wir bei der 2. Lehre angelangt sind: Kuwaits sind – nicht nur anthropologisch – keine Kurden.
Die Radikalität der USA und ihrer Verbündeten in Sachen Kuwait steht in einem scharfen Kontrast zur Zurückhaltung der USA und ihrer Verbündeten gegenüber dem ungleich größeren Unrecht, das Hussein z.Z. den Kurden zufügt. Die Begründung, man habe sich nicht in interne Angelegenheiten einzumischen, ist nicht weniger eine Instrumentalisierung des Völkerrechts im imperialistischen Sinne, wie seinerzeit die Behauptung, der Krieg gegen Hussein diene der Wiederherstellung nationaler Integrität. Abgesehen davon, daß sich die USA in der Vergangenheit sehr wohl in internen Konflikten engagiert haben (Grenada, Panama – um nur die jüngsten Beispiele zu nennen); die Souveränität Kuwaits ist historisch betrachtet nicht minder strittig als die Zugehörigkeit der ehemaligen osmanischen Provinz Mosul zum Irak. In beiden Fällen geht es um interne Machtverhältnisse, was im Falle Kuwaits die Bestrafung des Diktators, im Falle der Kurden hingegen dessen Unterstützung erfordert.

Hitler nein, Pol Pot ja?

„Hitler nein, Pol Pot ja", könnte man sagen, ohne damit den unsäglichen unhistorischen und verharmlosenden Saddam-Hitler-Vergleich nachzubeten. Regionale Hegemonie bedarf der Zustimmung durch die imperialistischen Metropolen, was ein Diktator indessen mit seinen eigenen Leuten anstellt, bleibt ihm selbst überlassen, jedenfalls solange seine Blutbäder nicht die ökonomischen Interessen des Westens tangieren. Während die 60.000 „first class"-Kuwaits ein Garant für das „Recycling" der Petrodollars (d.h. die Reinvestition der Ölrente in die westlichen Ökonomien) und damit eine wichtige Stütze des imperialistischen Systems sind, stehen die über 20 Millionen Kurden im Irak, Iran, der Türkei und Syrien eigentlich nur im Wege und sitzen im Falle des Iraks auch noch überflüssigerweise auf einigen der größten Ölreserven in der Region. In Washington wird längst unverholen erklärt, man hoffe, daß Hussein die Aufstände der Schiiten und Kurden möglichst schnell in den Griff bekomme. Möglichst schnell, das erfordert den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, weshalb auch von der irakisch-deutschen Giftgas-Connection ausgerechnet in dem Moment nicht mehr die Rede war, wo das Gas tatsächlich zum Einsatz kam.
Nachdem Saddam mit seinem Einmarsch in Kuwait ins Fettnäpfchen bzw. auf die falschen Füße trat, präsentierte er sich bereits seit dem Ausbruch der „Mutter aller Schlachten" als Realpolitiker, der weiß, wen er mit Giftgas bombardieren darf und wen nicht. Den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen „unzivilisierte Völker" hatte schließlich schon Churchill legitimiert. In Afghanistan erhielten die Rebellen von den USA hochmoderne Stinger-Raketen, die im Kampf gegen die Rote Armee letztlich kriegsentscheidend waren. Nicht nur, daß den kurdischen Rebellen diese nun vorenthalten werden. Die USA hätten dem irak im provisorischen Waffenstillstandsabkommen nicht nur den Einsatz seiner Kampfflugzeuge, sondern auch seiner Helikopter untersagen können. Sie taten dies wohlweislich nicht. Helikopter sind eine ideale Anti-Guerilla-Waffe; jeden-falls solange, wie die Freischärler nicht über Stinger-Raketen verfügen. Und was die „humanitäre Hilfe" anbelangt, hinter der die UNO die USA und die EG ihre Verantwortung für den Völkermord zu kaschieren brachten, so wurde sie erst freigegeben, nachdem sich das Blatt wieder zugunsten Saddams gewendet hatte. Nicht die Verhinderung einer kurdischen Niederlage und des Völkermordes, sondern der Abfederung der Katastrophe dient das Wenige, was an Hilfsmitteln durchdringt.
Den USA ist ein einheitliches Irak unter Saddams Führung, in seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit durch die Reduzierung seines Militärpotentials und die Zerstörung seiner ökonomischen Infrastruktur stark eingeschränkt, allemal lieber als dessen Auseinanderbrechen und die Etablierung eines weiteren Staates im Mittleren Osten. Ein Kurdenstaat würde sich kaum auf den nördlichen Irak begrenzen lassen, und der Sezession im Norden würde ein ähnlicher Prozeß im schiitischen Süden oder aber eine schiitische Mehrheitsherrschaft im Rest-Irak folgen, die sich eng an den iranischen Nachbarn anlehnen und dessen Aufstieg zur dominierenden Macht in der Region ermöglichen würde. Und außerdem: Nachdem sich revolutionäre Bewegungen in den letzten Jahren weltweit auf einem Rückzug befanden, und von einer Niederlage in die nächste eilten, sollen die Kurden nicht gleich wieder ein Exempel dafür statuieren, daß Revolution doch machbar ist.

Strategische Schachzüge mit den Kurden als Opfer

Dabei waren es die USA selbst, die die irakischen Kurden zur Rebellion ermunterten. Die kurdischen Freischärler sollten ein Teil von Saddams Truppen im Norden binden, um den alliierten Streitkräften im Süden die Befreiung Kuwaits zu erleichtern. Die Kurden mußten und sollten glauben, daß nun endlich ihre Stunde geschlagen habe. Erstmals schienen die Interessen des Imperialismus mit denen der Kurden zu koinzidieren, was zwischen Washington und Ankara gar für einen kurzen Moment zu Irritationen führte. Eine nicht minder katastrophale Fehleinschätzung wie die der Palästinenser, Saddams Politik würde geradewegs in die Befreiung der von Israel besetzten Gebiete münden.

Saddam soll nun den kurdischen Widerstand in einem Ausmaß zermürben, daß dieser für das, was der Imperialismus für ihn maximal bereithält, empfänglich ist: irgendeine Form von interner Autonomie, die die Grenzen in der Region nicht zur Disposition stellt und keinen Balkanisierungsprozeß auslöst. Zwar haben die Kurden dem Separatismus längst abgeschworen und sich stattdessen für Autonomie innerhalb eines „demokratischen Iraks" ausgesprochen, aber der Imperialismus bleibt mißtrauisch. Je schwächer und desillusionierter, desto devoter, mag man in Washington denken. So ist keineswegs auszuschließen, daß die USA und die EG zu einem geeigneten Zeitpunkt als die großen Retter des kurdischen Volkes auftreten werden. Wie im übrigen auch der von Tag zu Tag sich pragmatischer und moderater gebärdenden palästinensischen Organisationen.

Der „neue Hitler" Saddam schrumpft nun zum Pol Pot, der im Interesse des Westens die schiitischen und kurdischen Rebellen niedermetzelt. Der Imperialismus setzt auf die sunnitische Minderheitsherrschaft, wie er dies schon immer tat. Bei der Gründung des Iraks wurde die Provinz Mosul dem neuen Staatsgebilde nicht nur deshalb zugeschlagen, um einen Kurdenstaat zu verhindern, sondern auch um eine schiitische Mehrheitsherrschaft zu vereiteln. Die Kurden im Norden hatten die deutliche schiitische Mehrheit im Rest des Landes zugunsten der mit dem Imperialismus kollaborationsfähigeren arabischen Sunniten auszubalancieren. Ein Schiiten-Aufstand wurde mit britischer Hilfe blutig niedergeschlagen. Aus Washington ist zu vernehmen, man hoffe, Saddam würde sich mit seinen Massakern an den Schiiten und Kurden so diskreditieren, daß er anschließend einem internen Putsch zum Opfer fallen würde. Mit anderen Worten: Der „Alte" soll erst einmal die notwendige Drecksarbeit verrichten, bevor der dem Westen auch ganz offiziell zugewandte „Neue" sein Amt antritt. Denn ein „Neuer", der gleich mit einem Blutbad beginnt macht sich nicht gut. Im übrigen hat Husseins Nachfolger nach Möglichkeit aus der Regierungspartei zu kommen, da nur die faschistische Baath und die mit ihr verquickte Armee den Zusammenhalt des Landes garantieren könnten.

Was hat der Krieg verändert?

Was hat sich mit dem Krieg real geändert? Einem Diktator, der ohne die Erlaubnis des Imperialismus zur regionalen Herrschaft griff, um damit den USA zuvorzukommen, wurden radikal die Flügel gestutzt. 700.000 „first class"-Kuwaitis wurden befreit, während es den Arbeitsimmigranten – vor allem denen aus Palästina – nun an den Kragen geht. Das Herrscherhaus beabsichtigt, die Bevölkerung Kuwaits um ca. 700.000 auf 1,2 Millionen zu reduzieren, um das Land „regierbar" zu gestalten. Die Kurden wurden auf die Schlachtbank geführt und die Palästinenser isoliert, um beide Völker für eine imperialistische Lösung ihrer Probleme weichzukochen. Die arabischen Regime – laizistische wie eher traditionell islamische – rückten näher zusammen und vollzogen den bereits seit Jahren erwarteten Schulterschluß mit dem Westen, der in dieser Deutlichkeit allerdings erst durch den Krieg und den Wegfall der Sowjetunion als Supermachtsalternative möglich wurde. Auf der Regimeebene deutet sich ein gewisser Ausgleich zwischen den arabischen Staaten und Israel an (was ebenfalls nicht völlig neu ist), dessen Opfer die Palästinenser werden dürften. Wie es um das kollektive Bewußtsein der Araber nach dieser neuerlichen und bislang massivsten und brutalsten Demonstrationen westlicher Überlegenheit bestellt ist, steht allerdings auf einem ganz anderen Blatt. Israel dürfte als Vorposten des Westens in der arabischen Welt bei den arabischen Massen nun noch verhaßter sein als es bereits zuvor war. Schon während des Krieges wurden die Widersprüche zwischen den Regimen und einer Reihe von religiösen Führern einerseits und großen Teilen des gemeinen Volkes andererseits evident. Und last but not least konnten die USA endlich ihren Traum von einer direkten militärischen Präsenz in der Region realisieren.

Und Israel? Wer behauptet, die Position Israel sei durch den Krieg sicherer geworden, kann sich noch fürchterlich täuschen. Die Sicherheit Israels liegt in den Händen mehr oder weniger diktatorischer Regime und eines Imperialismus, der bei „den Arabern" in der Schuld steht. Die arabischen Regime – ein Assad zumal – bleiben unsichere Kantonisten, auch wenn die neue Einpolarität ihren Bewegungsspielraum arg reduziert hat und das Schicksal Husseins eine unmißverständliche Warnung sein sollte. Wer will schon dafür garantieren, daß der Taktiker und notorische Judenhasser Assad seinen prowestlichen Kurswechsel nicht dazu benutzt, seinen alten Plan, dessen Umsetzung durch den sowjetischen Gezeitenwechsel unterbrochen wurde, nämlich: strategische Parität gegenüber Israel zu erlangen, doch noch zu verwirklichen?

Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg, von dem allerdings schon jetzt gesagt werden kann, daß er pures Wunschdenken bleiben wird. Denn vor die Alternative gestellt, mit den arabischen Massen oder aber mit den arabischen Regimen zu kommunizieren, hat sich Israel bereits für letztere entschieden. Israel müßte sich von seiner Funktion als „westlich-metropolitaner Dorn im arabischen Fleisch" und Symbol westlicher Arroganz und Überlegenheit emanzipieren, um sich statt dessen auf seine arabische Umwelt einzulassen und an den Regimen vorbei den Dialog mit den arabischen Massen aufzunehmen. Allen voran den palästinensischen Nachbarn, die bei allen ideologischen Verirrungen vermutlich noch immer die demokratischste und säkularste Bewegung in der Region stellen. Dies wird allerdings allein schon deshalb nicht geschehen, weil nichts radikaler die imperialistische Dominanz in der Region, die auf arabischen Despotien und Diktaturen und israelischer Arroganz sowie auf ethnischer/nationaler, religöser und staatlicher Zersplitterung beruht, unterlaufen würde. Ein Saddam Hussein wäre gegenüber einer derartigen Herausforderung eine totale Null.

Dietrich Schulze-Marmeling

Irakische Reaktoranlage „Osirak" vor dem Angriff

10 Jahre nach der Zerstörung von Osirak:

Neue Weltordnung versus ABC-Waffen im Irak

Ein wesentliches US-Motiv für den Golfkrieg war die nukleare Proliferation. George Bush wollte die irakischen Potentiale zerstören, um Saddams Griff zur Bombe zu verhindern. Am vierten Kriegstag meldete General Schwarzkopf den Vollzug: Die Atomanlagen des Irak seien durch zielgerichtetes Bombardament ausgeschaltet und zerstört. Dies geschah im Namen der UN. Proteste der Weltöffentlichkeit blieben aus.

Als zehn Jahre zuvor das irakische Atomzentrum Osirak (dort waren zwei Reaktoren: Tammuz 1 und Tammuz 2 im Bau) durch einen Angriff israelischer Jagdbomber zerstört wurden, war die Empörung allgemein: „Nicht eine einzige verantwortliche Stimme in der Welt hat sich bereit gefunden, Israels Angriff auf den irakischen Atomreaktor bei Tammuz zu rechtfertigen oder wenigstens mildernde Umstände zu erkennen." (FAZ, 10.6.81)

Eine Rückschau auf die Osirak-Zerstörung ist in zweifacher Hinsicht aufschlußreich. In der Unterschiedlichkeit der internationalen Reaktion wird die „neue Weltordnung" manifest: Der Verbreitung von Atomwaffen wird nicht länger auf der Basis vertraglicher Vereinbarungen (etwa dem Atomwaffensperrvertrag) entgegengetreten, sondern da, wo es gerade paßt, unter Anwendung von Gewalt. Zweitens kann am Beispiel der Osirak-Bombardierung gezeigt werden, wohin die auch von einzelnen Linken befürwortete Strategie der präventiven Zerstörung von potentiell gegen Israel einsetzbaren Arsenalen führt: Zur gesteigerten Proliferation.

Am 7. Juni 1981 wurde in einem zehnminütigen Bombardement israelischer Jagdbomber erstmals und präventiv eine Atomanlage ausgeschaltet. Die nahezu fertiggestellte Anlage Osirak bei Bagdad wurde zerstört, ein französischer Techniker getötet. Der israelische Beschluß zum Angriff war im Oktober des Vorjahres gefallen. Damals hatten iranische Kampfflugzeuge vergebens versucht, den Atomkomplex zu zerstören. „Das iranische Volk", so daraufhin das Bagdader Parteiblatt „El Thaura" „sollte den irakischen Kernreaktor nicht fürchten, der niemals gegen den Iran genutzt werden wird, sondern gegen den zionistischen Feind." Aus dieser Äußerung wurde vom damaligen israelischen Regierungschef Begin (sowie dessen Außenminister Schamir) für den Fall einer Inbetriebnahme des Reaktors eine existenzielle Bedrohung Israels abgeleitet.

Noch im selben Monat wurde ein maßstabgerechtes Reaktormodell in die Wüste gestellt und damit begonnen, den Einsatz zu erproben. Nach dem erfolgreichen Bombardement wurde in einer Erklärung der israelischen Regierung darauf hingewiesen, daß man den Reaktor wegen der sonst totbringenden radioaktiven Strahlung nur vor seiner Inbetriebnahme habe ausschalten können. Man habe als Termin einen arbeitsfreien Sonntag gewählt, um Menschenopfer zu vermeiden. In der Tat war Israel mit dem 1000 km von Israel entfernten Bombardement ein beinahe perfekter „chirurgischer" Schlag gelungen. Die irakische Luftabwehr konnte durch die sich auf arabisch unterhaltenden Piloten getäuscht und die USA durch eine sich der AWACS-Überwachung entziehende Flugroute überrascht werden. „Wir werden dem Feind", so die abschließende Drohung, die seither als Dokrin firmiert, „unter keinen Umständen gestatten, Vernichtungswaffen gegen unsere Nation zu entwickeln. Wir werden die Bürger Israels gegebenenfalls mit allen uns verfügbaren Mitteln verteidigen."

Daß – anders als Israel! – der Irak dem Atomwaffensperrvertrag zum frühestmöglichen Zeitpunkt beitreten und seine Anlagen seither durch die IAEO hatte kontrollieren lassen, blieb unerwähnt. Daß sich der Reaktorerbauer Frankreich in einem irakisch-französischem Geheimabkommen von 1979 eine bis 1989 währenden Oberaufsicht über den Reaktorbetrieb ausbedungen hatte (was die Gefahr der Bombenherstellung stark relativierte), ist ohnehin erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeworden.

Die Reaktionen

Nach einwöchiger Debatte wurde Israel noch im Juni 1981 durch den UN-Sicherheitsrat einstimmig einer „flagranten Verletzung der Charta der Vereinigten Nationen und der internationalen Verhaltensmaßregeln" geziehen, der Angriff als eine „ernstzunehmende Bedrohung des gesamten IAEO-Kontrollsystems einer Basis des NPT" verurteilt und dem Irak ein Recht auf „angemessene Kompensation" für den erlittenen Schaden zuerkannt. Erstmals seit 1968 wurde die Verurteilung Israels auch von den USA unterstützt.

Auch von der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEO, wurde Israel wegen seiner „vorsätzlichen und ungerechtfertigten Attacke auf das irakische Atomforschungszentrum" scharf verurteilt. Auf der IAEO-Generalkonferenz vom September 1981 war ein Ausschlußantrag gegen Israel zwar am Widerstand der USA gescheitert – dennoch

wurde der Beschluß gefasst, jegliche technische IAEO-Hilfe für Israel zu suspendieren und ein Ausschluß im Falle einer fortgesetzten Weigerung, IAEO-Kontrollen zu akzeptieren, angedroht.
Washington verurteilte das „sehr schwerwiegende und besorgniserregende Ereignis" und suspendierte vorübergehend die Auslieferung weiterer Jagdbomber an Israel, eine Maßnahme, für die es in den israelisch-amerikanischen Beziehungen kein Vorbild gab.
London sprach von einem „schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts", Paris von einem „unannehmbaren" und „schwerwiegenden Schritt", während sich Bonn „betroffen und bestürzt" zeigte und Wien „das Gesetz des Dschungels" am Werke sah.
Zehn Jahre später wurde der Überfall auf Osirak, zumindest im Prinzip, wiederholt: Exekutiert durch die amerikanische Luftwaffe, flankiert durch den antiirakischen Krieg der Allianz und politisch getragen durch die UN. Angriffsziele waren zwei üblicherweise mit Nuklearmaterial beladene Reaktoren im Atomzentrum Tuwaitha bei Bagdad: Ein 1967 von der Sowjetunion errichteter und seit über 20 Jahren betriebener (d.h. hochverseuchter) 5-10 Megawatt-Forschungsreaktor sowie ein 0,5- Megawatt-Reaktor Tammuz 2, den die Franzosen als Ersatz für den von israelischen Bomben 1981 zerstörten Tammuz-1-Reaktor errichtet hatten. Weitere Angriffe sollen den im Nordirak gelegenen Uranminen, dem bei Mossul gelegenen Forschungszentrum Saad 16 sowie einer im Süden Bagdads gelegenen Anlage zur Entwicklung von Gaszentrifugen zur Urananreicherung gegolten haben.
Vieles ist anders als 1981, wesentliches jedoch gleich:

- Erneut war es um eine präventive Zerstörung des irakischen Nuklearpotentials gegangen. Denn es gab keinen Zweifel, daß für den Krieg um Kuwait der Diktator nuklear nicht würde eingreifen können.
- Erneut wurde gegen Völkerrecht verstoßen: Zwar nicht im Hinblick auf die irakische Souveränität, von der kriegsbedingt ohnehin nichts mehr übrig war. Die USA hatten jedoch 1977 eine Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention unterzeichnet, nach dessen Artikel 56 „Kernkraftwerke auch dann nicht angegriffen werden (dürfen), wenn sie militärische Ziele darstellen". Die USA haben darüberhinaus 1985 eine Entschließung der IAEO-Generalversammlung gebilligt, wonach jeder Angriff auf zivile Atomanlagen als Verstoß gegen die UN-Charta und das Völkerrecht geächtet wurde.
- Erneut wurde der Atomwaffensperrvertrag – diesmal jedoch von den USA – grundlegend infrage gestellt: Wer darangeht, das Aufkommen neuer Atommächte mit Militärgewalt zu unterbinden, stellt jeden vertraglichen Ansatz infrage.

Nun liegt es uns fern, die Wirksamkeit des Non-Proliferation Treaty (NPT) oder gar dessen Kontrollsystems zu beschönigen. Immerhin hatte mit Hussein erstmals der Führer eines NPT-Unterzeichnerlandes im Kontext des Golfkrieges den militärischen Einsatz auch nuklearer Mittel angekündigt und damit offengelegt, daß das irakische Atomprogramm nicht als Energie- sondern als Militärprogramm angelegt gewesen ist. Daß in den Jahren zuvor der Sperrvertrag die nuklearen Optionen eines Saddam Hussein nicht verhindert, sondern lediglich erfolgreich verdeckt hatte, ist der bisher deutlichste Ausdruck für das Scheitern jenes Vertrages, der die zivile Atom fördern und das militärische zugleich verhindern will.
Dennoch ist jener Vertrag das klassische Produkt einer Weltordnung gewesen, in der Washington und Moskau die weltpolitische Hegemonie noch auszuüben in der Lage waren. Mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums ist jene bipolare Epoche und damit auch der Zwang zu einem einigermaßen zivilen Reglement der internationalen Machtverteilung beendet. Das „Gangstertum", mit dem sich Israel vor zehn Jahren noch isolierte ist heute die anerkannte Realpolitik der USA. Wer ihnen in die Quere kommt, dessen Waffen werden abgeräumt.
Nun könnte man mit Gremliza sagen: Um einem Faschisten wie Hussein das nukleare Drohpotential aus der Hand zu schlagen, sind alle Mittel recht. Und weiter: So wie heute der Krieg so lange richtig war, wie er die Israel bedrohenden Chemiearsenale aus dem Weg räumen half, so hatte auch Begin recht, als er den Osirak ausschalten ließ. Demnach lag die damals schimpfende Weltöffentlichkeit ebenso daneben, wie diejenigen, die heute den Golfkrieg ohne Einschränkung bekämpften. Doch diese Überlegung geht nicht auf – weder regional, noch global.

Wie in den Wald hineingerufen wird...

Wenn nach der Osirak-Bombardierung die Lage Israels tatsächlich sicherer geworden wäre, hätte der Krieg gegen den Irak erst recht nicht stattfinden dürfen. Naheliegend ist hingegen, daß die israelische Erstschlag-Politik die Sicherheit seiner Bewohner nur unterminiert.
Noch vor der Aktion hatte Peres in einem Brief an Begin die Warnung ausgesprochen, daß ein Angriff auf das irakische Atomzentrum die nuklearen Bemühungen der arabischen Welt nur noch steigern werde. Im Sommer 1981 haben auch amerikanische Proliferationsexperten vor dem US-Kongress darauf verwiesen, daß sich die irakische Motivation zum Erwerb von Atomwaffen durch den Militärschlag Israels nur erhöht habe.
Ein Jahr darauf kam schließlich auch Shai Feldman, ein Mitarbeiter des Center for Strategic Studies an der Universität von Tel Aviv zu dem Schluß, daß die „Operation des 7. Juni die arabischen Staaten wohl dazu veranlassen (wird), ihr Streben nach Nuklearpotentialen zu beschleunigen...Dies gilt besonders für den Irak. ...Die Erklärung Israels, seinen Feinden die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen niemals zuzugestehen, ist aus arabischer Sicht der nicht akzeptable Versuch, die Spielregeln einseitig festzulegen. Sie betrachten die israelische Erklärung darüberhinaus als den Versuch, eine permanente arabische Zweitrangigkeit auf dem Nukleargebiet zu institutionalisieren...Mit jener erneuten Zuspitzung des israelisch-arabischen Konflikts hat der Angriff auf den Osirak zugleich die Chancen der israelischen Integration in den Mittleren Osten verringert."
Der Angriff auf den Osirak hatte somit kein Problem gelöst. Solange Israel nicht auch die eigenen Atomwaffenarsenale infrage stellt, werden sich auch seine Nachbarn jener Mittel zu bedienen suchen.
Ob die Bombardierung irakischer Atomanlagen im Golfkrieg eine andere Reaktion zur Folge haben wird, ist mehr als zweifelhaft. Wer die nukleare Abrüstung herbeizubomben sucht, kann bestenfalls einen Augenblickserfolg verbuchen. Daß dem Krieg als einem Mittel der Politik auf diese Weise eine neue Reputation verschafft wird, dürfte den Proliferationsanreiz nur potenzieren. Der Glaube, einen unterschiedlichen Maßstab unter Staaten anlegen zu können, perpetuiert einen Teufelskreis, bei welchem die Großmächte ihrer nukleare Aufrüstung mit der südlichen Halbkugel legitimieren und umgekehrt. Ein Ende ist nicht absehbar: Noch während die Angehörigen der antiirakischen Allianz jene Anlagen in Trümmern legten, wurde in den amerikanischen Medien Teheran als der nächste potentielle und damit präventiv zu stoppende Atomwaffen-Kandidat ausgemacht.

Der Sicherheitsrat diktiert

Mit seiner 14. Irak-Resolution hat der UN-Sicherheitsrat Neuland betreten: Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde einem einzelnen Land eine umfassende und UN-kontrollierte ABC-Entwaffnung auferlegt. Als Voraussetzung für Waffenstillstand und Embargoaufhebung wird der Irak „bedingungslos die Zerstörung, Entfernung, oder die Unschädlichmachung" von allen chemischen und biologischen Waffen und allen Lagern von Wirkstoffen und allen dazugehörenden Untersystemen und Teilen sowie allen Forschungs-, Entwicklungs-, Unterhalts- und Herstellungseinichtungen akzeptieren müssen. Im Hinblick auf Atomwaffen und Raketen mit über 150 km Reichweite wurde ein ähnlicher Beschluß gefasst. Eine UN-Sonderkommission soll die Einhaltung jener Regeln vor Ort überwachen. Selbstverständlich ist im Prinzip die Vernichtung jener Waffenaresenale – und Fabriken nur zu begrüßen, zumal falls eine derartige UN-Kommission eines Tages auch neue Enthüllungen über die Deutsch-Irakische Komplicenschaft ans Tageslicht befördern würde.
Problematischer wird die Angelegenheit, wenn wir fragen, wer jene Vernichtung von ABC-Waffen wie und warum durchzusetzen gedenkt. Eine innenpolitische Opposition, die mit der Vernichtung derartiger Anlagen einen ersten einseitigen Schritt für eine ABC-Waffe Region die Wege leiten und gewiß wohl auch alle Unterlagen über die Waffen-Komplizen in Bonn und anderswo in ihr Gewahrsam nehmen würde?
Dennoch ist auch diese UN-Resolution von dem Charakter der alliierten Kriegsführung gegen den Irak nicht zu trennen sondern stellt vielmehr eine Fortsetzung jener Kriegsführung dar. Es war eben nicht das Massaker von Halabja, daß die UN zu einer Embargopolitik und zu Rüstungskontrollmaßnehmen inspirierte. (Ganz im Gegenteil hatten die USA Saddams Giftgaspolitik im Kontext der Pariser Chemiewaffenkonferenz (Januar 1987) noch aktiv gedeckt. Wenn Hussein an der Konferenz teilnehme,

so damals Baker, werde er schon dafür sorgen, daß über jenes Massaker niemand rede.)
Sondern es war der Wille der USA, mit dem Entwaffnungsbeschluß des Iraks ein Exempel zu statuieren und die mit dem Krieg begonnenen UN-Instrumentalisierung um eine weitere Dimension zu erweitern.
Wie wenig diese Politik mit tatsächlicher nuklearer Abrüstung zu tun hat, zeigt sich daran, daß es alleine der Irak ist, der in deutlicher Verschärfung der NPT-Bestimmungen auf jede weitere Herstellung von Uran oder Plutonium in Zukunft vorerst verzichten soll. Da ist es gar kein Widerspruch, wenn für den Kampf gegen „expansionswillige, nuklearwaffenbesitzende Dritte Welt-Diktatoren" auch die Atomwaffe für Deutschland in einem FAZ-Leserbrief gefordert wird. Der Kampf gegen den Süden „erfordert deshalb die Fähigkeit zur nuklearen Gegenabschreckung." Die einen dürfen eben weniger, die anderen mehr; die einen garnichts, und die anderen alles.

max.

Verwendete Quellen:
Archiv der Gegenwart 1981, S.24639ff; Spiegel 25/81; FAZ vom 9.6.1981 und 10.6.1981; 12.6.81; 19.2.91; New York Times, 17.7.81; 24.7.81; 27.9.81; International Herald Tribune, 28.1.91; NZZ, 12.6.81; 18.6.81; 20.6.81; 21.6.81; Welt, 31.2.91; Shai Feldman, The Bombing of Osiraq-Revisited, in: International Security, Vol.7, No.2, Herbst 1982, S.114ff; Spilker/Lindemann, Iraks Atomanlagen zerstört: Genfer Konvention mißachtet, Manuskript für RTL-„Explosiv".

Sofortige medizinische Hilfe für die Opfer des Golfkriegs

Generäle und Politiker eröffnen und beenden Kriege: Per Befehl. Für die Menschen, die ihre Folgen zu tragen haben, enden sie lange nicht oder niemals. Hunderttausende werden als Tote von den Überlebenden vermißt. Noch vielmehr Verwundete bleiben unversorgt. Ganze Jahrgänge von Kindern und Jugendlichen müssen generationenlang entsetzliche Deformationen der psychischen Schäden kriegerischer Aktion überwinden. Und wie sollen Ärzte arbeiten ohne Strom, Wasser, Desinfektionsmittel, Verbandmaterial und Antibiotika? In zerstörten Krankenhäusern? In Kürze ist mit dem Ausbruch von Cholera, Typhus und anderen Seuchen zu rechnen. Die Kinder bekommen keimhaltiges Tigriswasser mit Mehl vermischt als Nahrung.

Wir beabsichtigen den Transport medizinischer Hilfsgüter in Gesundheitseinrichtungen des Krisengebietes. Zwei Hilfskonvois sind bereits sicher eingetroffen und dienen der Versorgung der zivilen Opfer.

Wir bitten Sie herzlich, beteiligen Sie sich mit einer großzügigen Spende an der Soforthilfe für die betroffenen Menschen.

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/499041

GULF PEACE TEAM

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
IPPNW

Kostenlose schriftliche Informationen und Berichte über die Arbeit im Krisengebiet bei medico erhältlich

"KRIEGE GEHEN NIE ZU ENDE"

SPENDENKONTEN:
MEDICO INTERNATIONAL:
Frankfurter Sparkasse,
Nr: 1800, (BLZ 500 501 02)
oder Postgiro Köln
Nr. 6999-508, Stichwort
»Medizinische Hilfe am Golf«

(IPPNW):
Stadtsparkasse Gaggenau,
Nr: 502 64 639, (BLZ 665 512 90)

Initiative »FRIEDEN AM GOLF«/
»GULF PEACE TEAM«
Sonderkonto H. Engelmann
Nr: 441898-603, Postgiro Frankfurt,
(BLZ 600 100 60), Stichwort: »Medikamente«

Medienprojekt für die Guerilla in El Salvador

atom-Redaktion unterstützt die Spendenkampagne

Seit elf Jahren tobt im mittelamerikanischen El Salvador ein blutiger Krieg. Die rechtsextreme ARENA-Regierung gegen das Volk, die Regierungsarmee gegen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti, FMLN. 70.000 Tote, hunderttausende Verletzte und Krüppel, mehr als eine Million Flüchtlinge – das ist die bisherige Bilanz dieses Konflikts. Finanziert, ausgerüstet und logistisch unterstützt von den USA überziehen die Armee und die eng mit ihr verwobenen Todesschwadronen das Land mit unvorstellbarem Terror. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Greueltaten und Massaker gegen die Zivilbevölkerung und Einrichtungen von Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen oder Menschenrechtsorganisationen bekannt werden. Mitte Februar zerstörte eine Bombenexplosion die Redaktion der einzigen regierungskritischen Tageszeitung, „Diario Latino". Wenige Tage später drangen vermummte Soldaten in die Kleinbauernsiedlung El Zapote in der Nähe der Hauptstadt ein und töteten 17 Menschen im Schlaf. Am 12. April wurden der FMLN-Kommandant Jesus Rojas und 13 weitere Guerilleros im Norden der Provinz Chalatenango in einen Hinterhalt gelockt und mit Kopfschüssen hingerichtet.

Militärisch ist der Krieg für keine Seite zu gewinnen. Die FMLN konnte die von ihr kontrollierten Zonen im Norden und Osten des Landes konsolidieren, die Regierungsstreitkräfte beherrschen die großen Städte und Industriezonen. Seit Mai letzten Jahres verhandeln Guerilla und Regierung unter Vermittlung der UNO über ein Ende des Krieges. An den FMLN-Forderungen, das politische System grundlegend zu reformieren, die Armee von den übelsten Massenmördern zu säubern und die Verantwortlichen der Massaker zu bestrafen, haben sich die Verhandlungen festgefressen. Während die Regierung die Verhandlungen am liebsten ohne irgendwelche Konzessionen im Sande verlaufen lassen würde und immer noch auf einen „Endsieg" spekuliert, weiß die Guerilla, daß sie nur durch anhaltenden militärischen Druck als Verhandlungspartner ernstgenommen wird und tatsächliche Zugeständnisse ertrotzen kann.

Nicht zuletzt aufgrund der persönlichen Eindrücken, die ein atom-Redakteur bei einer Reise in die „befreiten Gebiete" von El Salvador im März dieses Jahres sammelte, aber auch, weil wir mit dem salvadorianischen Befreiungskampf politisch sympathisieren, haben wir uns entschlossen, die Kampagne „Medien für die FMLN" in unserer Zeitung zu unterstützen und zu Spenden für dieses Projekt aufzurufen.

R.

Vorstellung des Projektes

Im Lauf der Geschichte haben die verschiedenen Militär- und „zivilen" Regierungen El Salvadors immer wieder verhindert, daß die Mehrheit der Bevölkerung Zugang zu den Medien und zu Informationen bekommt. In den achtziger Jahren hat sich die Situation weiter verschärft: Kritische Zeitungen und Radiosender wurden zerstört, mehr als 20 JournalistInnen ermordet, alle militärischen Nachrichten vom Presseamt der Streitkräfte (COPREFA) zensiert. Gleichzeitig investierte die Regierung Millionen Dollar in den Aufbau des „Kultur- und Kommunikationsministeriums", einer Propagandaeinrichtung, die für gezielte Des-Informationskampagnen und die gesamte psychologische Kriegsführung zuständig ist.

Die FMLN durchbricht das ansonsten nahezu absolute Medien-Monopol der Regierung vor allem durch ihre klandestinen Sender, „Radio Venceremos" und „Radio Farabundo Marti", die jeden Abend um 18.00 Uhr auf Sendung gehen und bis in die Hauptstadt, bei klarer Witterung sogar in den Nachbarländern empfangen werden können. Nichtsdestoweniger hält es die Guerilla für unerläßlich, ihre Propaganda- und Informationsstrukturen auszubauen – und zwar vor allem in den großen Städten.

Konkret plant die FMLN den Aufbau einer versteckten Druckwerkstatt in San Salvador, um regelmäßig Flugblätter, Broschüren und kleine Zeitungen herstellen zu können. Für den Druck von Plakaten und Transparenten sollen kleine Siebdruckereien in insgesamt vier größeren Orten eingerichtet werden. Die Produktion von Tonband-Zeitungen soll in einem kleinen, halbprofessionell ausgestatteten Aufnahme- und Tonstudio realisiert werden. Diese Werkstatt soll jede Woche 250 Tonbänder herstellen. Und schließlich ist geplant, in den ländlichen Regionen acht Propaganda-Trupps aufzustellen, deren Aufgabe die Vervielfältigung der in den städtischen Werkstätten hergestellten Materialien und ihre Verteilung an die Bevölkerung sowie an die Einheiten der FMLN sein wird.

Für die Ausrüstung (1 Aufnahme- und 1 Reproduktionsgerät), das Material (u.a. 13.000 Tonbänder, Siebdruckrahmen, Stoffe, Farben), Raumbeschaffung und Infrastruktur sowie zunächst einmal die Finanzierung eines Jahresgehalts für zwei Companeros/as im Tonstudio hat die FMLN eine Kalkulation von 21.500.- Dollar vorgelegt.

Für die Bundesrepublik hat das Braunschweiger El Salvador-Komitee die Koordination der Kampagne übernommen. Wir werden in der atom regelmäßig über den Stand berichten und rufen zu Spenden auf das folgende Konto auf:

468536 – 303, Sybille Barsnick, Sonderkonto Medienprojekt El Salvador, PGiroA Hannover, BLZ 250 100 30.

ak Arbeiterkampf, Monatszeitung, herausgegeben vom Kommunistischen Bund (KB)

Der ak zum Golfkrieg

Bisher erschienen:

in ak 321 20.8.90:
- Der Aufmarsch am Golf — Die Welt zeigt Flagge
- Neue Fronten im arabischen Raum

in ak 322 17.9.90:
- Irak und Palästina — Heikle Position der PLO
- Die neue Weltordnung
- „Politisch ein Segen für Israel"
- Bundeswehr im Kriegseinsatz
- NATO auf Kriegskurs am Golf: Wollen die Grünen mitmarschieren?

in ak 323 15.10.90:
- „Wir sind jetzt in einer Logik des Krieges"
- Die UNO unterstellte sich dem US-Kommando
- Frontstaat Türkei: Im Schatten der Golfkrise Krieg gegen die Kurden
- Aufmarsch gegen den Irak: Chance oder Gefahr für die irakischen Kurden?

in ak 324 12.11.90:
- Ölkrise und Rezession
- „Bring the Troops Home Now!" Patriotismus, Friedensbewegung und gesellschaftliche Polarisierung in den USA
- Stop the war maschine! No war for big oil! Widerstand gegen den Golfkrieg in der US-Army
- Japan: Ein Land ohne Militär will Truppen an den Golf schicken
- Bundeswehr für unbefristete „Manöver" nach Kurdistan verlegt

in ak 325 10.12.90:
- Zum Hintergrund des Konflikts Irak — Kuwait: Chronik eines angekündigten Krieges, von Peter Billing und Bernhard J. Trautner
- Chronologie des Golfkonfliktes: Vom Überfall auf Kuwait zum Ultimatum für einen Golfkrieg

in ak 326 14.1.91:
- Deutsche Kampfbomber nach Kurdistan verlegt
- Wer ruft die Deutschen an die Front?
- Deutsche Soldaten in alle Welt? Die Pläne der Bundesregierung das Grundgesetz zu ändern, um dies zu ermöglichen.
- Unheilvolle Achse Deutschland — Türkei. Die Kriegsziele des Herrn Özal
- Politik der Spannung zur Festigung der US-Hegemonie
- „Wir haben nicht geliefert" (Kohl) Die chemischen Waffen des Irak
- Made in Germany: Raketen im Irak

in ak 327 11.2.91:
- Die Spaltung der arabischen Welt
- Der konsequente Kriegskurs der USA
- Deutschland mordet mit
- Ideologische Offensive gegen die Antikriegsbewegung
- Dokumentation der linken Debatte zu Golfkrieg und Israel

ak-extra zum Golfkrieg:
- 4 Seiten, 0,20 DM vom 23.1.91

Zu beziehen über:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58 • 2000 Hamburg 36
Einzelpreis: 5 DM + 1 DM Porto
Gesamtpaket: (ak 321 – 327) 30 DM

Widerstand gegen den Golfkrieg

Jeden Monat in der Graswurzelrevolution: Hintergründe, Einschätzungen und Berichte über Krieg und Widerstand.

GWR 149: Deutschland, Bundeswehr und die Golfkrise; Feuer ins Öl: Rüstungsexporte in den Irak; KDV – ein Relikt vergangener Zeiten.

GWR 150: Transnationale Proteste gegen den Golfkrieg; Entzauberung des EUCOM; Daimler und der Krieg; Aktionen gegen Rekrutenzüge geplant; Manöverstörungen in Südbaden; Dienstpflicht für Frauen?

GWR 151: Aufruf zur Verweigerung aller Kriegsdienste; Unabhängige Friedensdelegationen zum Golf; Aktionsideen zum Golfkrieg.

GWR 152: (vergriffen) Massenzeitung gegen die Kriegstreiberei als Beilage; Verlegung der US-Armee aus Europa an den Golf; Beratung für US-Soldatinnen; Golfkrise als Testfall für Soziale Verteidigung? EG als Militärmacht? Anti-Kriegs-Aktionen im Überblick; Aktionsperspektiven bei Kriegsbeginn; die Beteiligung der BRD; 3 Jahre Intifada; Vom Mythos der UNO.

GWR 153: Einschätzungen zur Antikriegsbewegung; Antisemitisch? Antiamerikanisch? BRD-Türkei-Connection; Philosophische Kriegsrechtfertigung: Zur Gandhi-Diskussion in der taz; Strategien der Militärabschaffung; Friedenscamp im Irak soll evakuiert werden; 5 Seiten Antikriegsberichte von Aktionen aus der ganzen BRD; Sexismus und Krieg; Tolstoi: Rede gegen den Krieg; Perspektiven der Antikriegsbewegung.

weitere Themen in den letzten Nummern: Libertäre Buchseiten; Atommülltransporte; Parteienfinanzierung; Luitgard Hornstein; Parlamentarismuskritik; Südafrika; neues "Ausländergesetz"; Anarchismus und Religion; Morsleben; Radikale Linke; Litauen u.v.m.

Schnupperabo: 10-Mark-Schein für 4 Ausgaben an GWR, Schillerstr.28, 6900 Heidelberg.

graswurzel revolution

AKP Alternative Kommunal Politik

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

Was wären wir ohne unsere kleinen EXTRAS?

Die grün-alternative Fachzeitung **ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK (AKP)** gibt nun wirklich nicht nur sechs lesenswerte, reguläre Hefte pro Jahr zum Abopreis von 48,- DM heraus. Wäre ja auch gelacht und würde unserer Mitteilsamkeit viel zu enge Grenzen setzen. Nein, wir machen natürlich auch laufend Bücher und Sonderhefte zu brandaktuellen Themen.

* * *

Als da sind:

☐ Unser Buch **„Müllverbrennung – ein Spiel mit dem Feuer"** (128 Seiten; 15,-DM plus 1,50 Versand). Die unverzichtbare Argumentationshilfe bei der Frage: Darf Abfall verbrannt werden?

☐ Sonderheft 5: **„Verkehr in der Stadt und auf dem Lande"** (68 Seiten, 8,- DM plus 1,50 Versand). Enthält das Grundwissen zur verkehrspolitischen Gesamtlage.

☐ Sonderheft 6: **„Planungsrecht in der DDR und der BRD"**
(12 Seiten und ein A1-Plakat, 2,50 DM und 1,50 Versand). Alles Wissenswerte über Planungsrecht, Baugesetzbuch und Raumplanung in anschaulicher Form.

☐ Sonderheft 7: **„Haushaltspolitik in der Kommune"**
(68 Seiten, 8,- DM plus 1,50 Versand). Nicht nur für Anfänger, die verständliche Einführung in Haushaltssystematik und Gemeindefinanzen.

* * *

Gesamtkatalog und kostenloses Probeheft der regulären AKP-Ausgabe können angefordert werden bei:

Redaktion und Vertrieb
ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(Tel.: 0521/17 75 17)

DRITTE WELT

Krieg am Golf

Sonderheft des Dritte Welt e.V. in Zusammenarbeit mit dem ASTA-Friedensreferat der Universität Marburg

Historische Wurzeln ▪ Regionale Konfliktursachen ▪ US-Hegemonieverlust ▪ Bundeswehr und Golfkrieg ▪ Pressefreiheit - Medienverantwortung ▪ Ökologische Gefahren ▪ Rüstungsexport ▪ Friedensbewegung ▪ Golfkrieg und die Dritte Welt ▪ Fundamentalismus ▪ Frauen gegen den Krieg ▪ Gewerkschaften ▪ Berichte zu Irak, Kuwait, Palästina-Israel, Kurdistan, Jordanien ▪ Dokumentationsteil

Mit Beiträgen von Till Bastian, Azmy Bishara, Dieter Boris, Wolfram Brönner, BUND, Gerti Donhauser, Andreas A. Guha, Lothar A. Heinrich, Kurdistan-Komitee, Felicia Langer, Jürgen Link, Uwe Meyer, Roland Müller, Martin Schuck u.a.

56 Seiten, 6.- DM inkl. gegen Vorauskasse (Briefmarken oder Scheck)

Bestellungen an:
Dritte Welt e.V. Liebigstr. 46 3550 Marburg

Januar/Februar 1991 - Nr. 85

General-streik gegen Krieg!

Interview mit Genossen der sowjetischen KAS

Kronstadt 1921

Honeckers Tisch: Zum FDGB

Stahltarifrunde ÖTV besetzt! Eisenbahnerstreik

u.v.a.mehr auf 20 Zeitungsseiten

Probeheft anfordern!

Anarchosyndikalistische Zeitung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA

»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Nr. 8

Gewendete Rechte: ewiggestrig oder visionär

Herrschaftsverhältnisse im Faschismus (Albert Scharenberg), Modernisierung und westeuropäischer Rechtsextremismus (Volker Finthammer/Jörg Neumann), Das Frauenbild der neuen Rechten (Sabine am Orde), Soziale Basis und Ideologie der REP (Franz-Josef Paulus), Multikulturelle Gesellschaft? (Sabine Lingelbach), Erfolgloser Antifaschismus (Niels Lange u.a.)

ca. 72 S. 6,- DM

Weiterhin erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci (in 3. Auflage; 68 Seiten; 6,- DM)

Sonderheft 2: Walter Benjamin (76 Seiten; 6,- DM)

Nr. 4: Feminismus-Marxismus (in 2. Auflage; 64 Seiten; 6,- DM)

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen an: Thorsten Schulten, Weidenhäuser Str. 44, BRD-3550 Marburg.

Wie sicher sind Atom-kraft-werke?

Der Fachbereich Reaktorsicherheit ist einer der Schwerpunkte unserer weithin anerkannten Forschung. Unsere finanziellen Mittel sind begrenzt: Durch Ihre Mitgliedschaft helfen Sie, Lösungen zu finden. Schicken Sie uns diese Anzeige - wir informieren Sie gerne über unsere Arbeit.

ÖKO-INSTITUT

Institut f. angewandte Ökologie e. V.
Geschäftsstelle Freiburg
Binzengrün 34 a, 7800 Freiburg
Tel. 0761/473031

Die Rote Hilfe - Zeitung 2/91

Themen: Das neue Ausländergesetz in Aktion - Repression während des Golfkrieges; Prozeßeröffnung gegen Holger Deilke; Kronzeugen: 12 Jahre für Lotze, Diskussionsbeitrag; Nachlese: Startbahnprozeß; Betriebsrepression; Internationales

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 10,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Erscheinungstermin: 22.4.91

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

KRISIS 10

Die Zeitschrift gegen Arbeit und Brot

DIE VERLORENE EHRE DER ARBEIT: „Produzentensozialismus" als logische und praktische Unmöglichkeit – vom Arbeitsfetisch zum produktiven Müßiggang.

PRETTY WOMAN: Reflexionen über einen Kinobesuch oder warum dem Überdruß am Raffen keine Renaissance des Schaffens folgt.

DAS ENDE DES PROLETARIATS ALS ANFANG DER REVOLUTION: Über den logischen Zusammenhang von Krisen- und Revolutionstheorie: vom Marx des 19. zum Marx für das 21. Jahrhundert.

DIE VERGEBLICHE SUCHE NACH DEM UNVERDINGLICHTEN REST: Ein doppeltes Paradoxon der Kritischen Theorie: die mißlungene Rettung des bürgerlichen Subjekts vor der bürgerlichen Gesellschaft und sein Ende als deren Verewigung.

HIER RUHT AGNOLI: Die demokratische Kritik der Demokratie und das leere „Nein" zum Kapitalismus – eine letzte theoretische Ruhestätte des linken Köhlerglaubens an den bürgerlichen „Herrschaftswillen".

170 Seiten · 12.– DM

Bestellungen an:
KRISIS Verlag
Postfach 2111 · 8520 Erlangen

Die ila erscheint 10 mal jährlich seit über 13 Jahren mit Hintergrundinformation über Länder, Wirtschaft, soziale Prozesse sowie Kultur und Randthemen der lateinamerikanischen Gesellschaften. Außerdem regelmäßige Beilagen zu Mittelamerika.

Lateinamerika ist mehr als Elend Diktaturen und Bananen

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

UNFASSBA NR. 6 IST DA!

Aus einem Beschlagnahmebeschluß gegen UNFASSBA im Knast:
"(der) Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzuges und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt... Anarchie wird verherrlicht, zum Widerstand wird aufgerufen..."
UNFASSBA gibts für 3,80 Doofmark, Abo (6 Nummern) = 20 Piepen. *Wiederverkäuferinnen*: 4 UNFIS = 10-Mackschein. Alles nur bar und im voraus an UNFI, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.

Inhalt UNFASSBA Nr. 6 (März/April '91): Frauenwiderstand und-streik, Volxsport gegen Völkermord, Bullenübergriffe, 129a gegen Clash, Häuserkampf: Razzia in Hangover, Weg mit dem Knastsystem!, Antifa, Zuviel-dienststreik, Autonome Trommlerinnen, Notstandsgesetze, UAA? Neel, Hafen bleibt!, Bleiberecht für Roma und Cinti!, Direkte Widerstandsaktionen international: Blockieren! Desertieren! Sabotieren,...

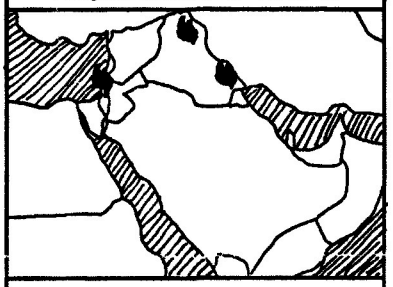
Forum **Recht**

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Heft 2/1991: Schwerpunkt KRIEGSRECHT
Probe-Abo (2 Hefte für 5 Mark, ohne Verlängerung): Schein oder Scheck an: RECHT & BILLIG VERLAG, Falkstr. 13, 4800 Bielefeld 1, ☎ (0521) 6 76 96

Nr.55 Mai/Juni 1991

Wildcat

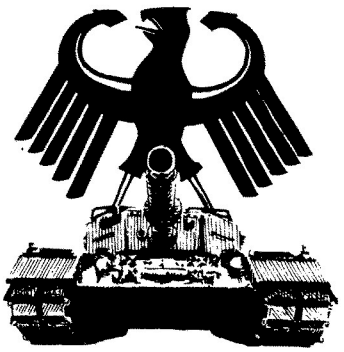
Einzelheft 4DM, Abo 6 Hefte 20DM
Sisina, PF 360527, 1 Berlin 36
Tel.: 030/612 18 48
Sonderkonto Zeitung Dietrich
Postgiroamt Berlin, Kto.:31502109



DER KRIEG
Aktionen
Reaktionen
und danach?

Gentech/
Biotech
Kritik der Wissenschaft
Gengesellschaft?
Ökonomie des Hungers

Türkei
"ddr"
Reunion
u.a.



Stoppt den Rüstungsexport!

BUKO-KOORDINATIONSSTELLE
»STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT«
BUCHTSTR. 14/15 · 2800 BREMEN 1
TELEFON 0421 / 32 60 45

Selbstverständnis

ÖKOjournal

Das Ökojournal ist ein Forum für Ökologie, Selbsthilfe und Selbstverwaltung, sanfte Technik, aktive Gewaltlosigkeit, biologischen Land- und Gartenbau, humane Selbstverwirklichung, ganzheitliche Erziehung und lebensfreundliche Utopie. Das Ökojournal ist kein Evangelium.

Mit ***digest,*** der Kurzfassung aus der Umweltszene und dem Elmwoodnewsletter von Fritjof Capra, erscheint es 1991 im 19. Jahrgang. Probenummer gegen Porto.
Postfach 745, CH-8021 Zürich

6 x jährlich mit 32 Seiten Format A4, gedruckt auf original UWS-Papier
O bitte um Abonnement O bitte um Probenr.

CASTORTRANSPORTE

Beobachten

Behindern

TAG

Stoppen

Verhindern

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016